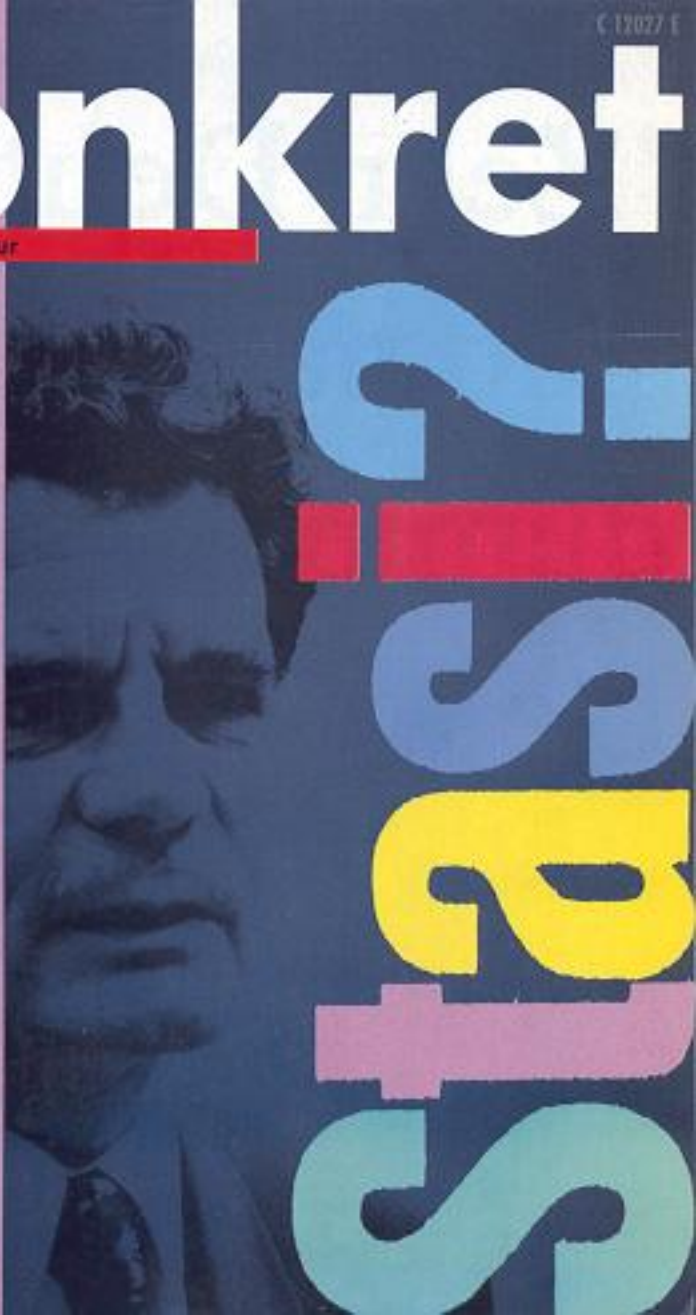
Heft 4 April 1992 6.80 DM

C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur


Stasi?

- Deutsche Reinigung: Mit Stasi wisch & weg
- H. Ridder: Ein Musterfall von Völkchen
- Ostblock-Kommunisten: Spurlos verschwunden
- Debatte: Folter als Forschungsfeld?
- Träumen mit H. E. Richter: Ein Höllentrip

in konkret April 1992

an konkret

Von Konkret

Arm dran, Bein ab von Hermann L. Gremliza

Deutsche Reinigung von Thomas Ebermann; Rainer Trampert
Eppelmann, Poppe, Schult usw.: Ein Blick auf die politischen Biographien ehemaliger DDR-Oppositioneller und ihrer westdeutschen Freunde zeigt die ganze Verlogenheit der gegenwärtigen »Stasi-Debatte«, in der die Kollaborateure des siegreichen Deutschland darüber streiten, was mit den Kollaborateuren des besiegten zu tun sei

Az. NSDAP von Karl-Heinz Hansen
Um die Stasi-Akten öffnen zu können, mußte das Gesetz geändert werden, mit dem die Nazi-Akten geschlossen wurden

Einheit im Eimer von Oliver Tolmein
Warum BRD-Ärzte eine Kampagne gegen ihre DDR-Kollegen beendeten

»He is right« von Klaus Naumann
Konrad Adenauer hat weder von den Deutschen noch von der Wiedervereinigung sonderlich viel gehalten. Kein Wunder also, daß 25 Jahre nach seinem Tod seine Biographen und politischen Enkel damit beschäftigt sind, ihn politisch zu ‘wenden’

Restlos weg? von Georg Fülberth
Sang- und klanglos scheinen die kommunistischen Parteien der ehemals sozialistischen Staaten verschwunden zu sein. Was ist tatsächlich aus ihnen geworden?

Ein Musterfall von Völkchen von Helmut Ridder
Mitte Januar hat sich jene Kommission des Bundestages konstituiert, die - ausgehend vom Grundgesetz - eine »Verfassung aller Deutschen« erarbeiten soll. Damit sind die deutschen Meisterschaftskämpfe in Demokratieverhütung in ihre entscheidende Phase getreten. Ein Spektakel, an dem sich so eifrig wie ahnungslos vor allem linksgrün gewirkte und/oder vom deutschen Juristendemokratismus versehrte Jugendliche aller Altersklassen beteiligen

»Wovon man weiß, daß es das Böse ist« von Wolfgang Pohrt; Jan Philipp Reemtsma
Folter als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Untersuchungen? In dem von ihm herausgegebenen Band »Folter. Zur Analyse eines Herrschaftsmittels« (Junius Verlag, Hamburg) hat Jan Philipp Reemtsma die Skizze eines Forschungsprogramms vorgestellt, in dessen Zentrum die Frage nach dem »Blutkitt« steht, der die Gesellschaft zusammenhält, und der Vorschlag, »Zivilisation« als System von gewaltförmigen Drohungen zu begreifen. Wolfgang Pohrt hat dieses Programm in einem Schreiben an Reemtsma einer grundsätzlichen Kritik unterzogen und bezweifelt, daß die Folter überhaupt zum Forschungsgegenstand sich eigne. In einer Antwort an Pohrt hat Reemtsma sein Vorhaben verteidigt. KONKRET dokumentiert den Briefwechsel

Vor den Ruinen der 2. Republik von Erwin Riess
»In keinem Land Europas ist die politische Auflösung der ökonomisch herrschenden Klasse so weit fortgeschritten wie in Österreich.« Ein Blick auf das Gesellschaftsgefüge und die Parteienlandschaft Österreichs kurz vor den

Präsidentschaftswahlen Ende April

»Und raus damit!« von Claudia Roth; Petra Hanf
Das neue Asylverfahrensgesetz ist ein Asylabschaffungsgesetz

»Die Großtat von 1492 wiederholen« von Markus Wollnik
Am 20. April wird in Sevilla die Weltausstellung »Expo ‘92« eröffnet - eine Veranstaltung voller Albernheiten und imperialistischer Überheblichkeit

Ye hudi, desto menuhin! von Gerd Fuchs
Günter Herburger zum Sechzigsten(6. April 1992)

Schamkultur und Angstneurose von Gerhard Henschel
Tagträumereien mit Horst Eberhard Richter. Ein Höllentrip

Die neue Ehrlichkeit von Otto Köhler
Eine Gruppe junger deutscher Historiker ist es leid, den Nationalsozialismus immer nur auf der Anklagebank zu sehen. Also hat sie sich auf die Suche nach seinem modernen, ja revolutionären Potential gemacht und unter anderem die SA als Vorbild für die Bundeswehr entdeckt

Ich habe gelesen von Maxim Biller

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Leben als Ding von Oliver Tolmein
»...und andere Ergüsse«, »Der Pannwitz-Blick« - zwei Filme der Medienwerkstatt Freiburg über Leben und Tod, über den Ehrgeiz der Genetiker und Sterbehelfer, über die Kontinuität eugenischen Denkens und Handelns

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/92, S. 4

an konkret

Der Einblick in die Akten der Stasi (West) über KONKRET und seine Autoren bleibt uns weiterhin verwehrt, aber daß sie geführt werden und in welchem Sinn, erfährt man ab und an doch - diesmal aus dem Verfassungsschutz-Bericht für 1990 unter der Rubrik »Linksextremistische Bestrebungen«, Seite 33:

Für ihre Agitation konnten Funktionäre der KB-Minderheit wieder das linksextremistische Monatsblatt KONKRET (Auflage mehr als 40.000) als Sprachrohr nutzen. Dessen Verleger pflichtete ihren »antinationalen« Ausfällen bei: Die Deutschen seien ein schlimmes Gesindel; besonders die Bewohner der fünf neuen Länder hätten mit ihren Montagsdemonstrationen gezeigt, daß sie ihre westlichen Brüder und Schwestern noch an Dummheit, Feigheit, Raffgier, Fremdenhaß und Chauvinismus überträfen.

Ein bißchen zurechtgefälscht zwar, aber nicht so sehr, daß der Verleger nicht wiederzuerkennen ist. Und wer den Deutschen Dummheit, Feigheit etc. attestiert, wird natürlich nicht etwa bespitzelt und als »negative Kraft« bewertet, sondern nur beobachtet und in den Akten als »antinational« geführt bzw. vorgemerkt.

Mit Brief vom 31. Januar hatte Gremliza die Abonnenten gebeten, Abonnements zu verschenken, um die höheren Post- und Vertriebskosten auszugleichen. Bis 13. März waren 423 neue Geschenkabonnements gebucht. Zur gleichen Zeit waren auf das Anderkonto (Hamburger Sparkasse, Konto-Nr. 1205/122599, BLZ 20050550, Verwendungszweck: wg. Strauß) des KONKRET-Anwalts Helmuth Jipp 15.735 Mark Spenden für die Folgen des Schweinchenprozesses Strauß/Hachfeld eingegangen. Der Verlag dankt.

Im März-Heft der Illustrierten »Tempo« lesen wir ein Gespräch mit Henryk M. Broder:

Frage: Wer ist denn aus dieser Zeit noch übriggeblieben?

Broder: Von den Leuten, mit denen ich in den 70ern befreundet gewesen war, niemand mehr. Das war so die Clique um KONKRET und Alice Schwarzer herum.

Frage: Gab es Fälle von Läuterung?

Broder: Hermann Gremliza hat mich kurz nach dem Golfkrieg angerufen, um sich bei mir dafür zu entschuldigen, was in KONKRET vor zehn Jahren über Israel geschrieben wurde. Das fand ich sehr ehrenwert.

Zu gütig, Henryk, und auch fast ganz wahr. Zwar hat nicht Gremliza bei Broder angerufen, sondern Broder bei KONKRET, und zufällig statt den Wolfgang Schneider den Gremliza erwischt; zwar hat Broder KONKRET für dessen Beiträge zur Golfkriegs-Debatte »alle Achtung« ausgesprochen, und Gremliza hat sich nicht dafür entschuldigt, was vor zehn Jahren über Israel in KONKRET geschrieben worden war, sondern bloß gemeint, daß Broder im Fall Schwarzer, der das Ende der Freundschaft zwischen ihm und Gremliza ausgelöst hatte, nachträglich Recht bekommen habe, und zwar, wie Gremliza vermutete, weil Broder das feministische Milieu in Köln besser gekannt habe. Es war, Henryk, wirklich ein nettes Gespräch, das es nicht verdient hatte, ein paar Wochen später auf die Bedürfnisse eines Zeitgeist-Interviews umfrisiert zu werden.

Ein besonders peinlicher Fehler in KONKRET 3/92 muß richtiggestellt werden: Der außenpolitische Redakteur der tschechoslowakischen Wochenzeitung »Signal« heißt natürlich nicht Praha Vonderka (das ist nur seine Fax-Anschrift), sondern Frantiysek Vonderka. Wir bitten ihn um Entschuldigung.

Ein weiterer Fehler, dieser im Anzeigenteil: Der auf Seite 62 vom Konkret Literatur Verlag angezeigte Titel »Als Karl Marx aufhörte Gräfin Dönhoff zu faszinieren« ist nicht etwa der eines vierten Bandes von Gremlizas Damen-Trilogie, sondern war der Arbeitstitel des dritten - und daher letzten , der 1990 als »Frau Schwarzer ihr Haus seine Lieblingswurst« erschien. Versehentlich wurde ein altes Anzeigenmotiv verwendet. Wir bitten alle jene um Entschuldigung, die sich auf eine neue Express-Anthologie freuten und die wir enttäuschen mußten.

»Jeder ist uns der Nächste«, die KONKRET-Dokumentation von Anschlägen auf Ausländer, wird erst im nächsten Heft fortgesetzt.

Konkret 04/92, S. 6

Von Konkret

Holokaust?

KONKRET 3/92: »Wilhelm der Allererste« von Hermann L. Gremliza

In Ihrem Kommentar »Wilhelm der Allererste« in Heft 3/92 der Zeitschrift KONKRET zitieren Sie auch den »Holocaust«, und meinen damit den Zivilisationsbruch, für den der Name Auschwitz heute Metapher ist. Zu der Begriffsverwendung möchte ich eine Anmerkung machen.

»Holocaust«, so sagt mir die demnächst erscheinende »Einführung in die Zeitgeschichte« von Gerhard Schulz, ist ein von amerikanischen Theologen verwendeter Begriff, der das heidnische Brandopfer meint, der also Opfer-Tradition auch heute noch transportiert. Spricht man von Auschwitz, so schreibt Gerhard Schulz hier vom »Holokaust«; und er macht durch solche Orthographie die Differenz zu einem Opferkult deutlich. »Holokaust« meint nur, ohne Anspielungen auf gewesene Geschichte/Vorgeschichte den Zivilisationsbruch, die Vernichtung der Juden in Mordlagern, den Genozid (vgl. auch die Brockhaus-Enzyclopädie).

Mir scheint diese Begriffserläuterung plausibel und richtig zu sein. Auch in den historisch-politischen Wissenschaften ist dadurch die Differenz zur Bedeutungsaufladung des Wortes »Holocaust« durch die Fernsehserie beschrieben.

Rainer Kühn

Darmstadt

Volksdeutscher Hofnarr

Konkret 3/92: Von KONKRET

Wenn Sie Ihrer Leserschaft weismachen wollen, das Schlimme an dem fettig-klebrigen Spießbürger Matthias Beltz sei, daß er 1. langweilig ist und 2. Gremliza-Zitate fälscht, so ist dies leider Augenwischerei. Tatsächlich hat dieser Mann nämlich schon ungleich Übleres geleistet: Vor einigen Monaten betätigte er sich im »Pflasterstrand«-Nachfolgeorgan »Journal Frankfurt« auf niedrigem sprachlichem Niveau, aber dafür mit umso größerer Dreistigkeit als Hofnarr der deutschen Volksgemeinschaft, indem er in landesüblicher Manier die Linken zu den eigentlichen, nämlich anti-deutschen Rassisten erklärte und gegen eine von ihm halluzinierte anti-rassistische Koalition von Bild bis taz wetterte.

Henning Böke

Frankfurt

Wettkönig Fidel

KONKRET 3/92: »Wetten daß...«-Anzeige

Potz Blitz, da ist den Initiatoren der Kuba-Sozialismus-Wette aber eine wunderbare Beschreibung des Wesens heutiger Internationaler Solidarität gelungen. Nicht immer nur verbiestert Öl sammeln - da könnten ja Probleme zum Gedanken kommen und ist eh nur Tropfen auf kalte Turbinen.

Heute, da es ums Alles oder Nichts geht, kommt die Show im Fernsehsessel gerade recht. Mehr kann man eh nicht tun. Wird das spannend am 31.12., werden die Yankees noch schnell intervenieren, um neben dem Sozialismus in Kuba auch noch uns die Wette zu versauen? So oder so, ein Feuerwerk gibts allemal. Schade nur, daß das Gottschalk-Publikum sich ums Verrecken mal wieder nicht beteiligen wird. Wird also nichts mit Fidel als Wettkönig. Ich beteilige mich aber an der Sache schon deshalb nicht, denn wenn ich auf »contra« setzte und gewänne, würde ich noch nicht mal was kriegen, um mir irgendeine Revolutionsreliquie an die Wand hängen zu können. Also, wenn schon Show, dann auch anständige Quoten. Sonst bleibts ne Mischung aus Feigheit und Geiz und internationaler Caritas. Oder soll Terre des Hommes auf das Ende des wie immer gearteten Sozialismus in Kuba hoffen dürfen?

PS. Wie wärs mit ner Kaffeefahrt zum Tag der Konterrevolution?

Hartmut Löschcke

Bonn

Notwendige Märtyrer

KONKRET 2/92: »Heim ins Reich?« von Wolfgang Pohrt

Über Jeanne Moreaus großen Revolutions-Monolog in »Viva Maria!«, den er auf 14 Zeilen zitiert, schreibt W. Pohrt: »Die Trauerrede (...), die zum Fanal für den bewaffneten Aufstand wird, ist schön, aber Kino.« Hier stimmt etwas nicht. Nein - sie ist schön, weil Kino. Denn wirkliche Revolutionen oder genauer: deren logische Nachfolgeaktionen, die sich verzweifelt bemühen, sozialistische »Errungenschaften« über Jahre, ja Jahrzehnte hinaus im Interesse der Massen, aber gegen deren aktuelles Bewußtsein zu retten, pflegen durchaus unschön - eben blutig - zu sein, wie Pohrt am Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens konkret zeigt. Jener Zauberer übrigens, der genießerisch die Shakespeare-Vorlage anzugeben weiß, wird von Gregor von Rezzori gespielt, dessen Drehbericht den Titel »Die Toten auf ihre Plätze!« trägt. Darin steckt, Rezzoris erklärter Absicht zum Trotz, eine schreckliche Wahrheit: Der Sozialismus hat, wie auch das Christentum, Märtyrer nötiger als das tägliche Brot. Den überlebenden Revolutionären an der Macht nämlich, den Castro, Ortega usw., laufen irgendwann die Leute weg, sofern sie nicht durch demokratische Mauern (vorläufig) daran gehindert werden. Nur Che Guevara ist fein heraus. Allerdings hält gerade Hollywood einen Trost bereit, dessen welthistorische Ironie Hegel und Marx zu schätzen gewußt hätten: Wenn Fidel längst als Buhmann in sämtlichen Geschichtsbüchern der Sieger herumspukt, wird Emiliano Zapata als lateinamerikanischer Modellrevolutionär überdauern - auf der Leinwand, verkörpert von Marlon Brando.

Stefan Dornuf

Köln

Humaner Präsident

KONKRET 3/92: »Ein Mann aus Schleim« von Gerhard Henschel

Besser ein humaner, optimistischer österreichischer Bundespräsident Jungk, der sich ab und zu irrt, als ein gefühlskalter und zynischer Artikel von G. Henschel.

Wichtigtuerisch!*Divis Thomas*

Wien

Frühwarnsystem, Brühwarmsystem, Grünspansystem...

Köstlich, lieber Herr Henschel, da muß einer erst mal drauf kommen. Die geschickte Plazierung auf drei Textseiten!

Bemerkenswert wie hier jeden Schmerz verachtend ein ganz heißes Eisen angepackt wird. Da Beiträge wie dieser in KONKRET zunehmen, möchte ich Sie, sehr geehrter Herr Gremliza, fragen:

Wäre es nicht möglich, die o.g. Beiträge und die von z.B. O. Tolmein in getrennten Heften herauszugeben?

Wir alle hätten es dann abends am Kamin etwas einfacher.*Matthias Kruchen*

Neuss

Da liest einer eine Meldung über Robert Jungk, fängt an, dessen Bestseller »in aller Eile ... diagonal gegenzulesen«, nagelt anschließend »die übelsten Problemstellen noch einmal zusammen« - und schon prangt ein Brechreiz-Verdikt auf der Titelseite der KONKRET. Gewiß hat Jungk in den letzten 55 Jahren auch Falsches oder Unsinniges zu Papier gebracht. In seiner Kritik an Deutschland und dem »deutschen Drang, in der Weltpolitik gleichberechtigt mitsprechen zu können«, ist dieser Mann - 1933 als Jude aus Berlin emigriert, 1934 ausgebürgert, anschließend als Journalist im antinazistischen Widerstand engagiert - der Linken der 70er und 80er Jahre um Lichtjahre voraus gewesen. Henschel, das große Licht, wird davon vermutlich nichts wissen, was nicht allzuviel besagt, da im Feuilleton der Postmoderne die Verbindung von Ungebildet- und Eingebildetheit zum Stilmittel gehört: Wo der Kritiker seinem Gegenstand nicht das Wasser zu reichen vermag, verlegt er sich darauf, selbiges abzulassen. In der Sache absurd und in der Form brutal ist allerdings sein Versuch, gegen Jungk die germanischen Stereotype von der »Überlandplage« und dem Schleimer, der seine Position wechsle, sobald mit der alten »keine müde Mark mehr abzugreifen« sei, in Stellung zu bringen. Wenn schließlich der Autor, um seine Tirade zu krönen, den Deutschnationalen Karl Heinz Bohrer und dessen Zeitschrift »Merkur« zitiert, die von Glotz zutreffend als »das hochintelligente Forum einer neuen nationalistischen Intelligenzia« charakterisiert worden ist, dann mag dies Ausdruck von Dummheit sein, oder es ist einfach nur verräterisch.

Matthias Küntzel

Hamburg

Konkret 04/92, S. 9

Hermann L. Gremliza

Arm dran, Bein ab

3,2 Millionen Kinder sterben jährlich an Durchfallerkrankungen; Hunderte Millionen sind durch Parasitenbefall geschwächt, müssen verpestete Luft atmen und verseuchtes Wasser trinken. Über zwei Milliarden - mehr als vierzig Prozent der Weltbevölkerung - haben nicht genug zu essen oder zu trinken und leben in unsicheren Behausungen ohne vernünftige sanitäre Anlagen. Und 1,6 Milliarden Menschen haben noch nicht einmal die Möglichkeit, Gesundheitsdienste in Anspruch zu nehmen.

Die »Zeit« nennt die Erhebungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine »Bilanz des Schreckens«. Sie wird angeführt von den Staaten Afrikas, Süd- und Südostasiens (noch mit Ausnahme Chinas) und Lateinamerikas (noch mit Ausnahme Cubas); sie addiert nicht die grauenhaften Hinterlassenschaften der gescheiterten kommunistischen Kommandowirtschaft, von denen uns jeder Portokassenschwengel singt, sondern die authentischen Ergebnisse der Freiheit und ihres Weltmarkts. Spätestens bei der Vorlage des nächsten WHO-Berichts mit seinen Steigerungsraten wird die diesjährige »Statistik des Elends« (»Zeit«) als das erscheinen, was sie schon heute ist: ein Dokument der guten alten Zeit.

Daß im nächsten Bericht auch die Bewohner Osteuropas bis Mittelasiens dem Elend zuzuzählen sein werden, haben inzwischen sogar die Herren Walensa und Landsbergis verstanden; Mitte März konnte ein lettischer Arbeiter seinen gesamten Monatslohn gegen 16 Deutsche Mark eintauschen - die Woche zuvor waren es noch 18 Mark. Aber nicht von diesem neuesten Reich der Freiheit soll die Rede sein (und zwar schon deshalb nicht, weil allein die unkommentierte Wiedergabe der entsprechenden Daten sich an dieser Stelle bloß noch als penetrante Rechthaberei liest, und der monatliche Beleg, es besser gewußt zu haben als die Ostexperten der »FAZ« oder der »TAZ«, die Hühnerfutter-Semler und ihre Söhne, auch was peinliches hat), sondern von der Zukunft jenes südlichen Reichs der Freiheit, dessen Gegenwart die Weltgesundheitsorganisation schildert, und des nordwestlichen, das die »Bilanz des Schreckens« so frisiert: *»Wenn die Menschen bis auf den Mond fliegen können, warum können sie dann nichts dagegen tun, daß so viele Kinder auf der Welt sterben müssen?« Die Menschen können. Auch Sie können etwas tun. Wenn Sie UNICEF unterstützen...*

Der Süden, einschließlich jener Regionen, die schon vor Jahren vom Kommunismus befreit worden sind, darf nun erfahren, wie sehr er bis zuletzt von der Existenz der sozialistischen Staaten profitiert hat, und zwar weniger durch direkte wirtschaftliche Hilfe aus dem Osten als durch Rücksichten, die der Westen zwecks Verbesserung oder Sicherung seiner strategischen Position mancherorts glaubte nehmen zu sollen; so kamen einige Staaten der Dritten Welt oder wenigstens deren herrschende Cliquen zu ein paar Extra-Dollars, die auf dem Weltmarkt nicht zu verdienen gewesen wären.

Die Rücksichten sind doppelt hinfällig geworden: Eine Konkurrenz, der sich diese Staaten anbieten könnten, gibt es nicht mehr, und die Chancen auf revolutionäre Befreiung von der Herrschaft des internationalen Kapitals tendieren, seit die Eliten Westeuropas und Nordamerikas unwidersprochen ihre Freiheit proklamieren konnten, ihnen feindliche Regime des Südens durch »Entwaffnungsfeldzüge« abzuräumen, gegen Null. Absichten, die man sich vordem aus Andeutungen von Unterstaatssekratären des Pentagon oder Redakteuren des »Bayernkurier« zusammenreimen mußte, gehören heute zum aufgeklärten Diskurs: Zur »Neuen Weltordnung«, getragen von einer Koexistenz »souveräner Staaten mit demokratisch-parlamentarischer Herrschaftsform, einem garantierten Rechtsstaat und sozialstaatlicher Abfederung«, gehöre eine von diesen Staaten organisierte gemeinsame Außenpolitik, die dem Rest der Welt den Weg weise, wenn es sein müsse auch mit dem Zaunpfahl: »Die Versuche etwa der USA, neu entstehenden Staaten bzw. neu beginnenden Gesellschaften z.B. in Eritrea und Äthiopien, auch in Angola, gleichsam neokolonialistische Auflagen zu machen, sind daher ohne Alternative«, schreibt der Professor Micha Brumlik, bis zum Golfkrieg Mitglied der Grünen.

Solche Schriften finden viele geneigte Leser in einem Milieu, das schneller als erwartet begriffen hat, daß Schluß mit lustig ist, seit die geringe Furcht der Herrschenden, dem Schlachtruf »Geht doch nach drüben!« könnten einmal einige folgen, der ruhigen Gewißheit gewichen ist, daß, wer hier nicht pariert, nirgendwo auf der Welt einen Unterschlupf finden wird. Die Auswirkungen dieser Änderung auf die Psychen kann man kaum überschätzen, denn daß zuvor keiner nach drüben gegangen ist, sagt ja noch nichts darüber, was die Vorstellung, im Falle künftiger Verfolgung diesen letzten Ausweg gehen zu können, zur Selbstsicherheit beim Opponieren und Kritisieren beigetragen hat. Und das galt keineswegs nur für Freunde des realen Sozialismus, sondern sogar für anarchistische Studenten und sozialdemokratische Betriebsräte, von den Mitgliedern bewaffneter, militanter, autonomer oder sonstwie oppositioneller Gruppen nicht zu reden.

Was einmal antikapitalistische, antiimperialistische, systemfeindliche, systemkritische oder bloß systemüberwindende Opposition hieß, hat auch verstanden, daß es kein Hindernis mehr gibt, das die Herrschaft abhalten könnte, Gegner ihrer Ordnung auf jede mögliche Weise abzustrafen und die ernsthafteren unter ihnen, wenn`s nötig würde, einzubuchten. Es sieht freilich ganz und gar nicht danach aus, als dürfte man auf das Eintreten entsprechender Zustände in absehbarer Zeit

hoffen, zumal der freie Markt das Gröbste bereinigen wird, ohne daß die freiheitliche Staatsgewalt losgelassen werden muß. Ohne Verbot, Beschlagnahmungen oder sonstige Repression sind fast alle systemkritischen Publikationen entweder eingegangen, oder sie versuchen, sich durch Anschluß ans teure Vaterland zu retten, und ziehen diejenigen ihrer Leser, die ihnen nicht vorausgegangen sind, hinter sich her.

Die Amputation der antikapitalistischen Position aus der öffentlichen politischen Diskussion hat Folgen: Weil links von Lafontaine nur noch die Mauer ist und also nichts, findet sich die Rechte unversehens in der Mitte, wo es freilich beängstigend eng wird. Da drängeln sich Sozialdemokraten, die nicht einmal als Regierungspartei unter Schmidt-Mogadischu so jämmerlich reaktionär daherpolitisiert haben wie jetzt als Oppositionspartei, und deren einst gefährlichsten Jusos zu allem, was die Regierung will: Ausländer raus, Reallohnsenkung, Ustaschahilfe, Feiertagsarbeit, Honecker an die Wand, stets eine noch herbere Variante einfällt. Da drängeln sich die Bürgerbewegten, die sich zwischen CDU und SPD noch nicht so recht entscheiden können, und die Grünen, die heute schon damals, im SDS, im KBW und in der KPD/AO, nicht links gewesen sein wollen, und da drängelt sich das ehemalige Protestmilieu, von A bis W, von Antje bis Walser, das zum Beweis seiner Reichsbrauchbarkeit die Diskussion über die Behandlung kommunistischer Verbrecher am liebsten in der »FAZ« und in der »Welt« führt, weil diese beiden, die über Jahrzehnte noch für jeden faschistischen Diktator oder Foltermeister ein gutes Wort eingelegt haben, anders als manche Liberalen über den Verdacht, den Kommunismus nicht entschieden genug bekämpft zu haben, erhaben sind. Besonders mit der Kampagne für ihren kroatischen Liebling, von dem das »Hamburger Abendblatt« am 18. März in einer Überschrift melden mußte: »Tudjman auf den Spuren der Nazis«, scheinen sich Reißmüller und Ströhm den Unterschriftstellern der Nation ins Herz geschrieben zu haben.

Nach dem Igel und dem Stachelschwein hat jedenfalls auch die ehemals rumorende Linke in Deutschland (und im übrigen Westeuropa) eingesehen, daß es schön ist auf der Welt zu sein, und zwar auf jener Ersten, in der es reichlich zu futtern und zu saufen gibt, jede Menge Katalysatoren, Naßzellen, Apotheken, und es überhaupt nicht schwächt, hunderte Millionen, die weit hinter der Türkei leben, als Parasiten zu befallen. Und damit es noch schöner wird, zu Weihnachten etwas dagegen zu tun, daß so viele Kinder auf der Welt sterben müssen - mit UNICEF.

Konkret 04/92, S. 10

Thomas Ebermann; Rainer Trampert

Deutsche Reinigung

Eppelmann, Poppe, Schult usw.: Ein Blick auf die politischen Biographien ehemaliger DDR-Oppositioneller und ihrer westdeutschen Freunde zeigt die ganze Verlogenheit der gegenwärtigen »Stasi-Debatte«, in der die Kollaborateure des siegreichen Deutschland darüber streiten, was mit den Kollaborateuren des besiegten zu tun sei

Als wir gemeinsam mit vielen deutschen Familien gespannt auf die Lösung des Wochenrätsels warteten -diesmal galt es die Decknamen Hirte, Sputnik und Ede zu erraten -, ereilte es auch uns. In einem Brief an »alle ehemaligen Mitglieder des Bundesvorstands, Bundestagsabgeordneten und MitarbeiterInnen der Fraktion Die Grünen« unterstellte der Vorstand der Grünen, uns sei gewiß »nicht verborgen geblieben«, daß die Partei von einer Kampagne heimgesucht werde. Von Gründerzeiten an, so werde behauptet, hätten jede Menge Mitarbeiter des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit in grünen Fraktionen und Vorständen gesessen. Das habe die Frage aufgeworfen, »inwieweit grüne Politik von außen manipuliert war«. Jetzt könne »die Integrität, die unsere Partei stets auszeichnete«, nur noch gewahrt werden, wenn wir (Ebermann, Trampert und 150 andere) diese »Einverständsniserklärung« unterzeichneten: »Ich bin damit einverstanden, daß der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes... überprüft, ob ich Beziehungen zu diesem Dienst unterhalten habe«, und daß die Erkenntnisse für »eine verantwortliche, historische Reflektion unserer Deutschland- und Osteuropapolitik« sofort an den Grünen-Vorstand und »dessen Beauftragte« weitergereicht würden.

Wir vermuteten, unbändiger vorauseilender Gehorsam habe den Bundesvorstand bewogen, einen derart dummen Brief zu schreiben (als ob man von ihrer »Integrität« sprechen und gleichzeitig davon ausgehen könnte, die Partei sei von der Stasi ferngesteuert worden; als ob es möglich wäre, die Entwicklung der Grünen zu einer koalitionsfähigen Partei des Westens den Einflußagenten der Stasi anzulasten - mag das Interesse der SED an rotgrüner Realpolitik auch noch so groß gewesen sein!). Wir antworteten nicht, und das war weise, denn drei Wochen später wurde uns vom Vorstand gedankt »für Eure Kooperation«. Es habe nämlich berechtigte Kritik an seinem Vorgehen gegeben, und nun wolle der Vorstand heraus »aus der Atmosphäre von Verdächtigung und politischer Fallenstellerei«. Schon gar nicht wolle er »die Stasi-Frage... als Problem individueller Schuld oder Unschuld angehen, sondern als politischen Komplex«.

War war geschehen? Der Vorstand hatte in seiner Beratungspause begriffen, was von den Grünen erwartet wurde. Ihr Präsident, Weizsäcker, hatte gemahnt: »Wir sind nicht die Richter«, schon gar nicht seien Stasi-Akten objektiv, wahr oder eine »moralische Instanz«; deshalb dürfe es keine »Verleumdungsfreiheit« geben. Und Rita Süssmuth, die andere Moralinstanz, hatte gleich alle Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) der Stasi in Schutz genommen, weil »die Beschuldigten nicht mehr die faire Chance zu einem Neuanfang« bekämen, falls man sie »als neue Feindbilder« aufrichte. Golo Mann und Heiner Geißler wollten sogar die Gauck-Behörde abfackeln, weil nur »die führenden Köpfe in einem öffentlichen Tribunal zur Rechenschaft« zu ziehen seien, während mit der Verfolgung der mittleren und kleineren Mitläufer »möglichst rasch Schluß« gemacht werden solle. Geißler schimpfte: »Die unsägliche Stasi-Diskussion gefährdet die innere Einheit Deutschlands zunehmend«, sehr im Gegensatz zur Asyl-Diskussion. Fürs Bündnis 90 stimmte Ullmann dem zu. Sein »Forum zur Aufklärung und Erneuerung« wolle den »inneren Frieden im Lande fördern«. Seit ihr Stolpe in Rede steht, erinnert Sozialdemokraten die Gegenwart nur noch an »Hexenprozesse« oder an einen »plebiszitären Hexen- und Teufelssabbat«. In Memoriam des US-Kommunistenjägers McCarthy entdeckte der »Stern«: »McBohley in Deutschland«.

Dagegen mäkeln zwar der »Spiegel« mit Wolf Biermann und eine zweitklassig besetzte Initiative gegen die Aktenschließung (Ulf Fink, Reinhard Schult und Bärbel Bohley), die aus der Ferne zaghaft von Rainer Eppelmann unterstützt wird. Aber die Grünen haben kapiert, was von einem guten Deutschen heute erwartet wird: Belege dafür, daß er schon immer gegen den Sozialismus und für die Wiedervereinigung gewesen sei, daß er das Gute im Westen lobt und den Mitläufern eines Irrweges im Osten mildtätig-pfäffisch die Beichte abnimmt.

Auch diverse Kommentatoren der »Tageszeitung« hatten den Grünen empfohlen, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Ethisch vorbildlich bei allen Rückbesinnungen seien solche Politiker, »die ein hohes Maß an Zivilcourage in früheren Jahren« bei der Bekämpfung der »Diktatur des Proletariats in Ostdeutschland« an den Tag gelegt hätten, also Czaja oder Hupka. Im Vergleich zu denen hätten Linke sich schuldig gemacht, weil sie »die Teilung Deutschlands für ewig und alle Zeiten als gerechte Strafe für den Nationalsozialismus akzeptierten« und zudem in das grüne Projekt einsickerten, um dort die »Kontakte zur DDR-Opposition« zu verwässern: »Der ökosozialistische Flügel um Reents, Trampert, Ebermann, Schmidt und Schneider lehnte die Einklagung von Menschenrechten in den osteuropäischen Staaten als imperialistische Störmanöver zur Destabilisierung des Sozialismus ab. Wer kompromißlos für Menschenrechte in Osteuropa eintrat, paktierte mit dem Klassenfeind.« Die IM-Suche sei nebensächlich, weil auch mit Hilfe inoffizieller Mitarbeiter »die Position der Grünen in deutschlandpolitischen Fragen... keinen Deut anders ausgefallen« wäre. Lieber solle man den »ideologischen Resonanzboden... beleuchten«, der »der Stasi ihr Wirken... erleichtert hat«.

Einiges wird jetzt verständlicher. Auf dem neunten öffentlichen »Täter-Opfer-Austausch« in Berlin hatte der IM Dirk Schneider bei Petra Kelly und Gerd Bastian, diesen reinen Opfern, um Gnade gefleht: »Das war ein schwerer Fehler, das ist meine Belastung, daran habe ich zu tragen«, und gebettelt: »Können wir nicht gemeinsam einen argumentativen Weg finden, der uns nicht als schlimme Leute erscheinen läßt?« Vergebens, denn Schneider »glaubte..., die alte deutschlandpolitische Auseinandersetzung innerhalb der Grünen quasi ungebrochen fortsetzen zu können« (»TAZ«). Weil er seine politische Position noch verteidigte, kam Gerd Bastian »doch wieder das alte Kotzen hoch«.

So streiten die Kollaborateure des siegreichen Deutschland darüber, was mit den Kollaborateuren des besiegten zu tun sei: ob man alle Deutschen pauschal als Opfer in die nächste Volksgemeinschaft hineinretten soll - auch der östliche Mitläufer hat sich als Untertan bewährt, und weshalb soll ein Stasi-General mit systemunabhängigem Berufsethos im neuen Geheimdienst schlechtere Dienste tun , oder ob der ideologischen Festigung der Volksgemeinschaft mit einer Enthüllungsdramaturgie besser gedient sei.

Die allseitige Apologie ‘westlicher’ Werte und des neuen Großdeutschland erschlägt jede - hochtrabend gesagt - dialektische Vernunft. Selbst die Vergangenheit wird noch aus ihrem historischen Bezug gerissen in dem bedingungslosen Willen, sie dem heute Verlangten anzupassen. Die Fragen: Weshalb waren Linke damals keine kalten Krieger? Gab es gute Gründe, gegen eine neue Reichsgründung zu sein? Für welches Programm stand eigentlich die Opposition im Osten? erscheinen nur noch absurd oder verdächtig.

Die Stasi-Debatte erhebt nicht nur die Werte des Siegers zum alleinseligmachenden Dogma, sie wäscht ihn obendrein von Vergangenheit und Gegenwart rein. Eigene Schuld verblaßt oder verschwindet gänzlich. Diesem Zweck dienen die diversen Systemvergleiche. Mal erwähnt in einer Talk-Show ein CDU-Politiker beiläufig, die Bürger und Bürgerinnen der Ex-DDR seien bedauernswerte Geschöpfe, weil sie - ungewollt - von einer Diktatur in die nächste wechseln mußten. Mal rettet ein Sozialdemokrat den qualitativen Vergleich von DDR und Nazi-Deutschland, indem er kritisch die Quantitäten reflektiert: Sechs Millionen Juden seien mit 200 Mauertoten zwar nicht vergleichbar, ihm gehe es allerdings um jeden Toten. Und Henryk Broder vergleicht im »Spiegel« die Kapos in den jüdischen Ghettos mit den inoffiziellen Stasimitarbeitern.

Die Subsumption der DDR unter »Totalitarismus« fördert ihre Identifikation mit dem »Satan«. Das hat Traditition. Nicht im Kriegs- oder Nachkriegsdeutschland tummele sich eine »herrschende Horde«, sondern »bei den Sowjets und ihren deutschen Kulis«, meinte Kurt Schumacher. Zum Glück hatte sein Parteigenosse Ernst Reuter mit »seiner« Stadt Berlin schon mal einen »Pfahl im Fleische des satanischen, teuflischen Systems, das uns und die Welt vom Osten bedroht«. Der CDU-Politiker Krone hatte dort »ein riesiges Konzentrationslager«, Erich Ollenhauer nur ein »großes Konzentrationslager« entdeckt.

Die DDR kannte vom Völkermord bis zum Angriffskrieg nichts von dem, was den Nationalsozialismus charakterisiert. Ihr »antifaschistischer Auftrag« hat vieles aus guten Gründen verhindert, einschließlich der Normalität der für die BRD typischen Nazikarrieren, wenngleich der Freispruch der Massen per Staatsdoktrin einer Auseinandersetzung mit Nazi-Offizieren, schwelendem Antisemitismus, den »faulen Polen« und gern erzählten Negerwitzen eher hinderlich war.

In der gegenwärtigen Stasi-Debatte wird der Systemvergleich besonders apodiktisch gezogen. Die Gegenüberstellung »Diktatur in Ostdeutschland - Freiheit in Westdeutschland« soll eine im Westen domestizierte Bevölkerung sich wohlfühlen lassen angesichts der schrecklichen Domestizierung ihrer Brüder und Schwestern. In einer »historisch gewachsenen Demokratie« wie in den USA, sagt Biermann, »wären Ehrenmänner wie Gregor Gysi und Manfred Stolpe längst politische Leichen. Ehrenwort!« In den USA ernteten das höchstdekorierte DDR-Aushängeschild Kati Witt und der hochrangige Nazi Wernher von Braun allerhöchsten Ruhm. Ehrenwort! Bei Biermann »sitzen diese Schwerverbrecher (der SED) nicht im Knast, sondern... genießen... zum erstenmal im Leben die bürgerlichen Freiheiten und Persönlichkeitsrechte«, was wir alle an Honecker und Mielke sehen können. Nicht in Deutschland, in Rußland wird der hohe KPdSU-Funktionär Jelzin Staatschef. Ehrenwort! Nach Abzug der Lügen bleibt pure Westpropaganda.

Wir wollen einen Blick in die Alltagsfreiheit des stasilosen Deutschland riskieren: Ein Buchhalter, der seit längerem mit Krankheit und Ehescheidung zu tun hat, greift öfter zur Flasche und läßt in seiner Leistung nach. Was setzt dieser Fall, der so normal ist, daß er nicht beachtet wird, in Gang? Sein Abteilungsleiter fragt nach den Gründen und läßt ihn vom Gruppenleiter und einem Nachwuchstalent aushorchen: Beschwerdenotiz an die Personalleitung. Abmahnung. Einschaltung des werksärztlichen Dienstes. Bericht. Verwarnung. Erkundigungen des Betriebsrates. Herabstufung im Job. Der Buchhalter verflucht die Firma: Ermahnung wg. Störung des Betriebsfriedens. Die turnusmäßige Leistungs- und Charakterbeurteilung fällt ungünstig aus. Nach seiner Entlassung stürzt sich ein Behördenapparat auf ihn, fragt und speichert: seine Verhältnisse, die der nahen Verwandten, Wohnungsgröße, Vermittelbarkeit. Zahlungsschwierigkeiten: Speicherung in der »Schufa«, Wohnungskündigung. Aussichtslose Wohnungssuche. Vorladungen bei Behörden. Bei Neubewerbungen Intelligenztests, Belastungsfähigkeit, Verhalten in der Gruppe, psychische Struktur. - Gewiß eine ganz andere aktenkundige Durchleuchtung und Steuerung als in der früheren DDR, aber gewiß keine geringere.

Unser Buchhalter wurde in dem Steuerungs- und Bestrafungsprozeß nie gefragt, was er wähle und wie er es mit »Bonn« halte. Die Götter, die hierzulande über Wohl und Wehe entscheiden, heißen Leistung, Produktivität, Profit, Wachstum, Konkurrenzfähigkeit. Wer ihnen nicht gerecht wird, kann Gnade nicht erwarten. Die Menschen sind beseelt von der Angst vor Abweichungen, weil das System sie schnell erfaßt, materiell bestraft, und sie vom Kollektiv als verwirrt und - schlimmer noch - leistungsuntauglich gegeißelt werden. »Durch die ungezählten Agenturen der Massenproduktion und ihrer Kultur werden die genormten Verhaltensweisen dem Einzelnen als die allein natürlichen, anständigen, vernünftigen aufgeprägt« (Horkheimer/Adorno).

Wir sprechen hier vom Normalfall, der nicht dem Grad der Gefährdung unterworfen war wie jene, die etwa der Isolationsfolter ausgeliefert sind. Und wir sprechen von der Normalität im reichen Zentrum des Kapitalismus, die mit den Folgen der Marktwirtschaft in industriell rückständigen Regionen nicht vergleichbar ist.

Das DDR-System verhielt sich auf eine andere Weise autoritär. Wohlverhalten und Unterordnung wurden in Form der Zustimmung zu Partei und Staat verlangt. Da die politische Führung zum Glaubenssatz erhoben hatte, sie handele immer im Interesse der Massen, mußte, wer sie kritisierte, »objektiv« verwirrt, schädlich oder konterrevolutionär sein und wurde einer abgestuften Bestrafung unterzogen. Der Glaubenssatz war absolut und traf abweichende Kommunisten ebenso wie BND-Agenten. Bekanntlich hatte die DDR nicht den Weg zur freien Entfaltung der Individuen und zum Absterben des Staates eingeschlagen, sondern ein Überstaat war entstanden, der bis in die Wohnzimmer hinein regieren wollte. Dafür gibt es objektive und subjektive Gründe: Die Unmöglichkeit, eine befreite Gesellschaft mit Massen einzurichten, die gestern noch Hitler zugejubelt hatten und heute unter Freiheit nichts anderes verstanden als das Kaufhaus des Konkurrenten, der wiederum nur eine Absicht hatte: die Annexion dieses Staates; mangelnde Konkurrenzfähigkeit mit dem reichen Bruder, der als Nachbar den Blick dafür versperrte, wie arm Marktwirtschaft die Welt macht; Abhängigkeit von den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion, die jederzeit mitregierte; eigener nationalistisch-preußischer Ballast gestandener »Kommunisten«; Integration stockkonservativer Blockparteien; schließlich die Herausbildung einer polithierarchischen Klassengesellschaft.

Staatsführer und Oppositionelle belogen sich gegenseitig. Die Opposition hißte ein Rosa-Luxemburg-Transparent, ohne mit irgendeinem wesentlichen Gedanken der Kommunistin übereinzustimmen, und die SED-Führung antwortete in ihrem Zentralorgan: »Was da geschah, ist verwerflich wie eine Gotteslästerung. Keine Kirche könnte hinnehmen, wenn man eine Prozession zur Erinnerung an einen katholischen Kardinal... entwürdigt... Übrigens in jedem zivilisierten Land treten in einem solchen Fall Gesetze in Kraft, die ahnden, wenn jemand das Andenken von Verstorbenen beleidigt.« Die bloß vorgegaukelte Akzeptanz dieses Staates durch ein Proletariat, das in Wahrheit bloß mit Hilfe der D-Mark aus deutscher Zweitklassigkeit herauskommen wollte, verlangte zur Machtsicherung nach einer Stasi, die ihre paranoiden Züge aus der realen Bedrohung bezog und ihre buchhalterischen aus der deutschen Tradition.

Nur wer sich an solche Zusammenhänge herantastet, wird begreifen, weshalb beide deutschen Systeme Untertanen produzierten. Die Eliten, die alle Deutschen schnell vereinen und deshalb mit den Stasi-Akten behutsamer umgehen wollen, können sich der dumpfen Zustimmung ihrer Untertanen eher gewiß sein. Selten gab es eine derart erfolgreiche Unterschriftensammlung in der Kleinstadt als die für den Mauerschützen Ingo Heinrich. Alle nickten, als eine Oma sagte: »Der Junge ist doch mit seinem Befehl schlafen gegangen und wieder aufgestanden, den trifft doch keine Schuld.« Dasselbe stille Einverständnis gab es schon nach dem 2. Weltkrieg, als der SS-Mörder Barth »in seiner ursprünglichen Heimatstadt gelebt« hatte, mit Funktionen und ohne Probleme, obwohl alle Bescheid wußten, wie der Jude und SED-Funktionär Nathan Adler berichtete. Man hört heute im Osten wie im Westen gern, daß es andere Möglichkeiten nie gegeben habe, und kluge Staatsschützer schätzen diese Haltung.

Die »Rächerfraktion« hingegen treibt nur den östlichen Mitläufer auf die Schulbank, damit er lerne, wie ein westlicher zu funktionieren. Damit sind wir bei denen, die einst mit Rosa Luxemburg in den Westen wechselten und heute bei der Enttarnung ihrer einstigen Gegner den Eindruck vermitteln, als ob sie mit ihrer Kritik an der DDR nie etwas anderes verbunden haben als die Vorbereitung einer Westkarriere. Nicht nur ein Stolpe wird Ministerpräsident und ein Berghofer Wirtschaftsberater, auch ein Eppel-mann wird Abgeordneter und Chef einer richtigen Enquete-Kommission, Gauck Chef einer hohen Behörde, Poppe, Schult, Ullmann und viele andere sind im Parlament untergebracht.

Beginnen wir mit dem gewissenlosesten Falschspieler im deutschdeutschen Abwicklungsprozeß, dem Pfarrer Eppelmann. Er will heute nicht »ausschließen«, daß Stolpe »schuldig geworden ist«, und bezichtigt Leute wie Gaus, Jens, Graß oder Heym der »intellektuellen Hehlerei«. Dieser Eppelmann schrieb 1981 einen offenen Brief an Erich Honecker: »Als überzeugter Christ und Pazifist fordere ich... eine Entmilitarisierung beider deutscher Staaten..., schlage... vertrauensbildende Maßnahmen vor, die kein oder nur ein ganz geringes, von Ihnen auch noch einzukalkulierendes Risiko für die Sicherheit der DDR beinhalten...«

Nicht nur, daß Eppelmann dem Erich Honecker die Sicherheit der DDR garantieren wollte, war gelogen. Gleich nachdem das Werk vollbracht war, wurde er Stoltenbergs Stellvertreter und hatte die NVA auf Bundeswehrdrill umzustellen. Mit seiner CDU verlangt er heute die Umrüstung der Bundeswehr zu einer Mobilmachungsarmee, und zur Überraschung seiner

Parteifreunde bestand er darauf, Kriegsgeräte aus NVA-Beständen überall in die Welt zu exportieren. Christlich ist das gewiß, aber pazifistisch? Von Eppelmann ist allerdings bekannt, daß er gemeinsam mit Gerd Poppe als Vertreter der »Initiative Frieden und Menschenrechte« schon frühzeitig mit den deutschlandpolitischen Scharfmachern Lintner, Scharrenbroich und Schreiber von der CDU konspirierte. Damals sagte er der »TAZ«: »Wir waren nicht auf der Suche nach Unterschieden«, man habe nur »der von der DDR betriebenen Abgrenzungspolitik« den Boden entziehen wollen, bis die »Lösung der deutschen Frage« herangereift sei, und die drei CDU-Größen stellten auf ihrer Pressekonferenz »ein erstaunliches Maß an Übereinstimmung« fest.

Später, als Mitglieder von »Demokratie jetzt«, erklärten Poppe, Weiß und Ullmann dann: »Wir laden die Deutschen in der Bundesrepublik ein, auf eine Umgestaltung ihrer Gesellschaft hinzuwirken, die eine neue Einheit des deutschen Volkes... ermöglichen könnte.« Selbstredend wollten sie keine andere BRD, sondern nur die völkische Einheit der Deutschen, denn »Betriebe« sollten ökonomisch selbständig werden und sich »ihr Angebot und ihre Preise am Markt orientieren, damit aus dem bestehenden Nachfrage- ein Angebotswettbewerb wird«. Die Friedenszeitung »Grenzfall« warnte sogar vor Städtepartnerschaften, denn: »Wenn Weimar Beziehungen zur CDU-regierten Stadt Trier aufnimmt, dann vor allem, um auf die dortige Innenpolitik einzuwirken« (»Grenzfall« 7/87). Wer sich soviel Sorgen um die CDU-Innenpolitik machte, daß er sie schon vor einer Weimarer Stadtvertretung in Schutz nehmen wollte, der hatte auch etwas gegen Udo Lindenberg, der »sich auf den Boden scharwenzelnder Hofschranzen... begeben« habe, als er in die DDR wollte.

Die Organisation »Demokratischer Aufbruch« von Wolfgang Schnur und Rainer Eppelmann wird vielleicht mehr Agenten verschiedener Geheimdienste beheimatet haben, stand politisch aber keinesfalls links von »Demokratie jetzt«. Die Pfarrer Richter und Eppelmann sagten jedenfalls übereinstimmend der »TAZ«, es gebe keine inhaltlichen Streitpunkte zwischen beiden Organisationen. Zwar hatte der »Aufbruch« einen »Reformsozialismus« im Programm, das wurde aber damit entschuldigt, daß »ehemalige SED-Mitglieder sonst nicht beigetreten« wären. Was Eppelmann als List erklärt, verteidigt Richter. Im Gegensatz zum »Neuen Forum« habe bei ihnen »Sozialismus noch einen guten Klang«. Darum wird es wohl Streit gegeben haben. Die Wortführer Schnur von der Stasi und Eppelmann vom Westen trafen sich dann nebenbei mit Graf Lambsdorff, um sich mit ihm für eine deutsche Konföderation auszusprechen, aber auch Richter löste sich von seinem Geschwätz von gestern und übernahm schließlich die zentrale Losung von Willy Brandt: Keine Wieder- sondern eine Neuvereinigung, und nannte den 10-Punkte-Annexionsplan von Helmut Kohl »moderat«.

Die Beurteilung dieser Opposition als staatsgefährdend war zutreffend. Sie wollte die DDR zerstören und sieht bei der Verfolgung alter SED-Größen heute authentischer aus als die Gewendeten. Damit sind wir bei der nächsten Oppositions-Versammlung. Die Mitglieder im ehemaligen »Neuen Forum« - Ausnahmen sind möglich, weil wir nicht wissen, wie Mehrheitsentscheidungen zustande kamen - schrieben dereinst in einem offenen Brief: »Wir wenden uns ausdrücklich an die zwei Millionen Mitglieder der SED: Ihr bildet die größte und wichtigste politische Körperschaft in unserem Land. Zu Euch gehört ein enormes Potential von Fachwissen und Leitungserfahrung, das für die Erneuerung unserer Gesellschaft dringend gebraucht wird.« Der SED wurde obendrein versichert: »Weder Sozialismus steht... zur Disposition, noch die DDR als eigener Staat.« Und als die verhöhnte Staatsführung zweifelte, versicherten sie noch einmal in einer Erklärung zur Feier des 40. Jahrestages der DDR: »Wir protestieren gegen die Versuche der Regierung, uns als Sozialismusfeinde darzustellen.«

Eine Bestätigung unserer Auffassung vom Charakter eines Großteils der DDR-Opposition schrieb Reinhard Schult im April 1988 im »Friedrichsfelder Extrablatt«. Man habe zu einer Protestaktion nicht aufgerufen, weil die Ausreisebewegung sich einmischte, »und wir nicht mit so provokanten Mitteln deren schnelle Ausreise befördern helfen wollen, auch nicht, wenn alles unter den großen Mantel der Menschenrechte paßt«. Und dann, schreibt er, kamen die »Nackenschläge: Einer... nach dem anderen ging... Freya, Ralf, Stephan, Bert, dann Wolfgang und Lotte..., Bärbel und Werner... und dann die Auftritte im Westfernsehen... Krawczyks Konzert in Hannover. Jedes Wort eine Ohrfeige. Er habe schon immer gewußt, daß er... im Westen ankommen werde... Es täte ihm leid, daß er seine DDR-Vergangenheit nicht so schnell ablegen könne... Nach zwei Tagen hatte er einen Manager... Bärbel Bohley, Werner und Templins verkaufen ihre Ausreise... als politischen Erfolg... Vera Wollenberger schwenkt siegesbewußt den DDR-Paß... Ist die Friedensbewegung... ein Trittbrett für die persönliche Karriere?... Unsere Arbeit ist auf Veränderung unserer Gesellschaft orientiert... In einer riesigen Propagandaschlacht konnte (der Westen) seine antikommunistische Ideologie stärken, den Sozialismus als menschenfeindlich darstellen und das eigene kapitalistische System als Hort der Menschenrechte präsentieren... Meinen wir es ernst, wenn wir den Hunger in der Zweidrittel-Welt beklagen, oder ist für uns Westeuropa das bessere Europa... weil die Menschenrechte dort angeblich mehr gewährleistet sind als hier? Warum haben unsere Ausgereisten, als sie mehrere Tage im Zentrum der Medienaufmerksamkeit standen, die Gelegenheit nicht genutzt, um klarzustellen, daß sie nicht meinen, im Paradies angekommen zu sein? Warum haben sie nicht die Gelegenheit ergriffen, sich für politische Häftlinge in der BRD einzusetzen, die jahrelang in Isolierhaft sitzen... lassen wir uns blenden durch Händedrücken von Grünen oder CDU-Abgeordneten...?«

Ja. Reinhard Schult ist heute Abgeordneter für das reaktionäre Bündnis 90. Das ideologische Gefängnis der Siegermacht erzwingt, daß sich ganz freiwillig niemand mehr erinnert an seine Rede von gestern oder an die Texte in den »Umweltblättern« der DDR-Opposition: »Es muß doch einmal gesagt werden, daß die DDR zwar nicht die vollkommenste aller Welten, aber hinsichtlich des wirtschaftlichen Wohlstandes... mit Italien und Großbritannien zu vergleichen ist, und die Mitbestimmungs- und Menschenrechte zwar nicht garantiert sind, aber bei weitem nicht so brutal mit den Füßen getreten werden wie in den... Hinterhof-Diktaturen der USA. Es gäbe genügend Gründe zu bleiben, um ein erträgliches Land in ein besseres umzugestalten... Überall wurden unsere Gruppen nur genutzt, um das begrenzte Ziel der Ausreise zu erreichen. Falls es ins Konzept paßte, verrrieten uns die Ausreisewilligen mit Begeisterung an die Behörden... Schlaraffenland? Nein Danke!«

Während die Konservativen nie etwas anderes betrieben als den Kalten Krieg im Auftrag des Westens, konnten andere Oppositionelle sich noch nicht vorstellen, daß Gorbatschow die DDR der BRD aushändigen würde, was zu manchem Eiertanz führte. Einige wenige wollten wohl ernsthaft eine andere DDR, gerieten aber in den Sog der Westintegration und arbeiten jetzt verbissen am Verwischen ihrer Spuren. Heute liegt die öffentlichkeitswirksame Analyse des ehemaligen Mitläuferphänomens in der DDR vollkommen in den Händen von Mitläufern.

An Reden und Anfeindungen, aber auch an ihrem Schweigen ist abzulesen, daß sich einige Menschen aus der Ex-DDR dem Anpassungszwang entziehen wollen. Beim geringsten Laut treffen sie die alles erstickenden Verdächtigungen härter als jeden IM. Als man sie noch gebrauchen konnte, wurde z.B. Christa Wolf von Lothar de Maizière als Bundespräsidentin eines vereinigten Deutschland ins Gespräch gebracht. Heute gilt sie dem Feuilleton der Bürgerpresse als feige Mitläuferin des Stalinismus.

In einer Sonderrolle befinden sich ehemalige SEDler und Mitglieder ihrer »Nachfolgeorganisation« PDS. Obwohl sich viele von ihnen den neuen Machthabern genauso hündisch anbieten wie die ehemaligen Oppositionellen in der DDR, gewinnen sie keine Gleichbehandlung. Einen wichtigen Grund dafür hat Gerhard Riege in seinem Abschiedsbrief angesprochen: »Ich habe Angst vor dem Haß, der mir im Bundestag entgegenschlägt, aus Mündern und Augen und Haltung von Leuten, die vielleicht nichteinmal ahnen, wie unmoralisch und erbarmungslos das System ist, dem sie sich verschrieben haben. Sie werden den Sieg über uns voll auskosten. Nur die vollständige Hinrichtung ihres Gegners gestattet es ihnen, die Geschichte umzuschreiben...«

Nicht die gegenwärtige Politik der PDS provoziert den richtig beschriebenen Haß. Das erbarmungslose System kann vielmehr nicht einmal das, was an die Existenz eines anderen historischen Versuchs noch erinnert, ertragen. Bei all ihrem Lob für Marktwirtschaft und Demokratie ruft die Existenz der PDS dauernd ins Gedächtnis, daß mit beiden nur der Ruin kam. Das westliche Unterwerfungsmodell bezieht seine Akzeptanz aber wesentlich daraus, daß die neue Armut im Osten nicht mit der Marktwirtschaft in Verbindung gebracht wird, sondern für immer als Folge der realsozialistischen Mißwirtschaft erscheint. Dabei sprach keine intellektuelle Opposition, keine Leipziger Demonstration, kein Runder Tisch, rein gar nichts dafür, daß etwas anderes aus dem Vermächtnis von Robert Havemann hätte herauskommen können als Scheiße: »Wie wir Deutsche unsere nationale Frage... lösen werden, muß man uns schon selbst überlassen« (Brief an Breschnew im Herbst 1981).

Unser Verhältnis zu denen, die Oppositionelle oder Bürgerrechtler hießen, war nicht ungetrübt. Aber der Gedanke, daß die Kritik eines bestehenden polit-ökonomischen Systems nicht automatisch zur Unterstützung aller Teile seiner Opposition führt, soll heute - natürlich nur bezogen auf den »Ostblock« - ausgetrieben werden. In anderen Regionen der Welt, besonders dort, wo die imperialistischen Machthaber begründete Einwände gegen die Opposition haben, ist der Gedanke noch zulässig. Wer heute seine Befürchtungen formuliert, was passieren würde, wenn in Algerien die Islamisten erfolgreich sein sollten, wird nicht automatisch zum Befürworter der algerischen Herrschaft (objektiver Agent) stilisiert.

Komplizierter verhält es sich bspw. in Afghanistan, wo die bewaffnete Opposition nichts weniger vertritt als die »Menschenrechte«, allerdings bis heute von einer Zeit profitiert, in der jede Kraft geadelt wurde, die der sowjetischen Herrschaft Schwierigkeiten bereitete. Diejenigen zu ächten, die dieser Maxime nicht entsprochen haben, halten wir für das wesentliche Motiv der momentanen »Abrechnung« mit einer Phase linker Politik, wie sie auch im Rahmen der Grünen verfochten worden ist.

Natürlich hält uns kein Mensch vor, wie sehr wir z.B. 1980 von der Solidarnosc geschwärmt haben, denn der spätere Triumph ihrer Führer hat zwar weder dazu geführt, daß die Arbeiter »Herr im eigenen Haus« wurden, noch dazu, daß ihre materielle Lage sich verbessert hat - für beides gilt das Gegenteil , aber Polen gehört wieder zur freien Welt. Doch dazu später (in einem der nächsten Hefte werden wir u.a. anhand der Beispiele Ungarn 56, Prag 68 und Polen 80/81 der Frage nachgehen, inwiefern die Linke berechtigte Hoffnungen an die osteuropäischen Oppositionsbewegungen hat knüpfen können). Zunächst soll es darum gehen, mit welchen Teilen der osteuropäischen Opposition wir wirklich nichts zu tun haben wollten. Erinnern wir uns zunächst an die Intervention zahlreicher Bürgerrechtler, Oppositioneller und Dissidenten in die Friedensbewegung. Thesen, mit denen ein gestandener CSU-Reaktionär nur Pfiffe geerntet hätte, erhielten, sofern sie von »Verfolgten des Stalinismus« formuliert wurden, wenn nicht Zustimmung, so doch »Verständnis«.

Auf einem Friedensfestival in Tübingen las der Solidarnosc-Vertreter die Leviten: »Einseitige Abrüstung, der Glaube, daß die Sowjetunion freiwillig ihre Rüstung beschränkt, wenn der Westen abrüstet - das ruft bei uns nur ein Schulterzucken hervor. Zu gut kennen wir die Aggressivität dieser Großmacht.« Ein Vertreter der »Kämpfenden Solidarnosc« legte ein Brikett nach: »Die Perspektive unserer Welt hängt allein davon ab, ob es uns gelingt, eine nukleare Katastrophe zu vermeiden. Und die große Gefahr ist die Sowjetunion, nicht die USA und die Sowjetunion.« Die polnische Untergrundzeitung des »KOR« trauerte, weil »die Afghanen und Polen mit hilflosem Entsetzen zusehen (müssen), wie die demokratischen Staaten ihre Kapitulation vorbereiten«, und die ebenfalls polnische »Niepodleglosc« bügelte westlichen Sozialdemokraten einen über: »Wenn es endlich einen (US-)Präsidenten gibt, der etwas für Polen tun kann (gemeint war Reagan), muß man ihm helfen... und nicht noch seine antisowjetische Politik erschweren.«

Der ungarische Oppositionelle Vajda wies mit Blick auf die Sowjetunion darauf hin, daß »sich ihr Erfolg beim Aufbau einer modernen Militärtechnik oder der militärischen Überlegenheit gegenüber dem Westen... nicht leugnen läßt«, weshalb von ihr »entweder die Menschheit in einen weltweiten Völkermord getrieben (wird), oder niemand wird den `realen Sozialismus' daran hindern können, weltweit zu triumphieren«. Die tschechoslowakische »Charta 77« vertrat die Meinung, »daß erst im Zusammenhang mit allen Menschenrechten der Frieden etwas (erstrebenswertes) ist«, und formulierte die Warnung, daß nicht der Fehler der Appeasementpolitiker wiederholt werden dürfe, die damals Hitler und heute der Sowjetunion vertrauen würden.

Übrigens stammen die hier vorgestellten Zitate nicht aus der »Welt« oder der »FAZ«, sondern aus Publikationen des sozialistischen Ost-Europa-Komitees, einem Organ, das »der linken Opposition« Osteuropas eine Stimme verleihen wollte, weshalb es seine Tätigkeit an dem Tage einstellte, als diese Region dem Kapitalismus einverleibt wurde. Was uns damals abging und noch heute abgeht, ist die verständnisheischende Formel, die in tausendfacher Variation ungefähr so vorgetragen wurde und wird: »Eine Herangehensweise, in der die früheren links-rechts-Schemata Anwendung finden würden, wäre der Sache nicht gerecht« (Editorial »Osteuropa-Info«). Während angeblich kein Schema mehr paßte, paßte fast immer dieses: »Gut ist, was den Russen, Sowjets, Stalinisten schadet.« So konnte man behaupten, bei den Balten gebe es »keinen bornierten vaterländischen Nationalismus«, obwohl der zentrale Anklagepunkt der dortigen Opposition die »Überfremdung« und »Russifizierung« war, weshalb unter »freien Wahlen« verstanden wurde: »Den nichtlettischen Einwande-rern müßte allerdings das Stimmrecht verweigert werden.«

»Natürlich kollidieren manchmal die Texte zur Musik mit unseren eigenen linken oder alternativen Vorstellungen: So etwa, wenn eine ungarische Gruppe sich aggressiv gegen Zigeuner wendet.« Aber nur deswegen, weil diese Subkultur zigeunerfreie Gebiete fordert, können wir den jungen Leuten doch nicht unsere Solidarität verweigern. Mußten wir nicht tiefes Verständnis für den Exil-Rumänen Ion Varlam aufbringen, einen Funktionär diverser Organisationen, der herzzerreißend beklagte, daß die Armeen des Westens weder in Ungarn noch in Rumänien einmarschierten?: »Die Ereignisse von 1956 stellen den Höhepunkt jener Phase voller Hoffnung zwischen 1948 und 1956 dar, in der man glaubte `die Amerikaner kommen'. Dieser Hoffnung (!) war all jener aktive und passive, physische oder moralische Widerstand... entsprungen.«

In den hier angesprochenen Kreisen wich während der 80er Jahre die Hoffnung auf die Amerikaner offenbar einer Hoffnung auf die Deutschen, und manch einer nahm den hiesigen Historikerstreit zum Anlaß, alte Verbindungen wieder aufzuwärmen. Das Osteuropa-Komitee berichtete plötzlich über »Mitteleuropa« - man war auf der Höhe der Zeit. Die oppositionellen Historiker Kren und Kural hatten entdeckt, daß »auch wir Tschechen... Probleme mit unserer nationalen Identität (haben), und das Bedürfnis der Deutschen, nach den vielen Erschütterungen ihre nationale Identität zu festigen oder wiederherzustellen und sie historisch zu untermauern, ist uns nicht unverständlich oder fremd«. Noch eine Nuance deutlicher kämpfte Herr Vajda als Repräsentant der »Budapester Schule« an der Seite der rechten Garde deutscher Historiker. Neben seinem speziellen Anliegen, die Kriegsschuld Englands und Frankreichs für den ersten Weltkrieg zu »beweisen«, wollte er »nur behaupten, daß ihr (der deutschen Historiker) Bestreben, den Status quo dadurch mit Fragezeichen zu versehen, indem sie den Weg, der dazu führte, noch einmal analysieren wollen, ganz akzeptabel ist. Erst recht in einer Zeit, in der mit diesem Status quo nicht nur das dafür angeblich verantwortliche Volk unzufrieden ist, sondern auch andere, deren kulturelles Daheim (!) durch diesen Status quo vernichtet wurde.«

Mit jedem Monat, der vergeht, wird die Rede vom »Menschenrechtler«, vom »Freiheitskämpfer« oder »Demokraten« absurder. Die Herren sind halt an der Macht. Gamsachurdia zum Beispiel verkörperte »seit Jahrzehnten den nationalen Kampf gegen das kommunistische System«, hatte »jahrelang im Kampf für Freiheit und Menschenrechte gelitten«, war »eine durchweg moralische Persönlichkeit..., die Legitimation für eine politische Führungsrolle erworben hatte«, wollte »die uneingeschränkte Herrschaft des Rechts und der Wahrheit« etcetera blabla, hieß es aus Anlaß seiner Verjagung in der »TAZ«. Statt nun zur schlichten Erkenntnis zu kommen, daß nicht jeder, der den »nationalen Kampf gegen das kommunistische System« führte, etwas mit Freiheit und Menschenrechten am Hut hatte - eine Folgerung, die sich nicht nur in Georgien geradezu penetrant aufdrängt , erklärt die »TAZ« uns über mehrere Ausgaben, daß Gamsachurdia erstens leider

verrückt geworden sei (»hat die politische Realität geistig bereits verlassen«), zweitens bedauerlicherweise Stalins (!) Denkformen nie ganz überwunden habe und drittens ganz unbeabsichtigt zum Diktator geworden sei (»Das Tragische besteht darin, daß sich die Tendenz zur Diktatur gegen die bewußten und ausdrücklichen Intentionen der politischen Akteure durchsetzt«). Das Konstrukt hat Zukunft!

Schluß mit dem Dreck! Für Sozialisten bleibt die Frage wichtig, ob es Ereignisse, Strömungen und Personen gab, die den Typus osteuropäischer Gesellschaftsordnungen in emanzipatorisch-antikapitalistischer Tendenz aufbrechen wollten, und ob unsere Haltung zu diesen Ereignissen und Menschen richtig war. Bei dieser Betrachtung müssen wir der Versuchung widerstehen, alles von heute aus zu beurteilen. Das fällt manchmal schwer, denn die Personen, die einst für Rätekommunismus, Selbstverwaltung, Arbeiterkontrolle und sozialistische Demokratie standen, sind überwiegend - soweit sie noch leben und politisch aktiv sind - zu Sachwaltern kapitalistischer Interessen mutiert. Ihre Reihe ist lang. Dubcek spielt in Prag den Parlamentspräsidenten, und wenn er heute noch einmal stürzen sollte, dann wegen seiner sozialistischen Vergangenheit. Kuron, einst als »Kommunist« Verfasser des berühmten »Briefs an das ZK der PVAP«, hat in seinen gerade auf deutsch erschienenen Memoiren bekannt, all sein vergangenes Wirken sei nur der Suche nach Gott entsprungen: »Ich denke, wir suchten nach einem tragfähigen Fundament für unser Sacrum (und) bekamen mit einemmal Zugang zu dem größten Buch der Menschheit, der Heiligen Schrift... eine regelrechte Erleuchtung... Ich denke, die Deformationen der Linken gehen auf Ablehnung eines transzendentalen moralischen Gebots zurück.«

Wir wollten diesen Ausgang nicht. Diejenigen, die einst »erschüttert« waren, wenn sie über »Armut im Ostblock« berichteten (wobei Ungarn oder die Tschechoslowakei immer mit Westdeutschland und nie mit Griechenland oder Portugal verglichen wurden), sind recht ungerührt, wenn es um das Elend geht, das heute in den zurückeroberten Regionen herrscht. Allenfalls quälen sie sich mal einen Satz ab, der dem alten System die Schuld an der heutigen Misere gibt, oder sie befürchten, daß albanische HungerDemonstranten sich von »alten Kadern« verführen lassen könnten.

Heute geht der Streit unter den Befürwortern des westlichen Systems um die untergeordnete Frage: Welche unserer politischen Maßnahmen, die die Zerstörung des real existierenden Sozialismus und die Wiedereingliederung gewaltiger menschlicher und natürlicher Ressourcen in den Weltmarkt zum Ziel hatten, waren effektiver: die Waffen des Kalten Krieges, Rüstung und militärische Bedrohung, Feindpropaganda à la Löwenthal, die Radiosender der Geheimdienste, die »uneingeschränkte« Unterstützung der Opposition, oder die Instrumente der Entspannungspolitik, der ökonomischen Durchdringung und Verschuldung (bei Fortbestand des Technologie-Boykotts), staatliche Kontakte, Helsinki, Grenzanerkennung. In der Regel bescheinigen sich die großen Parteien gegenseitig die Integrität ihrer Ziele. Die Adenauer-Ära ist längst heiliggesprochen worden. Sie erscheint, wenn Sozialdemokraten und Grüne über sie reden, nicht mehr als Phase des Kalten Krieges, der Kommunistenverfolgung und der Einkleidung des nationalsozialistischen Staats- und Wirtschaftsapparats in ein demokratisches Kostüm, nicht als die Zeit der Wiederbewaffnung und Aufrüstung, sondern als Epoche der »gelungenen Westintegration«, mithin verdienstvoll.

Nicht ganz so deutlich billigen »besonnene« Christdemokraten und konservative Leitartikler die von Sozialdemokraten eingeleitete Entspannungspolitik als zeitgemäßes Instrument zur Unterminierung des Ostblocks. Es gibt immer wieder Versuche, im recht substanzlosen Detail den Sozialdemokraten Verfehlungen, mangelnde Prinzipientreue und ähnliches vorzuwerfen. Aber die Attacken der CDU und der ihr nahen Publizistik bleiben irgendwie blaß, es dominiert der Konsens: Alle haben ihren Anteil an den von allen gefeierten Siegen, an der historischen Niederlage des Ostblocks und an der deutschen Wiedervereinigung.

Auch die Grünen wollen mitfeiern. Wir verstehen das. Und wenn es ihnen den Zutritt zu den Festivitäten erleichtert, dann sollen sie ruhig behaupten, daß ihre schwere Verfehlung, einst gegen das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes argumentiert zu haben, uns - den »objektiven Stasi-Agenten« - anzulasten sei. Denn alle müssen wissen: Wir hatten unseren Gegnern mit »Sibirien« gedroht.

Thomas Ebermann und Rainer Trampert schrieben in KONKRET 11/91 über die Große Koalition deutscher Rassisten

Konkret 04/92, S. 12

Karl-Heinz Hansen

Az. NSDAP

Um die Stasi-Akten öffnen zu können, mußte das Gesetz geändert werden, mit dem die Nazi-Akten geschlossen wurden

»Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Öffnung und Nutzung der Archive der NSDAP, der SA, der SS und der Gestapo kann mit dazu beitragen, der historischen Wahrheit eine Gasse zu bahnen. Es ist ein Angebot an alle Wissenschaftler, Verbände, Organisationen und Bürger, sich daran zu beteiligen. Das Gesetz... läßt... auch Zugriffsmöglichkeiten für die Rehabilitierung von Opfern, die Verfolgung von Verbrechen... zu... Deshalb verzichten wir ausdrücklich auf die 30jährige Schutzfrist...«

»Die Fragen nach Regierungs... kriminalität werden mit Hilfe der Archivalien ebenso Antwort finden wie die Einsichten in schuldhafte Verstrickungen führender Einzelpersönlichkeiten; denn hier befinden sich teilweise auch die Akten der Führungskader.«

Diese Zitate sind eine Fälschung: statt »Archive der NSDAP, der SA, der SS und der Gestapo« muß es nach Lage der Nation natürlich heißen: »Archive der SED, der anderen Parteien und der Massenorganisationen«.

Tatort: Deutscher Bundestag. Tatzeit: 23. Januar 1992. Tatbestand: Die Reden von Hartmut Büttner (CDU/CSU) und Roswitha Wisniewski (CDU/CSU) zur Stiftung »Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« und zur »Änderung des Bundesarchivgesetzes«. Es ging um die restlose Nutzung von siebzig Kilometer Akten zur lückenlosen »Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes«.

Dazu war es dringend notwendig, das erst im Januar 1988 beschlossene, auf die Zustände im Altreich bezogene Bundesarchivgesetz zu ändern. Dieses Gesetz zielte unter anderem auf die finale Vergruftung von belastenden Akten alter Nazis. Denn 1987 drohten die USA damit, das US-Document-Center, Berlin-Zehlendorf, endlich an die Bundesrepublik auszuliefern.

Im Document-Center lagern 100 Millionen Dokumente über die nationalsozialistische Bewegung, 10,7 Millionen Mitgliedskarten der NSDAP, 600.000 Personalakten der SS und Waffen-SS, mehr als 100.000 Protokolle des Volksgerichtshofs, 200.000 Akten des Rassenamtes.

Seit 1967 hatten sich die Bundesregierungen in klammheimlicher Solidarität beharrlich geweigert, das brisante Geschenk anzunehmen: Die belastenden Akten sollten in ewiger Sicherheitsverwahrung bleiben, um sie jenen zu ersparen, die sie verdient hatten. Der damalige amerikanische Direktor des Document-Center 1978 dazu: »... denke, eine Menge Leute sind noch sehr lebendig, die Mitglieder der SS oder der Partei waren... Ich bin sicher, brächte man ihre Namen in Verbindung mit ihren Aktivitäten, so würden sie und die deutsche Regierung in Schwierigkeiten kommen.«

Als der Autor im gleichen Jahr - nach zehnjährigen fruchtlosen Bemühungen, die Übernahme des NS-Aktenbestandes durchzusetzen - im BBC erklärte, die Bundesregierung wolle das Document-Center nicht, um »Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die ehemalige Nazis sind«, zu decken, fühlte sich der »systemübergreifende Oberleutnant« (Ridder) und Bundeskanzler Helmut Schmidt beleidigt und hieß die SPD-Fraktion über den Ehrverletzer herfallen. Während der zu diesem Zweck anberaumten Gerichtssitzung sozialdemokratischer Volksvertreter erregte sich Justizminister Jochen Vogel: »Die Sendung brachte eine ausführliche Filmpassage über die angeblich nicht erfolgte Verurteilung und Bestrafung einer sehr großen Anzahl von Kriegsverbrechern, die heute angeblich frei und meistens in angesehener Position in der Bundesrepublik leben... als Bundesminister der Justiz ist es selbstverständlich meine Aufgabe, (solchen) Behauptungen... schon wegen der verheerenden internationalen Wirkung - von der nationalen ganz zu schweigen - in sachlicher Form entgegenzutreten.« Und der Parteivorsitzende Willy Brandt stieß nach: »Wir wären von allen guten Geistern verlassen, wenn wir... jetzt anfangen würden, nochmal das, was vor 35 (?) Jahren ein gewisses Ende gehabt hat, aufrollen zu wollen. Das bringt uns innenpolitisch auch nicht einen Millimeter weiter voran.«

Gefahr für bundesdeutsche Patentdemokraten mit schmutzigbrauner Wäsche drohte aber auch aus Washington: Mikrofilme der Bestände des Document-Center liegen inzwischen im dortigen Nationalarchiv. Und der Freedom of Information Act gewährt jedem Bürger weitgehende Rechte auf Einsicht in Regierungsakten. Also mußte ein angeblicher Nazi in angeblich angesehener Position zur Selbsthilfe greifen. Hilfe zur Selbsthilfe leistete der Bundesnachrichtendienst, der - eben im Fall Kiesinger - angebliche Hinweise in den Karteien des Nationalarchivs in Washington gelöscht und die entsprechende Akte damit unauffindbar gemacht hat (s. KONKRET 3/1982).

Um cis-atlantisch dauerhaft Gewähr dafür zu bieten, daß die freiheitlich-demokratische Sicherheits- und Grundordnung nicht durch unruhestiftende Enthüllungen jener Leute, die »von allen guten Geistern verlassen sind«, unnötig gestört wird, nahm sich schließlich Bundesinnenminister Dr. Zimmermann des »Problems« an: Mit seinem Bundesarchivgesetz hat er die Lösung in der »Anonymisierung« personenbezogener Daten gefunden, also in der Urkundenfälschung durch Schwärzung der Namen aller Braunen in den Akten. Und selbstverständlich dürfen Akten »natürlicher Personen« erst 30

Jahre nach ihrem Tod oder 110 Jahre nach ihrer Geburt freigegeben werden. Zum Wohl der Bundesrepublik Deutschland und in Wahrnehmung »schutzwürdiger Belange Dritter« ließ sich der Bundesinnenminister auch noch »ermächtigen«, eine Benutzungsordnung zu erlassen - »im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Verteidigung«, weil das der bisherigen »Praxis entspricht«. So wurde Datenschutz zum Tatenschutz.

Dennoch kam 5 Wochen nach Verabschiedung des Bundesarchivgesetzes zum Schutz von NS-Akten Unruhe auf. Mit professionell Kriminellen hatten die Gesetzes-Urheber nicht gerechnet: Am 14. Februar 1988 meldete die »Berliner Morgenpost« das Verschwinden von 80.000 Akten aus dem Document-Center, unter anderem Unterlagen über Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, Ex-Fernsehmoderator Werner Höfer und Ex-Bergführer Luis Trenker; verschwunden soll etwa der Prozeßbericht sein, den Oberleutnant a.D. Helmut Schmidt an den General schickte, »der ihn einst als Beobachter zu einem Prozeß des Volksgerichtshofes abkommandierte«.

Im Jahre 1992 aber geht es darum, die »roten Verbrecher« zur Strecke zu bringen, und sei es mit Hilfe alter Gestapoakten. Ein Bundesarchivgesetz, zum Schutz der alten Nazis gedacht, kann da nur hinderlich sein. Weg also mit der 30jährigen Schonfrist. Zur Sonderbehandlung der »SED-Schergen« muß eine Gesetzesänderung her (SPD-MdB Wartenbeg: »Ich denke, wir werden wiederum ein Gesetz schaffen, mit dem wir alle leben können«). Sie wird »mit großer Mehrheit« des Bundestages angenommen. Begründung: siehe oben. Und noch eine Stiftung dazu, deren Einrichtung für die Nazi-Akten damals als unverschämte Zumutung von »links« zurückgewiesen wurde.

Das Wissen über das Wirken so prominenter Kumpel aus alter Zeit wie Globke, Vialon, Oberländer, Achenbach, Filbinger, Schröder, Lübke, Kiesinger, Carstens und anderer noch unentdeckter Relikte braun-schwarzer Kontinuität ist endgültig aus dem gesellschaftlichen Gedächtnis getilgt, obwohl immer noch Schulen und Straßen nach Nazidichtern, Kasernen nach Steigbügelhaltern Hitlers benannt sind. Die Volks-Parteien des neuen Großreichs sind in spätgeburtlicher Einigkeit zu Vollstreckern des Vermächtnisses von Konrad Adenauer degeneriert, das er schon 1950 in Goslar seinen zukünftigen Enkeln zugeraunt hat: »Ich wollte, die Bewohner der Ostzonen-Republik könnten einmal offen schildern, wie es bei ihnen aussieht. Unsere Leute würden hören, daß der Druck, den der Nationalsozialismus durch Gestapo, durch Konzentrationslager, durch Verurteilungen ausgeübt hat, mäßig war gegenüber dem, was jetzt in der Ostzone geschieht.«

Karl-Heinz Hansen, ehemaliges SPD-MdB, schrieb in KONKRET 1/91 über deutsche Wahlsprüche

Konkret 04/92, S. 20

Oliver Tolmein

Einheit im Eimer

Warum BRD-Ärzte eine Kampagne gegen ihre DDR-Kollegen beendeten

Das waren Schlagzeilen so recht fürs gesunde deutsche Volksempfinden: »DDR-Ärzte ertränkten Neugeborene in Wassereimer«. Kommunisten = Kinderfresser. Die öffentliche Empörung war schrill.

Schon nach einigen Tagen aber - die Aussagen der angeblichen Augenzeugin erwiesen sich als eher unwahrscheinlich - wurde die Kampagne gegen die DDR-Neonatologen so plötzlich abgebrochen, wie sie begonnen hatte. Die »Süddeutsche Zeitung« warnte vor »pauschalen Verurteilungen«, im »Neuen Deutschland« erklärte ein Kommentator pathetisch, wie »um jedes ‘Frühchen` gerungen worden (ist)«, die »FAZ« vermeldete nüchtern, daß die Medizinische Akademie Erfurt dem Thüringer Wissenschaftsministerium einen Bericht vorgelegt habe, der den Behauptungen, daß hier Frühgeburten getötet worden waren, widerspreche, und im »Euthanasie«-Fachblatt »Die Zeit« warnte ein Autor vor den möglichen bevölkerungspolitischen Folgen solcher Enthüllungen.

Was war passiert? Schlug der Journaille endlich das Gewissen ob ihrer Horror-Berichterstattung über Einrichtungen der ehemaligen DDR? Keine Spur. Man wollte lediglich vermeiden, eine Praxis zu skandalisieren, um deren Rechtfertigung man sich zunehmend auch in Westdeutschland bemüht. So wurde denn auch im »Spiegel« kein neues Material nachgereicht, sondern stattdessen der Berliner Ärztekammerpräsident Ellis Huber befragt. Der einstige Organisator des alternativen Gesundheitstages hatte erst kürzlich mit einer Eloge auf den Ex-SA-Standartenführer Prof. Dr. med. Wilhelm Heim im Blatt der Berliner Ärztekammer Anschluß ans Vaterland gefunden.

Huber, der sich bereits auf dem Gesundheitstag 1987 in Kassel wortreich für den »Euthanasie«-Arzt Hackethal und gegen die Behindertenbewegung engagiert hatte, nutzte die Gelegenheit zu zeigen, daß er wirklich dazugehört, und propagierte die Selektion behinderter Neugeborener und die sogenannte passive »Euthanasie«: »In der Anfangsphase kann ein Neonatologe gar nicht wissen, welche und wie schwerwiegende Behinderungen ein frühgeborenes Kind davontragen wird. Deshalb muß er zunächst alles Mögliche zum Lebenserhalt tun. Aber nach diesem ersten Schritt muß neu entschieden werden - dann, wenn nach allen medizinischen Erkenntnissen absehbar ist, daß dieses Kind auf Dauer nur mit Hilfe von Apparaten am Leben erhalten werden kann.«

Zwar soll die Intensiv-Medizin, die das Überleben immer kleinerer Neugeborener ermöglicht, weiterentwickelt werden, um die Geburtenziffern zu erhöhen - die Konsequenz aber, daß es dadurch auch mehr Behinderte gibt, gefällt den Medizinern nicht. Und in ihrem am biologischen Gebrauchswert orientierten Menschenbild unterscheiden sich die meisten Ost-Mediziner leider nicht von ihren West-Kollegen. Deswegen praktizierten und praktizieren viele gesamtdeutsch und blockübergreifend das »Liegenlassen«, den Abbruch der medizinischen Behandlung, wenn sie befürchten, daß das Baby schwere Behinderungen davontragen könnte - wobei sich wandelt, was als »schwer« verstanden wird: In den 60er Jahren waren es z.B. Conterganschäden, heute sind es geistige Behinderungen oder »Glasknochen«.

Legal ist das, allem Gerede von der angeblichen »Grauzone« zufolge, in der Bundesrepublik nicht - strafrechtlich verfolgt wird diese Tötung durch Unterlassen aber auch nicht. Wie weit diese heimliche »Euthanasie« verbreitet ist, weiß niemand - die vom »Spiegel« 1984 geschätzte Zahl von 1200 Neugeborenen, die pro Jahr in der Bundesrepublik »liegengelassen« würden, dürfte aber heute höher liegen, datiert sie doch auf die Zeit vor Beginn der aggressiven »Euthanasie«-Debatte.

Es gibt jedoch nicht nur diese Form der »Euthanasie«. Ärztinnen und Ärzte aus Neugeborenen-Intensivstationen in den alten Bundesländern berichten auch, daß von Fachleuten für Mißbildungsdiagnostik mit Hilfe von Ultraschall-Untersuchungen in der 30. bis 33. Schwangerschaftswoche Schädigungen am Fetus entdeckt werden, die, wie es heißt, nicht mit dem Leben zu vereinbaren seien. Das könne ein Potter-Syndrom (zahlreiche Zysten in den Nieren, der Leber und der Bauchspeicheldrüse) oder auch ein schwerer Herzfehler sein. Die Diagnostiker raten dann zur »vorzeitigen Entbindung« - tatsächlich wird der Fetus ‘entbunden’, damit er stirbt. Aus juristischen Gründen wird zwar ein Neugeborenen-Notarzt zu diesen »Frühgeburten« hinzugezogen - eingreifen darf er aber nicht.

1986 haben Experten (es waren tatsächlich nur Männer) auf Einladung der offiziösen Deutschen Gesellschaft für Medizinrecht versucht, die Nichtbehandlungs-Praxis in bundesdeutschen Krankenhäusern zu vereinheitlichen. Ergebnis waren die sogenannten »Einbecker Empfehlungen« über die »Behandlungspflicht bei schwerstgeschädigten Neugeborenen«. »Bei der Ausrichtung der Tagung«, so ist es im Protokoll nachzulesen, »stellte sich anfangs die Frage, ob wir betroffene Eltern mit einladen sollten«. Das herrschaftliche »wir« schließt Richter am Bundesgerichtshof, hohe Ministerialbeamte, mehrere Ordinarien von Uni-Kliniken, Theologie-Professoren und Bundesverfassungsrichter ein - also alle, die nötig sind, Voraussetzungen für eine Tötungs-Praxis zu schaffen, die (noch) nicht gesetzlich fixiert werden sollen. Die Eltern wurden nicht geladen. »Wir haben bewußt darauf verzichtet. Die zu erwartende und verständlicherweise emotional geführte Diskussion wäre um der Sache willen nicht hilfreich gewesen und hätte eine sachliche Abfassung des

Arbeitspapiers erschwert.« Daß die Juristen, Mediziner und Theologen nicht einmal in Erwägung gezogen haben, Behinderte hinzuzuziehen, versteht sich da beinahe von selbst - war doch »die Sache«, die sie zur Entscheidung bringen wollten (und brachten), nichts anderes als deren Leben.

Dieses schien den Diskutanten wenig wert zu sein. Der Richter am Bundesgerichtshof Jähnke beispielsweise qualifizierte das »Prinzip der Gleichwertigkeit des (menschlichen) Lebens« gleich zu Beginn der Veranstaltung als bloß »formaler Natur«, der Frankfurter Kinderarzt Prof. von Loewenich überlegte, wie dick der Hirnmantel bei Kindern mit einem Hydrozephalus sein müsse, damit eine Therapie noch sinnvoll erscheine: »Bei zwei Zentimetern bleibt wenig übrig, was noch einer Therapie zugänglich wäre«, und der Kinderchirurg Prof. Holschneider meinte: »Man muß sich fragen: Welche Lebensspanne will man eigentlich als sinnvoll erachten?«

Im dritten Abschnitt der abschließenden Empfehlungen geben die einflußreichen Feinde behinderten Lebens zu bedenken: »Die gezielte Verkürzung des Lebens Neugeborener durch aktive Eingriffe verstößt gegen die Rechts- und ärztliche Berufsordnung.« Daran anschließend formulieren sie allerdings Kriterien, die dem Arzt das Verbotene nahelegen sollen: das Leben Neugeborener durch Unterlassen von medizinisch gebotener und möglicher Behandlung zu verkürzen - z.B. »wenn nach dem aktuellen Stand der medizinischen Erfahrung... es trotz der Behandlung ausgeschlossen ist, daß das Neugeborene jemals die Fähigkeit zur Kommunikation mit der Umwelt erlangt«. Der Begriff der »Kommunikationsfähigkeit«, der lebensentscheidend werden kann, wird nicht definiert. Daß als Beispiel für eine Schädigung, die die Kommunikation unmöglich machen soll, »Mikrozephalus« (ein zu kleiner Kopfumfang, der mit geistiger Behinderung einhergeht) angeführt wird, deutet aber darauf hin, daß »Kommunikationsfähigkeit« hier einseitig auf den Intellekt bezogen, konventionelle Normalitätsvorstellungen bestätigend gemeint ist.

Die »Einbecker Empfehlungen« sollten ursprünglich veröffentlicht werden. Die Experten haben darauf dann allerdings doch lieber verzichtet. Erst 1989 hat ein »Panorama«-Beitrag die Öffentlichkeit über ihre Existenz informiert. In Fachdiskussionen sind die »Einbecker Empfehlungen« allerdings immer wieder aufgegriffen und zustimmend zitiert worden. Vor allem die Tatsache, daß etliche der 20 Unterzeichner als verantwortliche Ärzte in Universitätskliniken wirken und als Professoren lehren, spricht dafür, daß sie auch in die Praxis umgesetzt werden. Von BRD-Ärzten.

Konkret 04/92, S. 21

Klaus Naumann

»He is right«

Konrad Adenauer hat weder von den Deutschen noch von der Wiedervereinigung sonderlich viel gehalten. Kein Wunder also, daß 25 Jahre nach seinem Tod seine Biographen und politischen Enkel damit beschäftigt sind, ihn politisch zu 'wenden'

»Kohl vollendet, was Adenauer begann!« Was da so plump in Siegesdeutsch daherkommt, liest sich am Ende von 2.000 Seiten Adenauer-Biographie kaum anders. »Ich habe seinerzeit in Aussicht gestellt«, schreibt der Hofbiograph Hans-Peter Schwarz im Nachwort des letzten Bandes (DVA, Stuttgart 1991), »'ein endgültiges Fazit über Adenauers Wiedervereinigungspolitik` am Ende des zweiten Bandes vorzunehmen. Die Geschichte hat mir die Arbeit abgenommen.« - Die »Geschichte« hat gesprochen. Anlaß genug, den alten Herrn von Rhöndorf gegen seine Enkel & Historiker in Schutz zu nehmen. Denn ginge es nach den Spätgeborenen, würde der Gründervater nicht besser wegkommen als seine Gründung, die inzwischen so genannte »alte« Bundesrepublik. Das Plädoyer zielt freilich nicht auf Freispruch, eher schon auf Haftverschonung: auf Entlassung aus der einheitsdeutschen Gesinnungs-Beugehaft. Die Unschuld will man dem alten Fuchs nehmen - die *Unschuld* an der derzeitigen deutschen Vereinigung. Und seine *Zwielichtigkeit*, die dem Gründungsprojekt so kongenial war, soll auch gleich mit auf den Scheiterhaufen. Dagegen ist Einspruch zu erheben. Nicht daß die Ambivalenzen von Kanzler und Weststaat so schön gewesen wären, aber auf ihre verquere Art boten sie immerhin einen Vorschein, auf den die Berliner Republik nun glaubt verzichten zu können: auf eine *andere* Republik und auf einen *anderen* Adenauer.

Gewiß, gesamtdeutsche Bekenntnisse pflasterten seinen Weg. Einmal verstieg er sich sogar dazu, Fristen zu nennen. Das war 1951. In 10 bis 15 Jahren sollte es soweit sein. Einkalkuliert war bei solchen Zahlenspielen immer auch die persönliche Rechnung, daß er - der Weststaatengründer - dies als politisch Verantwortlicher nicht würde erleben müssen. Im Hintergrund solcher populistischen Appelle an die nationale Illusion stand immer der *rheinbündische Skeptiker* (der Jens Daniel alias Rudolf Augstein so verhaßt war), stand der *Spalter* und entschlossene *Westpolitiker*. Dieses kölsche Dreigestirn sollen wir jetzt vergessen. Bei Hans-Peter Schwarz fallen die Zweideutigkeiten jedenfalls unter den Tisch. Ein ungeschminkter Rückblick auf Adenauer würde zeigen, wie wenig geplant diese Einheit zustandekam. Was immer sie gewesen sein mag, die zweite Stufe eines prophetischen Meisterplans war sie nicht. Mit der Lichtgestalt eines weitblickenden Wiedervereinigungsstrategen hat der historische Kanzler kaum etwas gemein. Und die eigenartige Paarung, die Arnulf Baring ihm jüngst antrug, hätte der Alte wohl als kurios verspottet: »Das heutige Deutschland ist eine geglückte Synthese aus Bismarcks Reich und Adenauers Rheinbund.« - Ademarck oder Bisnauer? Wenn's denn ein Motto sein soll, das der Zwielichtigkeit des Gründungskanzlers mehr gerecht wird, dann dies: *Dreigeteilt? Ja, bitte!*

Dieser Maxime folgend erschließen sich andere Seiten Adenauers als die Bonner Hagiographie wahrhaben will. Da ist zunächst der Kölner Oberbürgermeister und langjährige Präsident des Preußischen Staatsrates, den jedesmal, wenn er bei Magdeburg über die Elbe fuhr, das Gefühl beschlich, hier fange »Asien« an (da war noch kein Russe in Sicht!). Konsequenterweise zog der Beutepreuße vom Rhein dann die Jalousien herunter. Dem antipreußischen Instinkt folgend hatte Adenauer in den Nachkriegsjahren von 1918/19 und 1923 immer wieder mit separatistischen Plänen gespielt. Er nahm Kontakt zur französischen Sieger- und Besatzungsmacht auf, um das Projekt eines frankophilen Rheinstaates zu ventilieren. Diesen Gedanken behielt er auch über die NS-Zeit bei, um in den ersten Nachkriegsjahren darauf zurückzugreifen. Die Akten darüber sind nur auf Umwegen über die Schweiz ans Licht gekommen. Das Adenauer-Archiv schweigt beharrlich; - sollen die DDR-Akten doch publiziert werden, unsere aber nicht! Damals hatte Adenauer zwei Memoranden für französische Stellen verfaßt, die der Orthodoxie als Hochverrat gelten. Wieder dachte er über Separatstaatslösungen nach - und das im Sommer 1945, als der Kalte Krieg noch nicht eröffnet war: »Aus den Teilen, die bei Schaffung eines Rheinstaates übrig bleiben«, teilte der Alte den Franzosen mit, »dürften wohl zwei Staaten zu bilden sein. Diese dann bestehenden drei Staaten könnten dann ein loses, dem Commonwealth entsprechendes völkerrechtliches Gebilde werden. Alle drei Staaten müßten eine voneinander unabhängige Außenpolitik betreiben dürfen, insbesondere eigene - jeder für sich - Auslandsvertretungen haben.« Ein Adenauer dieses Kalibers hätte gut sein können für (kon)föderative Lösungen von anno 1989/90. Man versteht die Erleichterung von Enkel & Erben, daß »die Geschichte« ihnen »diese Arbeit abgenommen hat«.

Die Kanzlerschaft Adenauers stand unter dem mehrheitsstiftenden Markenzeichen »Durch Westintegration zur Wiedervereinigung«. Ingeheim dachte der Kanzler anders. Die Wiedervereinigungsperspektive galt ihm allemal als sekundär - und sei es bis zum St. Nimmerleinstag. Neutralistischen Anfechtungen gegenüber zeigte er sich hartnäckig. Die Festtagsreden über die »Grenzen von 1937« quittierte er den Alliierten gegenüber mit Vermerken etwa der folgenden Art: »Die Bundesregierung stelle keine Ansprüche und verlange keine Bindungen der Alliierten hinsichtlich der Gebiete östlich der Oder-Neiße« (Dean Acheson, Gesprächsvermerk vom 21. November 1951). Drohte es einmal ernst zu werden, wie bei der Stalin-Note vom 10. März 1952, steuerte Adenauer energisch gegen. Rückblickend skizzierte der damalige US-Hochkommissar James Bryant Conant im Februar 1954 Adenauers Haltung folgendermaßen: »In Westdeutschland habe

man das Scheitern über die Wiedervereinigung ohne Bedauern hingenommen. Der Herr Bundeskanzler habe sich ausgesprochene Sorgen gemacht, daß ein Fortschritt in Berlin vielleicht seiner politischen Zielsetzung schaden könnte... Die westdeutschen Wirtschaftskreise... hätten wenig Neigung, sich in ihrem derzeitigen Wohlstand durch die Rückwirkungen stören zu lassen, welche die Durchführung der Wiedervereinigung für das westdeutsche Wirtschafts- und Sozialgefüge mit sich bringen müßte.«

Wie wenig Adenauer mit der Wiedervereinigung im Sinn hatte, belegt jenes Dokument aus dem Archiv des britischen Foreign Office, das der Historiker Josef Foschepoth 1986 zutage förderte und das bis heute - in den Leserbriefen der »FAZ« beispielsweise - für Furore sorgt. In vertraulicher Mitteilung ließ der Kanzler den Staatssekretär Sir Ivone Kirkpatrick wissen, welche Sorgen ihn wirklich plagten. Auch wenn eine Wiedervereinigung aufgrund freier Wahlen und voller Handlungsfreiheit einer deutschen Regierung möglich sei, so ließ Adenauer ausrichten, sei er dagegen: »Der entscheidende Grund sei«, heißt es in dem besagten Top-Secret-Dokument vom 16. Dezember 1955, »daß Dr. Adenauer kein Vertrauen in das deutsche Volk habe. Er sei äußerst besorgt, daß sich eine künftige deutsche Regierung, wenn er von der politischen Bühne abgetreten sei, zu Lasten Deutschlands mit Rußland verständigen könnte. Folglich sei er der Meinung, daß die Integration Westdeutschlands in den Westen wichtiger als die Wiedervereinigung Deutschlands sei.« - Handschriftlicher Vermerk des damaligen Außenministers Harold MacMillan: »I think he is right.«

War das der prophetische Wiedervereiniger Adenauer? Und noch eines wird deutlich. Die Rede vom erfolgreichsten deutschen Nachkriegspolitiker geht - leider - fehl: Seine Status-quo-Politik gilt heute als verdächtig; seine Absage an den deutschen Nationalstaat würde ihn heute dem »FAZ«-Feuilleton oder Karl-Heinz Bohrer ausliefern; sein Primat der Westeinbindung weicht allmählich einer Rückkehr nach ‘Mitteleuropa’. - In dieser Hinsicht scheint dem Alten nur noch eine Gunst zuzuwachsen - die der Linken. Die halten sich immer an die Verlierer. So gibt es denn kein schöneres Lob für den Gründer der »alten« Bundesrepublik als die Schmähung aus dem Mund Thomas Dehlers: »Konrad Adenauer ist ein Feind Berlins, ein Feind Preußens, und ein Feind des Reiches.« Darauf sollte man nichts kommen lassen.

Klaus Naumann ist Redakteur der »Blätter für deutsche und internationale Politik«

Konkret 04/92, S. 22

Georg Fülberth

Restlos weg?

Sang- und klanglos scheinen die kommunistischen Parteien der ehemals sozialistischen Staaten verschwunden zu sein. Was ist tatsächlich aus ihnen geworden?

1. Erstauntes Erwachen

Wer im alten Westen lebt und den alten Osten meidet, reibt sich die Augen: Mit den bisherigen Machtstrukturen scheinen in den ehemals sozialistischen Ländern zumeist auch die früher dort regierenden Parteien verschwunden zu sein - als wäre nie etwas gewesen. Der Namenswechsel, den sie fast durchgehend vorgenommen haben, ist nicht Tarnung, sondern steht für Veränderung der Substanz, mehr noch: für deren Verlust. Falin sagte im November 1991 über die KPdSU: »In den letzten zwei Jahren war die Kommunistische Partei über keine Frage der Innen- und Außenpolitik gefragt worden. Alles, was im Außenbereich oder im Innenbereich geschah, ist ohne das Wort der Kommunistischen Partei passiert. Die Kommunistische Partei war aus diesem Prozeß schon ausgeklammert. Sie trägt auf solche Weise keine Verantwortung für die Ereignisse der zwei letzten Jahre. Und das hat dazu beigetragen, daß die Kommunistische Partei sich selbst aufgefressen hat, sie ist selbst zerfallen, weil diese riesige Organisation ohne tagtägliche praktische Beschäftigung, die hat keine Zukunft.« (»FR«, 12.11.1991)

Hier wird die KP so vollständig mit dem Staat identifiziert, daß dessen Zerstörung oder ihr Herausfallen aus ihm für sie das Ende bedeutet. Dem finalen Sturz ging zuweilen eine Phase der Selbstentmachtung voraus. Diese war bereits Teil der Selbstauflösung.

2. Auf dem Glacis

Enzensberger hat den ungarischen KP-, Staats- und Regierungschef Kadar als einen sogenannten Helden des Rückzugs ausgemacht. Dieser habe zielstrebig die Demontage der kommunistischen Macht betrieben. Dem Gulaschkommunismus entsprach bald eine Ragout-Partei. Im Oktober 1989 erfolgte dann die Ratifizierung ihrer schon lange in Gang befindlichen Transformation: Aus der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) wurde die Ungarische Sozialistische Partei (USP). Der alte Name blieb bei einer kleinen Gruppe, die sich nach wie vor als kommunistisch versteht. Nach eigenen Angaben hat sie noch 30.000 Mitglieder. In der Parlamentswahl von 1990 scheiterte sie mit 3,7 v.H. der Stimmen an der Vierprozent-Hürde. Die USP bekam 8,54 Prozent. Ohne Mandat blieb eine »offizielle« sozialdemokratische Partei.

Wann hat der Prozeß des Verschwindens im Fall der ungarischen KP begonnen?

1948 waren die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei zur »Partei der ungarischen Werktätigen« zusammengeschlossen worden. Für diesen Vorgang trifft all das zu, was über andere sogenannte »Zwangsvereinigungen« (SBZ, Polen) gesagt werden kann: keineswegs nur KP-Druck, sondern auch Entgegenkommen von der SP-Seite brachte ihn zustande. 1956 führte der Umsturzversuch zum Ende der bisherigen Organisation und zur Gründung einer neuen: der USAP unter der Führung von Janos Kadar. Die Führungskader der stalinistischen Periode blieben in ihr weitgehend ausgeschaltet. Ohne offene Opposition zur UdSSR, auf dem Umweg über eine frühe Weltmarkt-Orientierung, bereitete Kadar das Land auf den Kapitalismus vor. Ganz offensichtlich war der Aufstand von 1956 nur scheinbar gescheitert, in Wirklichkeit hatte er eine Langzeitwirkung entfaltet.

Auch in Polen kam es 1956 zur Wende: Der katholische und antikommunistische Charakter der Gesellschaft erzwang zuerst einen Wandel an der Spitze der »Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei« (PVAP), dann deren Veränderung und schließlich die Anpassung wesentlicher Teile der offiziellen Politik an diese Vorgaben. Der Generalsekretär Gomulka wurde zum Star des Nationalismus, akzeptierte die ideologische Hegemonie des katholischen Klerus, arrangierte sich mit dem Privateigentum in der Landwirtschaft und benutzte auch die zweite Volksreligion, den Antisemitismus, zu seinen Zwecken. Damit war die Geschichte des Sozialismus-Versuchs in Polen bereits beendet, der Rest war Außenpolitik.

Die PVAP blieb nur insofern ein gegenüber der Gesellschaft relativ selbständiger Faktor, als ihr aus Gründen der Beziehungen zur UdSSR die Verwaltung des Staates und des nicht-privaten Teils der Wirtschaft übertragen war und sie im übrigen - trotz aller Anpassungsversuche - die geballte Verachtung des von den USA gestützten und über den Klerus geschürten Nationalismus und Katholizismus auszuhalten hatte. Das Kriegsrecht von 1981 brachte diese Situation auch auf den formalen Begriff. Gerade während seiner Geltungsdauer versuchte die PVAP sich zu sozialdemokratisieren. In Polen bedeutete das kaum eine Verbreiterung der Basis im Volk. Nach der endgültigen Entmachtung vollzog die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei mit ihrer Selbstauflösung im Januar 1991 und mit der Neugründung als »Sozialdemokratie der Republik Polen« nur das nach, was seit 1956 ständig mit ihr geschehen war: die Akkomodation an die Tatsache, daß in diesem Land niemals eine Basis für eine in den Massen verankerte KP bestand. Bei den Sejm-Wahlen im Oktober 1991

erzielte die »Vereinigung der Demokratischen Linken«, deren Kern die neue Sozialdemokratische Partei bildete, mit 11,98 Prozent das zweitbeste Ergebnis hinter Mazowieckis »Demokratischer Union« (12,31 Prozent).

In Albanien und Bulgarien führte der Zusammenbruch der internationalen sowjetischen Position nicht sofort, sondern erst mit Verzögerung zum Machtverlust der bislang regierenden Parteien. Hier konnten zunächst sogar noch Wahlen gewonnen werden.

In Bulgarien war die enge Bindung an die UdSSR nicht nur ein Ergebnis des Kalten Krieges, sondern hatte offensichtlich auch eine Massenbasis. Das Land galt noch in den siebziger und achtziger Jahren als ökonomisch und politisch stabil. Der Umschwung ist offensichtlich nicht in erster Linie darauf zurückzuführen, daß nach der Wende in Moskau eine Absicherung wegfiel, welche den Mangel an innerer Verankerung hätte ersetzen müssen. Viel wichtiger ist wahrscheinlich gewesen, daß die wirtschaftliche Integration in das internationale sozialistische System, die hier relativ ernsthaft betrieben wurde, nach dem faktischen Ende des RGW funktionslos geworden war. Der ökonomische Ruin, welcher nun folgte, hatte zwei Ursachen. Erstens: Die Strategie extensiven Wachstums, die gerade für Bulgarien jahrzehntelang gegolten hatte und tatsächlich das Land modernisierte, war erschöpft. Zweitens: Auch hier wurde - insbesondere nach dem Wegfall der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung - der kapitalistische Weltmarkt zu einem Faktor der Binnen-Ökonomie. Im April 1990 benannte sich die KPin »Bulgarische Sozialistische Partei« um. Gleichzeitig wurde ein Staatsverständnis, wonach immer die Kommunistische Partei die Führung auszuüben habe, aufgegeben und der Parlamentarismus ebenso akzeptiert wie die »Marktwirtschaft«. Der Gerichtsprozeß gegen den früheren Parteichef Schiwkow und dessen Verurteilung hatten mehr symbolische Bedeutung (ein Sündenbock wurde gebraucht) als rechtliche Substanz.

Bei den Wahlen im Juni 1990 erhielt die »Bulgarische Sozialistische Partei« 47,90 Prozent der Stimmen und die absolute Mehrheit der Mandate. Sie soll damals noch 900.000 Mitglieder gehabt haben. Anschließend konnte sie lernen, was es bedeutet, in einer parlamentarischen Demokratie während einer katastrophalen ökonomischen Situation die Regierung zu stellen, wenn man keine anderen Machtmittel mehr hat, um sich zu halten. Bei Neuwahlen im Oktober 1991 sank sie auf 33,11 Prozent ab, eine bürgerliche Regierung trat an. Stark ist die Sozialistische Partei insbesondere noch in den agrarischen Gebieten. Als im Januar 1992 der Staatspräsident gewählt wurde, unterstützte sie einen Kandidaten, der gegen die türkische Minderheit Stimmung machte. Er unterlag im zweiten Wahlgang. Daß die ehemalige Kommunistische Partei auf nationalistischen Populismus setzte, ist offensichtlich kein Zufall gewesen.

Am Beispiel Albaniens läßt sich zeigen, was auch in den Entwicklungsländern und in Jugoslawien während der letzten Jahre immer wieder sichtbar geworden ist: Der Sturz des sowjetischen Typus des »Realen Sozialismus« ruiniert auch andere nichtkapitalistische Regime, selbst wenn sie sich von diesem distanziert hatten.

Die ersten »freien Wahlen« im März 1991 gewann die regierende »Partei der Arbeit Albaniens« (PdAA), sie erhielt 162 von 250 Sitzen. Danach kam es ähnlich wie in Bulgarien: Zusammenbruch der Wirtschaft, Erstarken der Opposition. Der Ministerpräsident, welcher der PdAA angehörte, verkündete den Übergang zur Marktwirtschaft und das Ende der Politik der »Selbstversorgung«. Das Kabinett trat zurück, im Juni wurde eine Übergangsregierung aus PdAA und der bisherigen Opposition gebildet. Im gleichen Monat benannte sich die Partei der Arbeit - gegen heftigen Widerstand einer Minderheit - in »Sozialistische Partei Albaniens« um. Auch sie hat, wie die Wahlergebnisse zeigten, Rückhalt vor allem auf dem Land.

Mit dem Sturz Nicolae Ceausescus scheiterte in Rumänien auch die Kommunistische Partei. In der Führung der »Front zur Nationalen Rettung« (FNR) Iliescus finden sich viele ihrer Kader wieder. Der Staatsstreich von Ende 1989 stellte offensichtlich den Versuch dar, einem vollständigen Umsturz wie in den anderen bisher sozialistischen Ländern zuvorzukommen. Doch die neue Führung mußte den Übergang zumKapitalismus und zur bürgerlichen Demo-kratie proklamieren. Im Mai 1991 wurde Iliescu mit 85 Prozent der Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt, die »Front zur Nationalen Rettung« erhielt über 66 Prozent. Die Kommunalwahlen vom Februar 1992 zeigen die bürgerliche Opposition (zu der auch eine Partei der ungarischen Minderheit gehört) auf dem Vormarsch, vor allem in den Städten, während die FNR auf dem Land stark bleibt.

Von allen Regierungsparteien der ehemals sozialistischen Länder hat nur die KP der Tschechoslowakei - genauer: eine ihrer Nachfolgeorganisationen - das kommunistische Adjektiv von Anfang an und bis heute beibehalten. Seit 1968 allerdings war sie nur noch ein (wenngleich massenhaftes) Anhängsel des Staatsapparats, und man fragt sich, woher die doch ganz offensichtlich vorhandene moralische Substanz kommt, die jetzt, nach dem Ende der Herrschaftsperiode, in der Beharrlichkeit ihrer verbliebenen Anhängerinnen und Anhänger sichtbar wird. Gewendet ist allerdings auch sie. Im Dezember 1989 verurteilte sie die Intervention von 1968, auf ihrem außerordentlichen Parteitag im selben Monat erklärte sie, sie wolle ein »Teil der europäischen Linken« werden.

Der organisierte Kommunismus ist in der CSFR Objekt gesellschaftlicher Ächtung und staatlicher Diskriminierung. Ein »Durchleuchtungsgesetz« verbietet früheren Parteifunktionären und Mitgliedern der Volksmiliz die Wahrnehmung bestimmter staatlicher Funktionen (z.B. als Universitätsdekan oder Notar). Es richtet sich auch gegen Leute, die inzwischen die Partei verlassen haben. Wer jedoch nach 1989 das Parteibuch nicht weggeworfen hat, wird gewiß weit härter gepackt

werden: ganz gewöhnliches Berufsverbot. 1991 hat das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das »Kommunismus«und Faschismus gleichsetzt und das Eintreten u.a. für »Klassenhaß« mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren bedroht.

Organisatorisch ist die kommunistische Bewegung in der Tschechoslowakei gespalten. Die KP Böhmens und Mährens soll 400.000 Mitglieder haben. In ihrem Kampf gegen das Gesetz wider den »Klassenhaß« findet sie im Ausland Unterstützung u.a. auch von dem Kopf der gegenwärtigen Anti-Marchais-Fronde in der französischen KP, Fiterman. In der Slowakei hat sich die Kommunistische Partei in »Partei der demokratischen Linken« umbenannt, daneben gibt es dort noch zwei neue kommunistische Parteien mit jeweils 10.000 Mitgliedern. Eine Koordination der Tätigkeit über die gesamte CSFR hin erfolgt durch einen »Gemeinsamen Rat«, bei dem jedoch nicht alle mitmachen. In den Parlamentswahlen vom Juni 1990 erhielt die damals noch unter dem alten Namen firmierende KPC 13,8 Prozent der Stimmen.

3. Nach der KPdSU

Die armseligste Grimasse auf dem Totenbett schnitt die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Fast alle Gruppierungen und Figuren, die gegenwärtig auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR agieren, sind aus diesem Verein hervorgegangen.

Am Zerfall der KPdSU wird ein Muster besonders deutlich, das für die Regierungsparteien der anderen ehemals sozialistischen Länder ebenfalls typisch ist (auch für die SED, die, da dies schon häufig geschah, von mir hier nicht noch einmal behandelt wird). Sie alle erhielten ihre Existenzberechtigung erstens durch den Systemkonflikt, zweitens und gleichzeitig durch die Organisation der Produktion und Verteilung auf der Basis des staatlichen Eigentums. Sobald beides entfällt, ist die Partei auch ihren Zusammenhalt los. Sie verliert überdies alle diejenigen Mitglieder, die ihr deshalb beigetreten waren, weil sie von ihr einen besseren individuellen Zugang zu sozialen Chancen erwarten durften.

Mit den bisherigen Funktionen waren verschiedene Menschengruppen verbunden. Sie sortieren sich jetzt neu. Wer an der Verfügung über das staatliche Eigentum an führender Stelle teilhatte, etwa in der Wirtschaftsnomenklatur, oder wer so viel Überblick, Beziehungen und freie Zeit besaß, daß er rechtzeitig die neuen Gelegenheiten ausspähen und nutzen konnte, vermag glatt Bourgeois zu werden. In einem Artikel der österreichischen Zeitschrift »Salto« (einer Art Nachfolge-Organ des früheren KP-Blattes »Volksstimme«) schreibt Werner Pirker hierzu: »Eine der wesentlichen Ursachen der ethnischen Konflikte könnte in der ungeklärten Eigentumsfrage liegen. Denn das staatliche Eigentum war ja nicht wirklich anonym, sondern auf die eine oder andere Weise in der Verfügungsgewalt von Gruppen, Clans, nationalen oder lokalen Seilschaften. Unter der ‘Flagge der Nation’ machen sie nun ihre Besitzansprüche in der freien Marktwirtschaft geltend.«

Beschränken wir uns auf Rußland: Die Schicht der neuen Reichen hat eine parteipolitische Vertretung in der »Bewegung für demokratische Reformen« - antikommunistisch und angeführt von einstiger KP-Prominenz wie Jakowlew und Schewardnadse. Jelzins Personal ist - ebenso wie er selbst - ehemaliger Parteiadel: Der stellvertretende Ministerpräsident Burbulis war Dozent für Marxismus-Leninismus, der Oberprivatisierer Gaidar Wirtschaftsredakteur der »Prawda«. Moskaus Bürgermeister Popow lehrte einst »Politische Ökonomie des Sozialismus«, sein Stellvertreter Ljuschkow war - so berichtet Pirker - im Exekutivkomitee des Moskauer Stadtsowjets für Obst- und Gemüsehandel zuständig und kam so früh in die Nähe nützlicher mafioser Kontakte.

Wer es nicht so fein getroffen hat, zum Beispiel abgedankte Soldaten, und dem alten Regime die Schuld an der gegenwärtigen Misere zuweist, mag sich zu der weniger schicken »Volkspartei des freien Rußland« des ehemaligen Afghanistankämpfers und jetzigen russischen Vizepräsidenten Alexander Ruzkoi bekennen. Sie erhebt Anspruch auf das Parteivermögen der im übrigen von ihr scharf beschimpften KPdSU, fordert ebenfalls Privatisierung und Marktwirtschaft, will aber hierbei ein etwas langsameres Tempo und ein bißchen sozialen Ausgleich.

Je hoffnungsloser und älter die Menschen sind, desto eher werden sie - wenn sie sich nicht für die antisemitische »Pamjat«-Bewegung begeistern - sich noch von den Parteien ansprechen lassen, die sich positiv auf die untergegangene UdSSR beziehen. Andere fordern einen erneuerten Sozialismus. In der Ausgabe vom 14. Februar 1992 der DKP-Zeitung »UZ« - inzwischen leicht besser als ihr Ruf - zählt der Korrespondent Hugo Braun sieben davon auf: die »Sozialistische Partei der Werktätigen«, die »Partei der Arbeit«, die »Partei der Kommunisten«, die »Union der Kommunisten«, die »Kommunistische Arbeiterpartei Rußlands«, die »Russische Kommunistische Partei« und die »Allunionspartei der Kommunisten (Bolschewiki)«. Zwei von ihnen bezeichnen sich - wie Ruzkois Organisation - als legitime Nachfolgerinnen der KPdSU mit Anspruch auf deren Vermögen.

Offensichtlich sind die ideologischen Unterschiede groß: Die »Sozialistische Partei der Werktätigen« stützt sich auf Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und bezeichnet sich als »Massenpartei linkssozialistischer Orientierung«; auf den Veranstaltungen der »Russischen Kommunistischen Partei« treten, so berichtet Braun, »häufig Gruppen mit Stalinbildern oder antisemitischen Losungen« auf. Sie sah man auch auf den Anti-Jelzin-Demonstrationen im Februar, zudenen eine Bewegung »Arbeitendes Rußland« - offensichtlich eine Sammlung verschiedener Richtungen - aufgerufen hatte. Hier haben sich wohl nicht nur Pamjat-Leute unter kommunistische Massen gemischt. Die soziale Frage

reicht einigen Kadern als Mobilisierungs-Thema offensichtlich nicht aus, denn vielen Leuten gilt das gegenwärtige Elend noch als Resultat der KPdSU-Politik. Die imperiale Größe, Stalin und auch antisemitische Verdächtigungen werden dann zu populistischen Motiven.

Soweit Mitgliederzahlen der einzelnen explizit kommunistischen oder sozialistischen Gruppen genannt werden, schwanken sie zwischen 10.000 und 50.000. Unklar ist, wie weit sie über Moskau und St. Petersburg hinausreichen. Allein Ruzkois »Volkspartei des freien Rußland« scheint eine Massenorganisation zu sein. Bei ihrer Gründung soll sie 2,5 Millionen Mitglieder gehabt haben.

4. Letzte Worte

Von einigen Kommunisten ist jetzt zu hören, sie setzten auf die KP Chinas. Damit organisieren sie sich den nächsten ideologischen Frust. In der Volksrepublik China wird die Privatisierung der Landwirtschaft und des Dienstleistungssektors vorangetrieben, die staatliche Industrie gilt als sklerotisch. Ausländisches Kapital wird aufgefordert, sich da einzukaufen. Irgendwann wird die Klassenstruktur, die sich so herausbildet, auch politischen Ausdruck finden.

Sinnvoller als die Suche nach einer neu-alten Heimat erscheint mir die Frage, weshalb die Regierungsparteien der ehemals sozialistischen Länder einst Millionenorganisationen waren und sich dann so plötzlich - mit ein paar Ausnahmen - verkrümelt haben.

Als ihre raison d'être haben wir ausgemacht: die Systemauseinandersetzung und die Planung und Leitung von Produktion und Distribution unter den Bedingungen staatlichen Eigentums. Daß es mit diesen Funktionen vorbei ist, wenn deren Voraussetzungen entfallen sind, versteht sich. Unerklärt bleibt aber dann noch, weshalb die bisherigen Mitglieder meist mehrheitlich keinen Anlaß mehr zu haben scheinen, für eine Zurückeroberung der gerade verlorengegangenen Macht zu kämpfen. Hier mag Demoralisierung eine Rolle spielen: Die Niederlage ist so vollständig, daß in der eigenen Lebenszeit ein Neubeginn nicht mehr möglich scheint. Hinzu kommt noch, daß Opposition in vierzig oder siebzig Jahren Regierungstätigkeit niemals gelernt wurde. Während der ersten Wahlkämpfe unter den beginnenden kapitalistischen Verhältnissen sollen sich einige Mitglieder der ehemaligen Staatsparteien beim Bekleben von Stellwänden glatt die Finger gebrochen haben.

Doch auch das vermag die Entwicklung nicht vollständig zu erklären. Wichtiger ist wohl, daß der eine der beiden Existenzgründe der regierenden kommunistischen Parteien: die Systemauseinandersetzung, mit den individuellen Lebensbedingungen der einzelnen Menschen zumindest im positiven Sinne nichts zu tun hatte: Sie kostete nur und brachte nichts. Zwar: Für Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion war die Abwehr des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg ein Akt der Selbstverteidigung, und für die Polen, Tschechen und Slowaken brachte die sowjetische Hegemonie immerhin zugleich die Garantie einer eigenen Staatlichkeit, welche ihnen vorher immer wieder vorenthalten worden war. Aber mit wachsendem Abstand zu 1945 schien die Sicherung des Sozialismus in der Systemauseinandersetzung den Alltagsinteressen zu widersprechen, in den meisten RGW-Staaten westlich der Sowjetunion wurde sie als Fremdherrschaft buchstabiert. Die starke, zuletzt wohl eher Züge eines verzweifelten Glaubens annehmende geschichtsphilosophische Hoffnung, ein Sieg im Kampf gegen den Kapitalismus sei möglich und werde dann auch eine Verbesserung der unmittelbaren Lebensbedingungen bringen, war wohl nur noch die Sache von Wenigen.

Und doch blieben, solange das System hielt, Millionen in der Partei. Dies hat etwas mit deren zweiter Funktion zu tun: Organisation von Produktion und Verteilung. Wer sich ihr anschloß, konnte hoffen, davon Vorteile zu haben. Das Wort »Opportunismus« ist hier in moralischem Sinne zutreffend, sagt aber noch nichts über die politisch-ökonomischen Ursachen aus.

Die Errichtung des Realen Sozialismus ist zunächst ein riesiger Enteignungsprozeß: Nicht nur Fabriken, Banken, Grund und Boden gehen in die Hand des Staates über, sondern auch die Arbeitskraft. Ja, die Arbeitskraft. Sie hört nämlich auf, eine Ware zu sein, das heißt: ihre individuellen Eigentümer, die Arbeiter/innen, können sie weder verkaufen noch für sich behalten. Jetzt gehört sie dem Staat und wäre lediglich dann noch in der Verfügung der werktätigen Individuen, wenn diese vollgültig an Planung und Leitung teilhaben könnten. Das wurde ihnen verwehrt. Zugehörigkeit zur Partei schien einen privilegierten (oder auch nur: nichtdiskriminierten) Zugang zur enteigneten Arbeitskraft und deren Erzeugnissen zu verschaffen.

In Wirklichkeit ging diese Rechnung nur für diejenigen auf, die eine so günstige Position in der Nomenklatur hatten, daß sie tatsächlich Verfügungsgewalt ausübten. Das war die Sorte Schabowski et alii: Der Sozialismus brachte ihnen persönliche Vorteile, deshalb proklamierten sie seine Verteidigung. Vom Kapitalismus erhoffen sie sich jetzt dasselbe. Man hört auch, daß in den achtziger Jahren ganz junge Leute sich für die Funktionärslaufbahn entschieden, da sie annahmen, prokapitalistische Reformen, welche sie befürworteten, seien ohnehin nicht durchsetzbar, so wolle man unter den unveränderbaren Umständen wenigstens was vom Leben haben. Als ihnen nach der Wende aus Geldmangel der Büroplatz gekündigt wurde, haben viele von ihnen ihre bisherige Arbeitgeberin nicht einmal gewählt. Die anderen, die Millionen,

sind allerdings auch als Parteimitglieder nicht vollberechtigte Eigentümer ihrer Arbeitskraft gewesen. Jetzt haben sie dieselbe wieder: als Ware. Für deren Verkauf ist es bestenfalls egal, häufig aber nachteilig, wenn man der Partei noch angehört. Also weg damit.

Georg Fülberth beschrieb in KONKRET 3/92 den Staatssicherheitsapparat der DDR

Konkret 04/92, S. 26

Helmut Ridder

Ein Musterfall von Völkchen

Mitte Januar hat sich jene Kommission des Bundestages konstituiert, die - ausgehend vom Grundgesetz - eine »Verfassung aller Deutschen« erarbeiten soll. Damit sind die deutschen Meisterschaftskämpfe in Demokratieverhütung in ihre entscheidende Phase getreten. Ein Spektakel, an dem sich so eifrig wie ahnungslos vor allem linksgrün gewirkte und/oder vom deutschen Juristendemokratismus versehrte Jugendliche aller Altersklassen beteiligen

Gerade scheint's loszugehen, wenn das Wort »Debatte« auch momentan noch ein bißchen zu groß ist. Jedenfalls hat entsprechend Art. 5 des zu Anschluß und Eingliederung der DDR führenden »Einigungsvertrags« in diesem unserem vergrößerten Land die einschlägige Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat mit ihrer Arbeit begonnen. Die wird schon deswegen ein gewisses Medienecho mit sich bringen, weil in diesem Gremium die nicht vom Volk gewählten großen »Volksparteien« mit ihrem jede demokratische Regung zuverlässig erstickenden Übergewicht vertreten sind und sich bereits darauf verständigt haben, den gesetzgebenden Körperschaften nur Grundgesetzänderungen vorzuschlagen, die von einer Zweidrittelmehrheit der Kommission getragen werden, was die Annahme ebenso wahrscheinlich, wie es jeden anderen, von wo auch immer kommenden Vorschlag einigermaßen aussichtslos macht. Wie etwa das Beispiel der Richterwahl zum Bundesverfassungsgericht zeigt, läßt die Anwendung der Zweidrittelmehrheitsregel bei der Allgemeinheit den Eindruck entstehen, die damit erzielten Entscheidungen seien für sie repräsentativ. Das sind sie indes nur in der undemokratischen Traumwelt, in der diese Allgemeinheit kraft deutscher Weltanschauung lebt. Dort gibt es ein den ganzen Raum ausfüllendes Arkadien zwischen »linker CDU« und »rechter SPD«, das konfliktfrei, krisenfest und permanent von einer idealtypischen Großen Koalition zu regieren ist. Im Gegensatz zu den nackten Realitäten, die aber unter einer adretten arkadischen Frisur auch einen befriedigenden Absatz finden können.

Auch über eine etwaige »Totalrevision« des Grundgesetzes, ja sogar über die Eventualität einer durch Volksabstimmung gemäß Art. 146 GG zu verabschiedenden neuen Verfassung, werden die in die Verfassungskommission entsandten Parteienvertreter zu beraten haben (die in diesem Punkt zweifellos, wie von der »FAZ« bereits angekündigt, an besonders strikte Instruktionen der Parteispitzen gebunden sein werden). »Das Volk muß auch Ja sagen können«, hatte schon im Sommer 1990 ein mit dieser Vorstellung wohl sympathisierender Richter des Bundesverfassungsgerichts bemerkt, ohne jedoch zu bemerken, daß ein Volk, das sich darauf versteift, durch Vorschriften einer geltenden Verfassung, dazu noch einer Verfassung mit allenfalls leichten Anflügen von demokratischer Legitimation, zum Beschließen einer neuen Verfassung ermächtigt, wenn nicht gar verpflichtet zu sein, vom Begreifen seiner »Souveränität«, d. h. von der ihrer Natur nach immer revolutionären und originären Betätigung seiner dem positiven Recht vorausliegenden Freiheit zur Selbstbestimmung, d.h. von der DEMOKRATIE, noch um Generationen entfernt ist, und daß große Staatsmänner wie Napoleon III. und Adolf Hitler, bedeutende Staatsrechtslehrer wie Carl Schmitt und seine heutigen Vermächtnisnehmer sowie menschenfreundliche Strategien, die dem Volk großzügig ein nachklapperndes Referendum bewilligen (warum sollten die Spitzen unserer beiden »Volksparteien« sich eigentlich nicht auch zu einem solchen die Verhältnisse stabilisierenden »Kompromiß« - Kosten: keine - bereit finden?), es von der Demokratie fernhalten.

Die mit dieser Demokratieferne einhergehende Revolutionsphobie hat der in erster Linie und mit Erfolg zwecks Demokratieverhütung in Deutschland (und im Osten Europas; der ewige Eiertanz der »marxistisch-leninistischen« Doktrin um den »demokratischen Zentralismus« und die »Staats- und Machtfrage« gehörte dort zu den fatalen Folgen) gegründete bismarckisch-wilhelminische deutsche Nationalstaat zunächst den »reichsfeindlichen« Katholiken durch den Kulturkampf eingeimpft. Gleich anschließend hat er sie durch die Praxis des Sozialistengesetzes der deutschen Sozialdemokratie eingebleut, welche die Nichtverlängerung dieses Gesetzes vor 100 Jahren in ihrer hauseigenen Geschichtsschreibung als Sieg zu feiern pflegt, im November 1918 vom Ausbruch der Revolution peinlich überrascht wurde und dann 14 Jahre lang erfolglos bemüht gewesen ist, von den Ergebnissen dieser Revolution möglichst viel einzuheimsen und ihr eigenes kurzfristiges revolutionäres Mitspielen schamvoll zu verhüllen. Eine eindrucksvolle Offenbarung von Zugleichheitlichkeit, die unter Vergewaltigung notfalls sogar von historischen Fakten brutal das Zugleichsein von nicht zugleich sein Könnendem befiehlt und natürlich nicht nur zum genetischen Code der deutschen Sozialdemokratie gehört. Sie ist vielmehr ein der ganzen Gesellschaft des 1871 durch einen triumphalen Sieg über den französischen »Erbfeind« gegründeten deutschen Nationalstaats durch die Zwiespältigkeit seines Konstitutionalismus eingestiftetes Syndrom, die »denkerische« Mitte der deutschen politischen Weltanschauung, deren rationale Schärfe sich sprachlich etwa verrät, wenn heute schmuddelig (»reinheitlich« könnte man sagen) von »Freiheitlichkeit« gefaselt, statt um die demokratische Bestimmung, Gewinnung und Sicherung von Freiheit gerungen wird.

Bei dem jetzt unter dem Dach von Bundestag und Bundesrat angelaufenen offiziellen Disput über Art und Umfang der Grundgesetzrevision geht es ziemlich einmütig um die »Anpassung« des zu den Gründungsakten der BRD gehörenden Grundgesetzes primär an die erst durch die »deutsche Vereinigung« entstandenen, aber nicht nur beiläufig auch an manche andere schon zuvor vorhanden gewesene und noch nicht durch formelle Verfassungsänderungen festgeschriebene

»Verhältnisse« oder »Wirklichkeiten«. Das damit verfolgte Konzept ist schon seit Oliver Cromwell bekannt, der in einer formellen Verfassung ein unentbehrliches »Regierungsinstrument« erblickte. Es bestimmt seither in Europa systemübergreifend jede Verfassungsgebung und -revision »von oben«: »Es gilt, bestimmte Seiten unserer Verfassung, die der Wirklichkeit nicht mehr gerecht werden, einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und sie entsprechend zu ändern. Vor uns steht also die verantwortungsvolle Aufgabe, die Verfassung mit dem Leben, mit dem politischen und sozial-ökonomischen Entwicklungsstand, mit der ideologischen Grundhaltung unseres Volkes in Übereinstimmung zu bringen«, sagte - Erich Honecker vor der Volkskammer zur Begründung der DDR-Verfassungsrevision von 1974. Er sprach da in einem System des letzthin so genannten »realen Sozialismus« vom Entwicklungsstand »unseres sozialistischen Arbeiter- und Bauern-Staates« und wollte dem »Vormarsch« der DDR in eine jede andere Zukunft ausschließende »kommunistische Zukunft Rechnung tragen«. Unter den europäischen Systemen des realen Kapitalismus, die mit einer kommunistischen Zukunft verständlicherweise nicht viel am Hut haben, nimmt das der BRD insofern eine wirklich einzigartige Sonderstellung ein, als »wir« uns der »freiheitlichsten Verfassung der deutschen Geschichte« (und der ganzen Welt sowieso) berühmen können, mithin in einem optimalen Endzustand leben und deshalb wegen des mit einer Offenheit für die Zukunft verbundenen Risikos von Systemalternativen jede Zukunft verbieten und durch die Fortschreibung der Gegenwart ersetzen müssen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist das Grundgesetz, gemacht vom Parlamentarischen Rat, dessen Mitglieder von den zur Erfüllung ganz anderer Aufgaben gewählten Parlamentariern der Länder des damaligen Trizonesiens gewählt worden sind, und entgegen den dringlichen Vorstellungen der es genehmigenden Besatzungsmächte auch nicht einmal dem Risiko eines nachträglichen Referendums unterworfen - die erste »historische Chance« für die Wiederbelebung des im Koma liegenden deutschen Nationalstaats und seiner Machtstrukturen war eiligst zu nutzen , in den ersten 20 Jahren der BRD durch zahlreiche förmliche Revisionen mit der »Wirklichkeit« oder deren aktuellen Erfordernissen in Übereinstimmung gebracht worden. Wenn es seither nur noch vereinzelte förmliche Grundgesetz-Revisionen gegeben hat, darf daraus nicht etwa auf ein Abnehmen des laufenden Revisionsbedarfs geschlossen werden; er nimmt sogar laufend zu. Der Rückgang des förmlichen Verfassungsrevisionismus ist vielmehr dem glücklichen Umstand zu verdanken, daß zu Beginn der 70er Jahre die SPD ihre Erprobung in Sachen »Regierungsfähigkeit« durch den in der Großen Koalition zustande gekommenen Kompromiß über die »Notstandsgesetzgebung« gerade erfolgreich beendet hatte und demzufolge das Bundesverfassungsgericht, das seine segensreiche Tätigkeit kraft deutscher Weltanschauung als oberstes Rechtsprechungsorgan jenseits aller Kontroll- und Sanktionsmechanismen des Parlamentarismus und zugleich (!) als oberstes »Verfassungsorgan« wie eine politische Höchstinstanz ausüben kann, seither viel glaubwürdiger aus der arkadischen Mitte heraus argumentieren und judizieren konnte. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt nun endgültig im Bereich der Grundrechte, bei denen es nicht so sehr auf den Wortlaut, sondern auf den »Wesensgehalt« ankommt - die Summe der »Wesensgehalte« aller Grundrechte ist, dafür schafft die Verinnerlichung der »Verhältnisse« ein sicheres Gespür, identisch mit dem Eingemachten des vorhandenen Systems. Durch die »links« mit noch größerer Begeisterung als »rechts« begrüßte Vergrundrechtlichung aller Lebensbereiche strickt das Bundesverfassungsgericht von Tag zu Tag an der für jeden Tag passenden Realverfassung, über deren Stand man sich durch kritisches Lesen seiner in Karlsruhe herausgegebenen Gesammelten Werke unterrichten kann (was die »Linken« viel seltener tun als die »Rechten«). Das führte zu einer beträchtlichen Entlastung des förmlichen Verfassungsrevisors. Und so hat sich das Grundgesetz durch die ihm von der Praxis verliehene Anpassungsfähigkeit an die Erfordernisse der System- und Status quo-Stabilisierung durchaus »bewährt«.

Trotzdem macht es zusätzlich immer noch Sinn, den nach dem Vorgang des Bundesverfassungsgerichts auch von der »theoretischen« Jurisprudenz ins Grundgesetz hinein- und wieder herausgelesenen Schutz von Gegenwart und System gegen Ungewißheit und Wagnis einer demokratischen Zukunft dadurch zu verstärken, daß die dabei frei erfundenen Grundsätze und Institute in den Text des Grundgesetzes aufgenommen und dadurch auch zu gesetztem Recht höchsten Ranges werden. You never can tell. Schließlich wäre auch auf das Bundesverfassungsgericht kein Verlaß mehr, wenn die seine Position der »Mitte« garantierende Beziehungskiste der staatstragenden Parteien, die ihm zur Orientierung über die politischen Parameter seiner Entscheidungen dient, aber durch das jüngste Wählerverhalten bereits etwas ramponiert ist, noch weiteren Schaden nehmen sollte. Auch von irgendwie an Wissenschaft erinnernden Resten einer sozusagen augustinischen Problemunruhe könnte die verrechtlichte politische Praxis durch neue Festschreibungen im Rang formellen Verfassungsrechts entsorgt werden.

Gibt es für ein solches Unternehmen eine »historische Chance«? Die Frage ist zu bejahen. Man braucht diese »historische Chance« nicht einmal zu einer selbst schon das Recht verändernden Rechtsquelle werden zu lassen, wie das Bundesverfassungsgericht es unlängst mit einem sogar in seiner eigenen Spruchtätigkeit ungewöhnlichen antiintellektuellen Kraftakt mit der »historischen Chance« getan hat, die für die »deutsche Vereinigung« benutzt werden mußte (das war die in jener »Wende« bestehende Chance, die dem Bundeskanzler erlaubte, sich nebst BRD und Grundgesetz mit vollem Gewicht in das in der DDR entstandene Machtvakuum hineinplumpsen zu lassen). Die hier zu erörternde, in ihrer Fruchtbarkeit von den Machteliten noch weitgehend verkannte »historische Chance« liegt in der

demokratie- und realitätsfernen Perzeption der »deutschen Vereinigung« durch die Deutschen, wie sie immer noch sind - mit Mentalitätsstrukturen in Ost und West, die sich gleichen wie ein Ei dem anderen. Das Verdienst, diese Chance anschaulich gemacht zu haben, kommt den spontanen Betreibern des Unternehmens »Verfassungsdebatte« zu, die damit einen Prozeß der Verfassungsgebung »von unten« in Gang setzen wollen.

Die Hauptakteure des Unternehmens - sie haben im vergangenen Sommer mit einer aufschlußreichen »Paulskirchenerklärung« einen aufschlußreichen »Verfassungsentwurf des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder« nebst Denkschrift veröffentlicht - kommen natürlich nicht »von oben«, aber auch nicht selbst »von unten«, sondern vom Rande. Es sind vor allem grün und/oder links gewirkte und/oder vom deutschen Juristendemokratismus versehrte Jugendliche aller Altersklassen. Sie wollen der »deutschen Vereinigung« als einer »historischen Chance«, bitteschön, auch was Positives für die gute Sache der Demokratie abgewinnen. Was in ihren immergrünen Köpfen anstelle eines endlich die mit dem deutschen Konstitutionalismus überkommene Staatssouveränität ablösenden und konkret zu verwirklichenden Legitimationsprinzips als Demokratie vorhanden ist, läßt bereits erkennen, daß hier nicht potentielle Schädlinge gegen, sondern aktuelle Nützlinge für die Stabilisierung arbeiten. Da wird von Selbstfindung, Selbstwahrnehmung und Selbstbeschreibung derGesellschaft geschwafelt. Von Selbstbestimmung ist keine Rede. Hätten sie sich selbst doch wenigstens ein Lot Selbsterkenntnis verordnet! »Unser Programm ist Demokratie«, heißt es in der »Paulskirchenerklärung«, und Demokratie wird beschrieben als »eine nicht mehr ruhende Einmischung« in die Verwirklichung von Bürger- und Menschenrechten, und das nach deutscher Art gleich »weltweit ... sei es im Inland oder im nahen oder fernen Ausland«. Daß sie die Selbstbestimmung für gestern geschmolzenen Schnee von vorgestern halten, zeigt den Einfluß der sozialwissenschaftlich-akademischen Linken. Die predigt heute - in der Sprache unartiger Kinder - den Demokratieersatz des »Zivilen Ungehorsams«, oder - in der Sprache von Sklaven, die nicht frei sein, sondern herrschen wollen - das »Widerstandsrecht« gegen den »Staat«, den sie »belagern« (aber beileibe nicht durch eine aus der »Zivilgesellschaft« hervorgebrachte Agentur ablösen) will, und forciert so die weitere Verflüssigung des Rechts durch die es reaktiv und fallbezogen instrumentalisierenden Instanzen.

Die Akteure wissen natürlich, daß sie nicht selbst das Volk sind. Aber sie sind ein Musterfall von Völkchen. Eines Völkchens, das den Teufel nicht spürt, der es in Gestalt des Grundgesetzes beim Kragen hat. Des Grundgesetzes, das dem genannten Kuratorium so kostbar ist, daß es schon ein Jahr zuvor beim Bundestag eine Änderung des damaligen Art. 146 angeregt hat, wonach das Grundgesetz in jedem Fall auch nach der »Vereinigung« für eine neue »Übergangszeit« weitergelten soll, bis es nach dem Beschluß einer neuen Verfassung durch Volksentscheid außer Kraft tritt. Des Grundgesetzes, das sich als Regierungsinstrument so außerordentlich bewährt hat und das auch sie zu den »bewährten Traditionen« zählen, auf denen es nunmehr »aufzubauen« gelte. Wörtlich: »Inhaltlich wird es sich immer um eine Aktualisierung und Fortentwicklung des Grundgesetzes handeln.« Damit ist das letzte Guckloch durch die Sichtblende vor dem ideologischen Kontinuum des deutschen Nationalstaats zugestopft. Doch ohne einen Blick auf dieses Kontinuum und die von ihm angerichteten Verwüstungen läßt sich nicht verstehen, warum unsere lieben Linken usw. so erpicht darauf sind, nichts anderes als einen »Auftrag des Grundgesetzes« erfüllen zu wollen.

Stärkster und politisch folgenreichster Ausdruck dieses Kontinuums ist die von unseren lieben Linken usw. bestenfalls für eine belanglose Marotte von Juristen gehaltene, aber die Daseinsräson der BRD darstellende, von ihrem Hirtenamt in Karlsruhe festgeklopfte und zu einem alle Deutschen und ihre Gerichte und Behörden verpflichtenden Glaubens- und obersten Verfassungsrechtssatz gemachte These, daß die BRD nicht etwa eine Rechtsnachfolgerin, sondern die unmittelbare Fortsetzung des zuvor schon von der Reichsrepublik von Weimar und dann vom Dritten Reich fortgesetzten deutschen Nationalstaats von 1871 sei. Schwierigkeiten mit dem tatsächlichen Untergang jeder ursprünglich deutschen Staatlichkeit im Mai 1945 hat diese These keine, weil sie von Arkadiern gedacht wird, die in Zugleichheitlichkeit firm sind. Für die Debellation von 1945 wurde eine zeitlich entzerrende zweitaktige Version von Zugleichheit entwickelt, die in einer Kombination von zeitlos unbefleckter Empfängnis des deutschen Nationalstaats durch die BRD mit deren eigener glücklicherweise späten Geburt besteht. So kann die BRD auch ruhigen Gewissens große Dinge vorbereiten, wenn sie als fortgesetztes Deutschland jetzt zum dritten Mal in diesem Jahrhundert in die Kampfarena der miteinander rivalisierenden imperialistischen Weltmächte einzieht. Daran ändert gar nichts, daß z. B. Theodor Mommsen zur Problematik der unbefleckten Empfängnis einmal gesagt hat: »Man kann sie wünschen, aber nicht sie schaffen.« Er konnte halt nicht voraussehen, daß der deutsche Genius sie weder zu schaffen noch zu wünschen braucht, wenn er sie durch den Mund eines Bundesverfassungsgerichts mit dessen Fortbestandsthese dekretieren kann. Einfach so, unanfechtbar und unwiderruflich, von »rechts« bis »links« konsentiert und nur dieses Gericht selbst faktisch nicht bindend.

Keinen einzigen noch so müden Gedanken hat der Verfassungsentwurf des genannten Kuratoriums verschwendet, um dieser Institutionalisierung von vordemokratischer Staatssouveränität, die der Demokratie das Wasser schon an der Quelle abgräbt, wenigstens die Kompetenzen zu nehmen, die nicht in einer die Einhaltung von demokratischen Verfahrensregeln betreffenden Kontrolle bestehen. Majestätsdelikte liegen den bis in die Knochen zwar nicht monarchistischen, aber monarchischen Deutschen eben nicht. Das paßt auch zu ihrem unbändigen Freiheitsdrang, dem Drang zur Freiheit von Verantwortung, der die leise weinende Beschämung der Sozis über die Novemberrevolution von 1918 ausgelöst, die Väter

der Reichsverfassung von Weimar zur Schaffung einer Konturen des Dritten Reichs schon vorwegnehmenden Nebenverfassung unter dem Diktatur-Artikel inspiriert und dann im »Führerprinzip« des mit frenetischem Jubel begrüßten Dritten Reichs seine maximale Befriedigung gefunden hat. Bis heute ist die politische Klasse der Deutschen, die den Führer schmerzlos verabschieden konnte, weil er statt des Endsiegs die Endniederlage herbeigeführt hat, außerordentlich ungehalten darüber, daß die vom deutschen Wesen nichts verstehenden »Siegermächte« von 1945, um die unbefleckte Empfängnis des deutschen Nationalstaats durch jeden deutschen Nachfolgestaat zu sabotieren, den Führer gehindert haben, sich unter Mitnahme der in seiner Person akkumulierten Gesamtverantwortung in die ewigen Jagdgründe der Macht zu empfehlen. Da mußten »wir« sie einfach überlisten und mit einhelliger Zustimmung von »rechts« bis »links« durch das Moderamen von Karlsruhe feststellen lassen, daß die BRD per »Identität« zugleich (!) der vor 120 Jahren gegründete deutsche Nationalstaat ist - »Triumph des Willens« jedenfalls, solange und soweit es für einen Triumph der Stärke nicht reicht.

Die Kerntruppe der seit der »Wende« (eine in Ost und West gleichermaßen beliebte Worthülse, die, wie anno 1945 der »Zusammenbruch«, alles wirklich Geschehene dem Bewußtsein fernhält) im Umkreis des Verfassungsentwurfs Wirkenden besteht aus unbeirrbaren Fortsetzungstätern. Als die politische Bewegung in der DDR noch im Zeichen der Freiheit stand, hatten sie sich in das »von oben« hervorragend inszenierte Ablenkungs- und Verwirrungsmanöver der »Artikeldebatte« einwickeln lassen und für eine Vereinigung auf dem »Weg nach Art. 146 GG« Position bezogen. Wichtig ist hier nur, daß sie den von ihnen politisch abgelehnten »Weg des Beitritts nach Art. 23 GG« für rechtlich durchaus gangbar gehalten hatten und keine Notiz davon nahmen, wie die Regierungsexperten, um den »Vereinigung« genannten Anschluß der DDR unbehelligt von eigener früherer Rhetorik in die nach außen allein verfügbare Form eines völkerrechtlichen Vertrags bringen zu können, schleunigst alles einer perfekt funktionierenden Schweigespirale zuführten, was das Bundesverfassungsgericht mit übergesetzeskräftiger Verbindlichkeit über die absolute Unzulässigkeit jeglichen Verhandelns und Vertragschließens betreffend die Modalitäten eines »Beitritts anderer Teile Deutschlands« anläßlich des Grundlagenvertrags von 1972 mit der DDR verkündet hat. Eines Vertrags, den natürlich auch die DDR des Jahres 1990 zu vergessen hatte, um, so dachten die aus dem Sternzeichen der Freiheit heraus- und endgültig in das der Banane eintretenden, sich selbst demgemäß in die Einheitspflicht nehmenden deutschen Ostmenschen, unverzüglich aus dem Währungs- und Wirtschaftsfüllhorn der deutschen Westmenschen überschüttet zu werden.

So wurde vor den blinden Augen auch unserer immer noch auf dem Ast des Art. 146 GG hockenden lieben Linken usw. ein dreiteiliges Gesamtinstrumentarium geschaffen, und zwar erstens ein einwandfreier Vertrag von BRD und DDR mit den Vier Mächten, wonach die beiden deutschen Staaten verschwinden, indem sie zusammen mit Berlin zu einem neuen deutschen Staat (»vereintes Deutschland« genannt) fusionieren dürfen, und zweitens der eben diese Fusionierung und nichts anderes rechtswirksam bewerkstelligende »Einigungsvertrag« zwischen den beiden deutschen Staaten, in welchem diese aber drittens, insofern einvernehmlich und nach Gutsherrenart Recht außer Kraft setzend, den rechtlich unmöglichen »freiwilligen Beitritt« der DDR (freilich nicht auch von Berlin, das wäre ja noch abenteuerlicher gewesen) zur BRD nach Art. 23 GG vorgetäuscht haben. Dieser »Beitritt«, von dem der jetzt vorübergehend zur Verschlußsache gewordene Befehl des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 sagte, daß es über ihn mit niemandem etwas zu verhandeln geben darf, hat niemals stattgefunden. Der noch nicht völlig eingedeutschte Witz eines Erstklässlers und die noch nicht völlig eingedeutschten Rechtskenntnisse eines Jus-Studenten im nullten Semester reichen aus, um zu begreifen, daß die (aus einem unter Verletzung selbst der mildesten Anforderungen des völkerrechtlichen Interventionsverbots geführten »Wahlkampf« hervorgegangene) Volkskammer der DDR vollständig besoffen gewesen sein muß, als sie im August 1990 beschloß, die DDR trete (wohlgemerkt) dem »Geltungsbereich« des BRD-Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 gemäß Art. 23 GG bei. Als ob ein Staat einem »Geltungsbereich« beitreten könnte! Als ob dieser »Beitritt«, sowieso ein politisches Augenpulver und ein rechtliches Nichts, irgendeine Funktion haben könnte, wenn mit Wirkung von demselben Datum an die Geltung des Grundgesetzes im Bereich der DDR sowieso vereinbart wird! Als ob dieser »Beitritt« auf der Grundlage des Art. 23 GG geschehen könnte, der, sogar unbestritten, niemals in der DDR gegolten hat und zudem mit dem Wirksamwerden des sog. Beitritts, wie unter den Augen der Vier Mächte wohl oder übel auch im »Einigungsvertrag« geschehen, durch eben diesen Vertrag aufgehoben werden mußte! Ein denkwürdiger Fall, eine Weltleistung der Substitution von Politik durch »Recht«, das seinerseits durch evidentes Nicht-Recht substituiert wird! Es ist also in Wahrheit, und durch dieses Ritual in keiner Weise affiziert, durch einen normalen völkerrechtlichen Fusionsvertrag, d.h. auf einem »Weg«, der weder mit Art. 23 noch mit Art. 146 GG etwas zu tun hat, ein neuer deutscher Staat entstanden.

Hätten unsere lieben Linken usw. das begriffen und hätten sie die Präambel des alten Grundgesetzes gelesen, so wüßten sie auch, daß dieser neue deutsche Staat gar keine Verfassung hat. Denn jene Präambel sagte doch klar und deutlich, daß BRD und Grundgesetz von vornherein nur »für eine Übergangszeit« Bestand haben sollten. Nicht sagte sie, daß BRD und Grundgesetz ein Provisorium und zugleich (!) ein Definitivum seien. Und wenn man denn ernstlich der Meinung ist, daß die Deutschen nunmehr »die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet« haben, dann ist mit Abschluß und Inkrafttreten des »Einigungsvertrags« die »Übergangszeit« für BRD und Grundgesetzgeltung beendet. Die in der durch den

»Einigungsvertrag« geänderten Präambel enthaltene Feststellung, infolge der vollendeten »Einheit und Freiheit Deutschlands« gelte das Grundgesetz »für das gesamte Deutsche Volk«, ist also falsch. Das Gegenteil ist richtig. Kritische Interpreten von Ablauf und Ergebnis des Vereinigungsprozesses haben mit Recht beanstandet, daß der »Einigungsvertrag« für die ausdrückliche Änderung einiger Grundgesetz-Artikel benutzt worden ist. Völlig entgangen ist ihnen der in Art. 3 des »Einigungsvertrags« enthaltene, ein ganz anderes Kaliber erreichende, den preußischen Verfassungsoctroi Friedrich Wilhelms IV. weit in den Schatten stellende und hierzulande offensichtlich von »rechts« bis »links«, von Ost bis West akzeptierte und damit »gelungene« Versuch, dem ganzen »vereinten Deutschland« im Augenblick seiner Entstehung das in demselben Augenblick mitsamt der (alten) BRD erloschene Grundgesetz, mit dem die Deutschen Trizonesiens seinerzeit überrumpelt wurden, als Verfassung über seine schlafmützigen Ohren zu ziehen.

Verfassungsgebung im Handstreichverfahren »von oben« ist nicht neu. Aber neu und einzigartig ist, daß sie sich als eine juristische Feststellung vermummt. Die Tarnung und Plausibilisierung dieser Ungeheuerlichkeit mit der Rhetorik über den von Rechts wegen nicht stattgehabten »Beitritt« hat ihr zusätzlich Akzeptanz verschafft. In Ausführung des Täuschungsmanövers konnte der Art. 3 des »Einigungsvertrags« stillschweigend in der (alten) BRD die Fortgeltung des durch ihn ausdrücklich nur in den neuen Bundesländern in Kraft gesetzten Grundgesetzes voraussetzen. Da nicht erkannt wurde, was da wirklich geschehen ist, ist auch die wirkliche historische Chance für eine im »vereinten Deutschland« von Grund auf demokratisch ansetzende Verfassungsdebatte, ist nämlich die juristische Sekunde der verfassungsrechtlichen tabula rasa als argumentativer Ausgangspunkt verpaßt. Sollte doch mal jemand darauf hinweisen, was da verpaßt worden ist, würde ihm unser Kuratorium, das unverrückbar am Grundgesetz als Ausgangspunkt festhält, im Banne der von ihm verinnerlichten Fortbestands-, Identitäts- und Zugleichheitsdoktrin vermutlich entgegenhalten, das spiele doch alles gar keine Rolle, weil das »vereinte Deutschland« zugleich (!) die längst mit dem »bewährten« Grundgesetz ausgestattete, nunmehr vergrößerte und verlängerte BRD und mit dieser BRD folglich »identisch« sei. Wir leben eben in einem Land, wo die Pointe des undeutschen Märchens von des Kaisers neuen Kleidern (na ja, die Dänen) nie zünden kann. Bei uns kann der Kaiser nackt sein und zugleich neue Kleider tragen; was jeweils konkret zuzutreffen hat, entscheidet der Wille. Und immer ist das nichts anderes als der durchschimmernde ideologische Bodensatz der Reichsgründung von 1871. Deswegen wird auch zu gegebener Zeit - kommt Zeit, kommt Gelegenheit; der Rat liegt längst bereit in den vorübergehend geschlossenen Schubladen der unwiderruflichen Judikatur des Bundesverfassungsgerichts - wieder festgestellt werden, daß die mit dem »vereinten Deutschland« identische BRD selbstverständlich auch mit dem angeblich fortexistierenden deutschen Gesamtstaat identisch geblieben ist (sonst wäre dieser ja 1949 durch die BRD abgelöst worden). Das bleibt so vorteilhaft, wie es immer schon war, weil der fortexistierende deutsche Nationalstaat wegen seiner evidenten Nicht-Existenz durch nichts gebunden werden kann, wozu die (jetzt auch mit dem »vereinten Deutschland« identische) BRD sich verpflichtet hat.

Auf den Inhalt des Verfassungsentwurfs des Kuratoriums kann hier nur in Stichworten eingegangen werden. Den seitenfüllenden »feministischen« Plunder, der das Femininum Sprache vergewaltigt und der Vermännlichung der Frauen eine weitere Bresche schlägt, überläßt man am besten von vornherein dem politischen Kabarett. Bei den sozialstaatlichen und ökologischen Erweiterungen der Grundrechte wußten die Verfasser nicht, daß, wie man heute doch wissen kann, ein objektiver (und denn auch erreichter) Hauptzweck von Grundgesetzgebung und BRD-Gründung gerade die Niederbügelung dessen war, was sich an vergleichbaren Normen in Erinnerung an die Reichsverfassung von Weimar in den Landesverfassungen Ost und West seit 1945 wieder niedergeschlagen hatte. Sozialstaatliches und Ökologisches kommt jetzt großenteils aus dem Verfassungsentwurf des »Runden Tisches« der »gewendeten« DDR, einem Produkt, das weitgehend auch unsere westdeutschen lieben Linken usw. schon der nach demokratischer Erneuerung suchenden DDR eingeblasen haben, um ihre eigene Geschichte nachzubessern und leichter mit dem Frust des Scheiterns der demokratischen Erneuerung in der BRD leben zu können. Selbst wenn die »gewendete« DDR ein mehr oder minder großes Maß von Eigenstaatlichkeit hätte bewahren können, wäre es kaum möglich gewesen, ihre behördliche und gerichtliche Praxis zu den vom »Runden Tisch« anvisierten sozialen Grundrechten, sozialstaatlichen und ökologischen »Staatszielbestimmungen« usw. vor der Sogkraft der westdeutschen Judikatur abzuschirmen. So aber, nach der nicht rückgängig zu machenden Vereinigung, hat das Kuratorium von vornherein nur massenhaft Mahlgut für die Mühlen der Verfassungsgerichtsbarkeit produziert, das mit Hilfe der vom Bundesverfassungsgericht in einem erratischen Kosmos oberhalb des Grundgesetzes versammelten »Werte« und »Prinzipien« in jeder gewünschten Einstellung - von der Grobverschrotung bis zur Pulverisierung - verarbeitet werden kann. Einiges aus diesem Kosmos, so der besonders ergiebige »Grundsatz der Verhältnismäßigkeit«, wird vorsorglich von den Verfassern auch noch in den Verfassungstext hineingenommen. Die in der Praxis längst vollzogene Umwandlung der demokratischen Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz in die den Status quo stabilisierende Gleichheit auch vor dem Gesetzgeber wird zementiert. Dito die Vergrundrechtlichung sämtlicher Lebensbeziehungen durch die Festschreibung der sog. Drittwirkung der Grundrechte, womit die Zersetzung der Normativität z. B. des Zivilrechts beschleunigt wird. Die Kostenpflichtigkeit der Gewissensfreiheit (Erbringung gleichwertiger Leistungen für die Inanspruchnahme des Grundrechts) wird festgeschrieben... Das alles hätte sogar Aussicht, in das revidierte Grundgesetz übernommen zu werden, weil es zur

Deckung der Verfassung mit der »Verfassungswirklichkeit« beiträgt, welchselbige dadurch zur Bildung noch weiter »rechts« stehender »Wirklichkeiten« angeregt wird.

»Die Zeit ist reif für eine neue Verfassung«, behauptet die »Paulskirchenerklärung«. Das trifft sicherlich zu für eine Verfassung, die noch besser als das Grundgesetz als antidemokratisches Regierungsinstrument dienen kann. Und dafür haben die Initiatoren mit dem Grundgesetz ganz gewiß den richtigen Ausgangspunkt gewählt.

Helmut Ridder, Staatsrechtler und Politologe, lehrte von 1965 bis 1987 an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Konkret 04/92, S. 31

Wolfgang Pohrt; Jan Philipp Reemtsma

»Wovon man weiß, daß es das Böse ist«

Folter als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Untersuchungen? In dem von ihm herausgegebenen Band »Folter. Zur Analyse eines Herrschaftsmittels« (Junius Verlag, Hamburg) hat Jan Philipp Reemtsma die Skizze eines Forschungsprogramms vorgestellt, in dessen Zentrum die Frage nach dem »Blutkitt« steht, der die Gesellschaft zusammenhält, und der Vorschlag, »Zivilisation« als System von gewaltförmigen Drohungen zu begreifen. Wolfgang Pohrt hat dieses Programm in einem Schreiben an Reemtsma einer grundsätzlichen Kritik unterzogen und bezweifelt, daß die Folter überhaupt zum Forschungsgegenstand sich eigne. In einer Antwort an Pohrt hat Reemtsma sein Vorhaben verteidigt. KONKRET dokumentiert den Briefwechsel

Wolfgang Pohrt

Lieber Jan Philipp Reemtsma,

eine Kurzrezension Ihres Bandes *Folter. Zur Analyse eines Herrschaftsmittels* aus meiner Feder sähe ungefähr folgendermaßen aus:

Während alle Welt noch mit freilich schon wieder nachlassender Begeisterung Retourkutsche fährt und die freie Marktwirtschaft als von Sieg zu Sieg eilende Vorkämpferin für die Menschenrechte besingt, wie seinerzeit die Kommunistische Internationale vom gleichnamigen Lied besungen wurde, wärmt das Buch ungerührt häßliche alte Geschichten aus dem Vorleben der neuen Menschheitsbeglückerin auf. Lang und breit wird darin berichtet, wie das griechische Obristenregime, immerhin damals Nato-Partner, bei der Auswahl und Ausbildung seines Folterpersonals verfuhr. Fallstudien über das chilenische und das argentinische Folterregime schließen sich an, die vor noch gar nicht so langer Zeit im Kampf der westlichen Wertegemeinschaft gegen den Kommunismus an vorderster Front standen. In der Türkei wiederum, so erfährt man, ist das Quälen auf Polizeiwachen und in Gefängnissen ein so unverrückbar feststehender Bestandteil der Folklore, daß es jeden Regimewechsel überdauert. Nicht ausgespart bleibt ferner jene Phase, als in der Bundesrepublik sich studieren ließ, wie der freiheitliche Rechtsstaat reagiert, wenn er einmal zu der Auffassung kommt, daß er gefährliche Feinde hätte. Von wehrhafter Demokratie sprachen damals die einen, von Folter in bundesdeutschen Gefängnissen die anderen, und es war immerhin ein regierender Ministerpräsident, der öffentlich die Frage aufwarf, ob es nicht Situationen geben könne, unter denen die Folterung von Gefangenen nicht nur legitim, sondern moralisch geboten sei. Ein Rückblick auf die abendländische Tradition schließlich beendet das Buch, und danach ist man noch weniger froh, daß sie nun angeblich wiederkommen soll, die fromme Zeit, als good old Europe, die Wiege der Zivilisation, drei Wahrzeichen hatte: den Galgen, den Scheiterhaufen und die Marterzange.

Doch weder dem Thema noch Ihren Intentionen wäre die routinierte Lobhudelei wirklich angemessen. Ferner stellen Sie Ihrem Band einen Text voran, den Sie ausdrücklich nicht als Einleitung, sondern als *Skizze eines Forschungsprogramms* verstanden wissen wollen. Ihre Abweichung von der Konvention entbindet mich von der lästigen Rezensentenpflicht, es beim mehr oder minder gut begründeten Werturteil über ein abgeschlossenes Werk zu belassen. Statt also Ihr Buch nur zu taxieren, darf ich mich zu ihm so verhalten, wie man sich als Beteiligter in einer Diskussion verhält.

Sie schreiben etwa auf S. 13 1): »Die Folter - ganz gleich welchem sozialen Kontext man sie jeweils phänotypisch zuordnen will - ist die totale Herrschaft des Menschen über den Menschen.« Auf der gleichen Seite weiter unten heißt es 2): »'Folter' muß zunächst einmal als Herrschaftstechnik analysiert, dann müssen die durch sie verursachten Prozesse individueller wie sozialer Traumatisierung beschrieben und als Faktoren der Zivilisationsbildung untersucht, schließlich der repressive Kern in sozialintegrativen Strategien, kurz: das Drohpotential der Sozietät bezeichnet werden.«

Lassen wir mal den Pleonasmus weg - Herrschaft ohne weitere Bestimmung ist immer ein Verhält-nis ausschließlich zwischen Menschen, weil zunächst ein Verhältnis zwischen zwei Willen, und wenn man etwa von der Herrschaft des Menschen über die Natur spricht, verwendet man den Begriff schon im übertragenen Sinn: Ist Folter nun Herrschaft (1) selber oder eine Herrschaftstechnik (2) oder ein Herrschaftsmittel, wie es im Untertitel heißt? Ist sie der Zweck oder ein Mittel, um ihn zu erreichen? Macht sie das Wesen der Herrschaft aus, ist sie eine Wesensbestimmung von Herrschaft, oder ist sie etwas der Herrschaft Akzidentelles, eben bloß eines von diversen Mitteln, um sie herbeizuführen? In welchem Verhältnis zur Herrschaft steht die Folter denn nun wirklich - Identität, Ähnlichkeit, Gegenteil, Zuordnung, Übergangsstadium, Voraussetzung, Endpunkt, Resultat, Mittel? Das ist doch ein Problem, über welches man nicht einfach hinwegschreiben kann, wenn man es schon terminologisch aufwirft.

Warum soll Folter totale Herrschaft sein? Herrschaft ist doch, wenn einer tut, was ich will ('Dein Wille geschehe im Himmel wie auf Erden', usw.). Aber kann denn der Gefolterte noch tun, was ich will? Meist sind ihm Füße und Hände gebunden, er ist übel zugerichtet, ich kann ihn nicht mal nach der Zeitung schicken. Riskiere ich nicht vielmehr, durch die Folter ein brauchbares menschliches Werkzeug meines Willens zu ruinieren? Wenn ich meinen Sklaven foltere und er

möglicherweise an der Folter stirbt oder zum Krüppel wird, schädige ich dann nicht sogar mein Eigentum, mache ich mich nicht ärmer, verliere ich nicht sogar an Macht, insofern diese sich nach der Zahl und der Qualität derer bemißt, die ich beherrsche? Sagt der Folterer zu seinem Opfer nicht eigentlich etwa folgendes: 'Weil du dich nicht beherrschen läßt, werde ich dich vernichten. Davon habe ich zwar selber nichts, ganz im Gegenteil, aber das ist mir egal. Ich kriege, was ich will, oder ich mache alles kaputt.' Ist die Folter nicht vielleicht der Punkt, wo die Herrschaft ihrer Vergeblichkeit, ihres Scheiterns inne wird und deshalb umschlägt in grausamen Vernichtungswillen?

Und spricht nicht eben dies Scheitern aus den Worten des Folterers, der sein Opfer beschimpft, und dessen prahlerische Schmähredе Sie als Beleg für seine Allmacht zitieren: »Du bist Scheiße. Seit wir dich hierher gebracht haben, bist du ein Nichts. (...) Wir sind alles für dich. Die Gerechtigkeit sind wir. Wir sind Gott.« Warum lesen Sie die bühnenreife Sequenz wie ein Soziologe, wo Sie doch zum Glück gar keiner sind? Warum entgeht Ihnen die abgründige Verzweiflung, die in dieser grotesken Blasphemie steckt: Der Herr als Beherrscher aller Scheißhaufen und Nichtse - hat man die Herrschaft je nihilistischer verurteilt? Verträgt sich das etwa mit der Vorstellung von einem Gott, der sich den Menschen nach seinem Ebenbild schuf? Leitet die Herrlichkeit Gottes sich nicht davon ab, daß er Menschen beherrscht, keine Schäferhunde? Steht der Folterer nicht vor dem Problem, daß er durch die Folterung schon einbekennt, daß er die Herrschaft über den Menschen unwiederbringlich verloren hat? Einen Menschen foltern heißt, ihn auf bloße Kreatur reduzieren, auf kreatürliche Bedürfnisse, auf kreatürlichen Schmerz, er leidet dann, wie auch ein Tier leiden würde, er ist wundes Fleisch. Die Kreatur kann ich dazu kriegen, daß sie mir aus der Hand frißt. Aber was habe ich davon? Bin ich deshalb der Herr? Werde ich zum Herrn nicht gerade dadurch, daß mit einem eigenen Willen begabte Wesen mir aus freien Stücken gehorchen und mich obendrein auch noch lieben ('Liebet den Herrn' etc.)? Typische Konstellation: Die schöne Sklavin im Besitz des Herrschers, der sie raubte. Er könnte ja nun Gewalt anwenden, aber das will er nicht, denn die Gewaltanwendung wäre das Eingeständnis seines Unvermögens, seines Unvermögens nämlich, die Liebe der schönen Sklavin zu gewinnen, die ihm als dem strahlenden Herrn doch rechtmäßig zukäme. Müßte er wirklich Gewalt anwenden, wäre er nicht mehr der Herr, aus zweierlei Gründen. Zum einen wäre ihm eben kein Mensch, sondern nur die Kreatur zu Willen, zum anderen müßte er selber Hand anlegen. Besonders die Folter ist doch echte körperliche Handarbeit - bis zur Neuzeit so ziemlich das Entwürdigendste für jeden Herrn, sogar das, was wir heute Künstler nennen, rangierte etwa im Altertum deshalb in der sozialen Rangskala weit unten, weil Skulpturen meißeln Handarbeit war. Weist analog dazu die Wiedereinführung der Folter im 13. Jahrhundert nicht auf eine sich anbahnende und mit der Reformation ausbrechende innere Krise des Christentums hin? Auf die Diskrepanz zwischen dem Anspruch vielleicht, Gott aus freien Stücken lieben zu sollen und der Tatsache, daß man es nicht mehr kann, wodurch dann die Kirche in einen Kampf gerät, der aus logischen Gründen nicht zu gewinnen ist - und sie hat ihn ja schließlich auch verloren, ebenso wie das griechische Obristenregime schließlich kläglich gescheitert ist?

Warum packt jemand, der wie Sie doch zum Glück kein gegen sprachliche Härtefälle unempfindlicher Soziologe ist, das Wort Folter mit den Worten 'sozialer Kontext' und 'phänotypisch zuordnen' in einen Satz? Welchen Begriff von Herrschaft haben Sie oder meinen Sie, wenn Sie eben noch von ihr sprachen und dann diesen Verlegenheitssatz für erforderlich halten: »Die klassische Frage 'Wer? - Wen?' sollte auch hier nicht vergessen werden«, obgleich an dieser Frage eigentlich nichts besonders klassisch ist? Das klingt nun polemisch, ist aber nicht so gemeint, sondern ich stelle mir die Frage wirklich. Schon der Titel wundert mich: Wie kann man den Begriff Folter, der doch nun kein Allerweltswort ist, mit einem dieser akademischen Feld-, Wald- und Wiesendissertationstitel *Zur Analyse von Gottweißnichwas* kombinieren?

Ich denke, daß ein gewisses Unbehagen daran auch Sie beschlichen haben muß, denn Sie schreiben: »Entweder ist es überhaupt frivol, sich angesichts menschlichen Elends mit Theorien über dieses Elend die Zeit zu vertreiben - und das ist es natürlich einerseits immer , oder man hält am Anspruch sozialwissenschaftlichen Bemühens fest, die Welt zu beschreiben, wie sie ist, damit sie verbessert werde: Dann wird man der Disziplin 'Ökonomie' nicht verwehren wollen, sich den Hunger zum Gegenstand zu machen, und der Analyse menschlicher Machtverhältnisse nicht die Folter.«

Aber dem wirklichen Problem weichen Sie hier meiner Ansicht nach aus, um sich stattdessen einem konstruierten zuzuwenden. Kein Mensch käme schließlich auf die Idee, die Jahresberichte von amnesty international für frivol zu halten, obwohl sie *beschreiben*, wo und wie gefoltert wird. Grundsätzlich gibt es also nicht den geringsten Einwand dagegen, sich mit der Folter zu befassen, wenn sie eine Tatsache ist. Die Frage ist nicht, ob man sich überhaupt mit Folter befassen dürfe, sondern ob sie, wie Sie selber schreiben, zum Gegenstand der Sozialwissenschaften taugt. Der Vergleich aber, den Sie ziehen, um die Tauglichkeit zu beweisen, beweist eher das Gegenteil.

Mir ist keine Theorie des Elends bekannt, und ich wüßte nicht, wie die aussehen sollte. Ich kenne auch keine Ökonomie, die sich den Hunger zum Gegenstand macht. Hunger, Elend, etc. werden von Marx und Engels zwar erwähnt, teilweise auch beschrieben. Meist werden dabei andere Beschreibungen zitiert, vom britischen Parlament in Auftrag gegebene Untersuchungsberichte. Analysiert aber wird etwas anderes, nämlich ein ganz bestimmtes Produktionsverhältnis, welches eine ganz bestimmte Form des Reichtums und zugleich eine ganz bestimmte Form des Elends produziert. Man darf es wohl als gesichert voraussetzen, daß eines der Motive von Marx gewesen war, sich nicht abfinden zu wollen mit einer Welt, wo

10jährige ins Bergwerk gesteckt werden und mit 20 erledigt sind. Eben deshalb aber handelt Marxens Werk nicht einfach vom Elend.

Nimmt man das Elend unmittelbar, so ruft es Mitleid oder Empörung hervor. Man versucht, es zu lindern, oder man beschreibt es, weil man glaubt, daß es nicht geduldet werden würde, wenn die Menschheit davon wüßte. Zur Analyse taugt es nicht, weil der Tatbestand schon so klar ist, wie er klarer gar nicht sein könnte - an einem äthiopischen Gerippe gibt es wirklich nichts mehr zu erforschen, da weiß der Dümmste, was es braucht und was ihm fehlt. Die Analyse setzt erst ein, wenn man das Elend nicht mehr unmittelbar, sondern als Vermitteltes betrachtet. Gegenstand der Analyse ist dann nicht mehr das Elend selbst, sondern das Produktionsverhältnis, Herrschaftsverhältnis, Ausbeutungsverhältnis etc., das solches Elend hervorbringt. Dann auch wird die Analyse überhaupt erst erforderlich, denn im Unterschied zum Elend selbst, welches furchtbar einfach ist, sind die Prozesse, die es hervorbringen, meist recht kompliziert und widersprüchlich.

Sie wollen, scheint mir, zugleich die Unmittelbarkeit und die Theorie, und ich denke, daß ich Ihre Intention ebensosehr schätzen wie verstehen kann. Sie wollen verhindern, daß physische Überwältigung und kreatürliche Qual ungenannt bleiben, und Sie möchten Ihr Motiv - sich mit der Fortdauer einer auf physischer Überwältigung und kreatürlicher Pein beruhenden Gesellschaft nicht abfinden zu wollen - in einem sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramm objektivieren. Das Forschungsprogramm ist eine Art Versicherungsschutz für das Motiv: Sollte es mir mal abhanden kommen, und sollte ich dann vergessen, was Herrschaft bedeutet, wird mein Programm mich daran erinnern. Aber Motive lassen sich nicht versichern, sie sind da oder nicht, und wenn sie weg sind, sind sie weg. Meistens bleiben sie, man sollte sich ruhig auf seine eigene Sturheit verlassen.

Was Sie mit dem Forschungsprogramm erreichen, welches verhindern soll, daß über Gewalt schwadroniert wird, wie Sie es am Gerede von der strukturellen kritisieren, ist das genaue Gegenteil des Bezweckten. Um die Sache am Hunger durchzudeklinieren: Auch wenn Sie nur den Hunger analysieren wollen, können Sie beim Hunger selber nicht lange verweilen, weil es darüber so viel nicht zu sagen gibt. Der nächste Schritt ist dann der, daß Sie studieren müssen, in welchen Gesellschaften und wann der Hunger vorkommt. Damit sind Sie auf dem besten Weg, *alle* Gesellschaften erforschen zu müssen, die existierenden und alle vergangenen noch dazu. Sie weichen dem Hunger keinen Millimeter von der Ferse, sie bleiben hartnäckig auf seiner Spur, und so führt der Hunger Sie dann durch die ganze Weltgeschichte. Selbst wenn Ihnen das Unternehmen gelingen sollte, was ernstlich nicht zu befürchten ist, was hätten Sie dann davon? Sie wüßten genau zu sagen, was den feudalen vom absolutistischen, den kapitalistischen vom sozialistischen, den englischen vom irischen Hunger unterscheidet. Glücklich wären Sie mit diesem Wissen vermutlich nicht. Sie hätten dem Thema die Treue gehalten, aber gerade dadurch das Motiv verloren, um dessentwillen Sie eben dieses Thema nie aus den Augen verlieren wollten. Sie wären ganz nahe am Hunger, aber ziemlich weit weg davon, ihn noch abschaffen zu wollen. Schon Ihre Diktion weist diesen Weg: »Die Welt beschreiben, wie sie ist, damit sie verbessert werde« - das wird erstmal ein verdammt dickes Buch, und dann wird lange nichts. Tatsache ist doch, daß die kritische Theorie nicht die Welt, sondern Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse betrachtet, und die unter dem Aspekt ihrer Abschaffbarkeit. Ferner sprechen Sie hier noch von ‘beschreiben’, und später in der gleichen Passage gebrauchen Sie das Wort ‘Analyse’ gleichsam synonym, obwohl zwischen beidem doch ein Unterschied besteht.

Mir kommt es auch so vor, als ob Sie das von Ihnen skizzierte Programm selber nicht so besonders mögen würden. Jedenfalls verwickeln Sie sich in Widersprüche. Auf S.15 etwa heißt es: »Hier müßten internationale Vergleiche aufgestellt werden - erst dann kann die Frage, *wie* ein Mensch dazu zu bringen ist, ein zuverlässiger Exekutor der Folter zu sein, auch von denen, die solche Ausbildungsprogramme nicht durchführen, beantwortet werde.« Nebenbei: Das glauben Sie nicht. Sie weisen, gegen das wissenschaftliche Getue gemünzt, erfrischenderweise darauf hin, daß es bei Bedarf noch nirgends und nie am Personal gemangelt hat, wie Sie zu Recht auch betonen, daß Foltern nicht zu den Fertigkeiten gehört, die man erst lange lernen oder sogar in einem wissenschaftlichen Studium sich aneignen muß. Auf Seite 20 heißt es dann aber: »Aber es geht hier nicht um eine weltweite ‘Bestandsaufnahme’ - dies ist anderswo zu haben.« Dann kommt der Satz: »Die in diesem Band versammelten Beiträge sind Beiträge - nichts weiter.« Er bedeutet, weil er nichts bedeutet, eine Distanzierung. Es folgt ein Satz, bei dem ich wirklich etwas zusammengezuckt bin: »Das auf diesen Seiten umrissene Forschungsfeld ist groß, und diese einleitenden Bemerkungen sollten unter anderem deutlich machen, wieviel noch zu tun ist.« Er erinnert mich an Benjamins Wahlverwandtschaften-Interpretation. Da gibt es eine Stelle, wo jemand die Segnungen der Ehe preist, und alle Welt nimmt sie für blanke Affirmation. Benjamin aber weist auf den Nachsatz hin, der ungefähr heißt: Und so sprach er ‘der Lobredner) noch lange weiter.

Die Folter, deren Existenz einmal Anlaß für Empörung war, hat sich in ein Forschungsfeld verwandelt. Es ist riesig und unbeackert. Mit dem Spaten in der Hand steht man nun davor und überlegt. Alles umgraben? Aussichtslos. Weideland - das ist die Lösung. Also einzäunen und das Gras wachsen lassen. Das klingt nun wieder polemisch und ist nicht so gemeint. Was ich vielmehr meine ist, daß eine bestimmte Art sozialwissenschaftlicher Arbeit - von Theoriebildung möchte ich nicht sprechen - irgendwann dazu führt, daß man die Lust an der Sache verliert. Noch leisten Sie tapfer Widerstand, aber er nimmt doch schon die Form verzweifelter Rückzugsgefechte an - jedenfalls glaube ich, dies aus einem Text herauslesen zu dürfen, der als Einsprengsel sehr radikale und richtige Gedanken enthält, und der dann am Ende so furchtbar weit hinter

diese Gedanken zurückfällt. Anfangs benutzt man die falschen Begriffe - Konsens, Drohpotential, staatliches Handeln, Legitimationskern, integrative Strategie, Ikonographie und was sonst gerade auf dem Markt ist. Später benutzen sie einen, und so wird dann alles eins.

Anders gesagt: Was mir bei Ihren wie auch bei den restlichen Beiträgen des Bandes fehlt, ist ein an Marx gebildeter Begriff von Gesellschaft im Hintergrund, wie er bei Adorno und Horkheimer stets gegenwärtig ist. Der Unterschied wird am deutlichsten dort, wo bei flüchtiger Betrachtung die Ähnlichkeit frappiert. Wie eine Bestätigung Ihrer zentralen Behauptungen könnte beispielsweise gelesen werden, was Adorno in *Tabus über dem Lehrberuf* schrieb: »Für die innere Zusammensetzung jenes Komplexes (die Imago des Lehrers ist die eines prügelnden Schwächlings) scheint mir wesentlich, daß die physische Gewalt, deren eine auf Herrschaft basierende Gesellschaft bedarf, zugleich von ihr, soweit sie sich als bürgerlich-liberal auslegt, um keinen Preis eingestanden wird. Das bewirkt ebenso die Delegation von Gewalt - ein Herr prügelt nicht - wie dann die Verachtung des Lehrers, der tut, ohne was man nicht auskommt, wovon man zutiefst weiß, daß es das Böse ist, und das man doppelt abwertet, weil man selber dahinter steht, während man sich zu gut dafür ist, es unmittelbar zu begehen. ... Im Bild des Lehrers wiederholt sich, sei's noch so abgeschwächt, etwas vom affektiv höchst besetzten Bild des Henkers.«

Daß als gewaltfrei geltende Formen von Herrschaft dies nicht sind, und daß die milden Zwangsmaßnahmen sich mit der Erinnerung an drakonische verbinden, meinen auch Sie, wenn Sie schreiben: »Die Vorstellung, es gebe einen Fortschritt von repressiven zu integrativen Herrschaftsstrategien ist bereits dann falsch, wenn nicht mitbedacht wird, daß die zeitliche Sukzession eben keine Trennung, sondern eine Verbindung bedeutet. Allein den Gedanken zuzulassen, integrative Strategien würden immer 'vor dem Hintergrund' (und sei es auch nur im eingeschränkten Sinn einer zeitlichen Abfolge) repressiver verfolgt, führt bereits zu einem anderen Verständnis gesellschaftlicher Abläufe. Und dieses Verständnis könnte dazu anleiten, die gesellschaftlichen Drohpotentiale zu entziffern.« (S.19)

Schon im Jargon aber, den Sie benutzen, liegt ein Unterschied, der keineswegs bloß ein stilistischer ist, sondern den Gedanken selber betrifft. Richtig ist er bei Adorno, weil aus der Erkenntnis zugleich deren Evidenz spricht: Es ist nicht nur so, sondern daß es so ist, ist obendrein sonnenklar. Jeder weiß das, und gerade weil jeder den Schwindel von der Gewaltfreiheit halbwissend durchschaut, funktioniert er überhaupt. Fragwürdig wird der Gedanke bei Ihnen, weil er mit dem Anspruch auftritt, Exklusivität zu besitzen. Die Formulierung suggeriert, seine Hervorbringung wie sein Verständnis würden erheblichen Aufwand an einem Vokabular erfordern, das als Ausweis sozialwissenschaftlicher Fachkompetenz gilt und wohl eher dem unreflektierten Bedürfnis entstammt, umso mehr von Strategien redenzu wollen, je weniger die Branche noch eine Perspek-tive hat. Sie erscheint mir beherrscht von der Hem-mung, das Vorbereitungsstadium je zu verlassen. Sie ängstigt sich vor dem Punkt, wo die Dinge so klar erkennbar sind, daß praktische Konsequenzen gezogen werden müßten, weil dies der Punkt zu werden verspricht, wo sie einpacken kann: Man weiß alles, aber das ändert nichts, und die ganze Denkerei, Marx inclusive, war für die Katz - ein Zeitvertreib, und nicht mal ein spaßiger, sondern ein elend anstrengender obendrein. Das Denkverbot wird dann zur Voraussetzung der Denktätigkeit selber, insofern diese nie zu einem Resultat führen darf.

Die Form des Denkverbots ist der ewige Aufschub, und mir scheint, als werde auch Ihr Programm von diesem Formgesetz geprägt, dem freilich schwer zu entkommen ist, wenn man heute überhaupt noch Forschungspläne schmiedet, was sich wiederum nicht immer vermeiden läßt. In der zitierten Passage jedenfalls ist die Erkenntnis eigentlich keine, denn sie wird - durch die Diktion und den Verweis auf die Möglichkeit bloß zeitlicher Sukzession ohnehin schon gemildert - sofort zur Prämisse oder Arbeitshypothese relativiert. Sie soll zu einem »anderen Verständnis gesellschaftlicher Abläufe« führen, und dies Verständnis wiederum soll »dazu anleiten, die gesellschaftlichen Drohpotentiale zu entziffern«, die Erkenntnis ist nur Vermittlungsglied in einer unendlich langen Kette. Von der methodischen Fragwürdigkeit der infiniten Vertagung und Vertröstung abgesehen, ergibt sich daraus die folgenschwere Vertauschung von Ursache und Wirkung. Mit den gesellschaftlichen Drohpotentialen, die es erst noch zu entziffern gälte, können Sie nicht die offensichtlichen meinen - Polizei, Militär und die Fernsehbilder von den irakischen Kurden oder aus Äthiopien. Gemeint können damit nur der Erinnerung entstammende Vorstellungen sein, wie sie sich Adorno zufolge etwa mit dem Bild des Lehrers verbinden. Eine wirkliche Bedrohung aber stellen solche Vorstellungen nicht dar, und sie besitzen auch kein Eigenleben, weshalb Adorno im Unterschied zu Ihnen nicht die Bewußtwerdung der Ängste, sondern die praktische Abschaffung von deren Ursache fordert, die nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart liegt: Das Bild vom Lehrer werde sich erst ändern, »wenn das Prügeln bis in die letzte Erinnerungsspur hinein aus den Schulen verschwunden ist«. Nicht deshalb, weil es früher mal den Henker gegeben hat, erinnert uns der Lehrer an ihn, sondern weil wir in einer Gesellschaft leben, wo ein paar Fünfen im Zeugnis für manchen Schüler das Todesurteil bedeuten.

Statt die Macht, welche vergangener Schrecken über uns besitzt, als eine ihm von den gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen verliehene zu betrachten, setzen Sie diese Macht absolut. Die Gegenwart verliert daher jede eigene Qualität, sie löst sich auf in eine Vielzahl einander überlagernder und fortwirkender Traumata, aus deren Abfolge Ihrer Meinung nach die Geschichte besteht. Kein Wunder daher, daß die Gegenwart nicht besonders zu interessieren

scheint. Jedenfalls versucht im ganzen Band keiner zu sagen, welche Rolle die Folter denn nun heute eigentlich spielt. Sie schreiben auf S.25: »*Nunca Mas* - in der Übersetzung *Nie wieder* - ist eines jener Dokumente, aus denen spätere Historiker die Signatur unseres Zeitalters lesen werden.« Nun mag das 20. Jahrhundert auch eines der Folter sein, aber gerade dadurch unterschiede es sich von anderen nicht, differentia spezifica ist vielmehr die Massenvernichtung. Im Nationalsozialismus ist die Folter nicht die Hauptsache, sondern die Begleiterscheinung. Auf ganzer Linie wieder durchgesetzt hat sie sich bislang nicht. Die Nazis sind gescheitert, ebenso die Militärregimes in Griechenland, Chile und Argentinien. Der Folter haftet *noch* das Rückständige der Gebiete an, wo sie die Regel ist - Afrika, arabische Länder, wohl in der ganzen Dritten Welt. Könnte sich das ändern? Anders gefragt: Warum wurde die Folter im 18. Jahrhundert abgeschafft? Sie sagen, aus der Abschaffung der Folter bezöge die bürgerliche Gesellschaft ihre Legitimation. Das mag eine zutreffende Tatsachenbehauptung sein, erklärt aber rein gar nichts. Warum waren die Bürger auf eine Legitimation so versessen? Warum haben sie gerade diese gewählt? Sie sagen: Weil die bürgerliche Gesellschaft die erste auf Konsens basierende ist. Das ist mit Sicherheit falsch. Alle Gesellschaften brauchen als Kitt das Einverständnis der Beherrschten mit ihren Beherrschern, überall und immer gab es das, nie war Herrschaft von einiger Dauer nichts weiter als rohe, unmittelbare Gewalt. Was sich mit dem Übergang zum bürgerlichen Zeitalter ändert, ist, daß aus dem Leibeigenen der freie Lohnarbeiter wird. Für den Herrn bedeutet das die Emanzipation von der Pflicht, gleich den ganzen Menschen zu kaufen, ihn zu versorgen, zu ernähren, unterzubringen, zu kontrollieren, wo er doch nur einen Teil von ihm braucht, nämlich seine Arbeitskraft. Es entfällt sozusagen die menschliche, körperliche Nähe zwischen Herr und Knecht. Diese Distanz - nach Fabrikschluß braucht mich das Schicksal meines Untergebenen nicht mehr zu interessieren - bleibt auch im Falle von Bestrafungen gewahrt: Man darf den Übeltäter einsperren, aber direkt auf die Pelle rücken darf man ihm nur, wenn er körperlichen Widerstand leistet. Man bekommt auf diese Weise fast eine sehr einfache formelle Definition von Folter: Folter ist, wenn ich jemandem gegen seinen Willen bis an die Haut gehe. Ich darf ihm verordnen, welche Kleidung er tragen und wo er wohnen muß, aber einen Millimeter muß ich immer wegbleiben von seiner Haut, denn die Person in ihrer ganzen Leibesfülle hat mich nicht zu interessieren. Die körperliche Untersuchung Gefangener gegen ihren Willen stellt insofern bereits einen Grenzfall dar, und sie wird auch als solcher empfunden.

Folter wäre also ein Verstoß gegen das Prinzip, auf dem die freie Lohnarbeit beruht. Außerdem ist sie nach dessen Maßgabe überflüssig, ja unmöglich. Man braucht den Arbeiter nicht zu foltern, und man kann es nicht, weil er das Verbrechen, weswegen gefoltert wird, nicht begehen kann. Er kann es nicht begehen, weil keiner von ihm Treue, Gehorsam und Liebe verlangt. Er soll nicht dienen, sondern er soll arbeiten, und er soll es nicht aus Liebe und Gehorsam tun, sondern für Geld. Er hat also gar keine Gelegenheit, sich dem persönlichen Willen eines Herrn zu widersetzen. Früher: ‘Wenn du dich nicht von mir beherrschen läßt, d.h. mir freiwillig gehorchst, werde ich dich vernichten.’ Jetzt: ‘Wenn du nicht arbeitest, interessierst du mich nicht; schau zu, wo du bleibst.’ Kurz: Sklaven werden im Falle von Ungehorsam ausgepeitscht, Frauen und Kinder werden geschlagen, der Arbeiter wird einfach entlassen. Im Unterschied zu Ihnen glaube ich - nicht nur deshalb, sondern weil viele Beobachtungen dies bestätigen , daß unter dem Kapitalverhältnis die Hauptangst nicht die vor der Folter, sondern die vorm Verhungern ist.

Die Praxis, besonders auf Polizeiwachen beim Verhör, sah dann ein bißchen anders aus, aber sie kam der Theorie wohl doch recht nahe, d.h. wo das Kapital sich durchsetzen konnte, wurde die Folter zu einer Randerscheinung. Sie taucht wieder auf, wo das Kapitalverhältnis in die Krise gerät, die Arbeiter sich in Unterstützungsempfänger und dann in Gefolgschaft verwandeln. Früher: Lohnarbeit und Kapital. Dann: Führer und Gefolgschaft. Es wird ein Herrschaftsverhältnis wiederhergestellt, wie es freilich auch in der bürgerlichen Gesellschaft nie wirklich überwunden war, weil die bürgerliche Gesellschaft Institutionen brauchte, die nicht nach dem Tauschprinzip funktionierten, sondern nach Gehorsam, Liebe und Treue verlangten, wie Familie, Militär, Staat. Dort hatten sich folterähnliche Praktiken, Rituale etc. erhalten können, nun breiten sie sich aus. Zunächst ist die Folter dann übrigens eine interne Angelegenheit, weil das Verhältnis von Führer und Gefolgschaft auf kleine Gruppen begrenzt ist. Erinnern Sie sich noch an die Wehrsportgruppe Hoffmann, und wie von Mitgliedern dieser Gruppe ein vermeintlich oder wirklich abtrünniges Mitglied in Beirut gefoltert und ein anderes durch Folter umgebracht worden war? Die Folter setzt eine bestimmte Art von Herrschaftsverhältnis voraus, und zunächst wird dieses Herrschaftsverhältnis nur für die Gruppe selber reklamiert, der Rest der Bevölkerung wurde gewissermaßen noch gar nicht in den Gefolgschaftsrang erhoben. Sie ist so uninteressant, wie für die folternden Christen wohl die richtigen Andersgläubigen anderswo waren.

Was passiert nun, wenn wie im Nationalsozialismus die Bevölkerung in den Gefolgschaftsrang erhoben wird? Wiederholt die Geschichte sich einfach und setzt das Foltern in großem Umfang wieder ein? Es scheint doch, als wäre dies nicht der Fall, als vertrüge sich das nicht mit dem erreichten Niveau der Massenproduktion. Über der Folterkammer könnte ein Schild stehen: »Hier werden Sie noch individuell bedient. Nur Maßarbeit, nichts von der Stange.« Die Entwicklung im Dritten Reich zeigt doch aber, daß solcher Luxus heute anachronistisch ist, die zeitgemäße Variante dessen, was einmal Folter war, ist die Massenvernichtung, bei welcher die alte Drohung ‘Wenn du dich nicht von mir beherrschen läßt, werde ich dich vernichten’ absolut wörtlich zu nehmen ist - deshalb auch, weil die Herrschaft diesmal nur vernichten kann, weil sie mißlingen muß. Die Naivität, wo fromme Leute an den lieben Gott und ihren König glaubten, ist für immer vorbei, die

kehrt nicht zurück. Jeder Glaube an den Führer oder Heilsbringer ist notwendig einer wider besseres Wissen. Der Führer weiß das. Er muß seine Untertanen vernichten, da sie ihm nicht so treu sein können, wie er es als Herrscher von ihnen verlangen muß. Die neueste Variante der Massenvernichtung könnte darin bestehen, einfach auf friedlichem Weg alle Produktions- und Verteilungsapparate zu zerschlagen. Das sind so die Zukunftsaussichten, denke ich, wenn die Geschichte ihren logischen Gang weitergeht, wie sie das ja auf dem Balkan und in der Sowjetunion nun mit Riesenschritten tut.

Wolfgang Pohrt schrieb in KONKRET 3/91 über die allgemeine Entwicklung, die den Nachfolgestaat des Dritten Reiches wieder an die Macht brachte

Jan Philipp Reemtsma

Lieber Wolfgang Pohrt -

er wählt »aus allen möglichen Standpunkten sorgfältig denjenigen, aus dem ihm der Gegenstand schief vorkommen muß, und macht sich dann recht herzlich lustig darüber, daß das Ding so schief ist!«, so hat Wieland einmal einen prominenten Kritiker charakterisiert, und das Zitat ist mir bei der Lektüre Ihrer Kritik ein paarmal durch den Kopf gegangen. Ich muß also auf zweierlei eingehen: auf Ihre Kritik dessen, was an meiner Einleitung Ihrer Ansicht nach falsch ist, und darauf, was Ihrer Ansicht nach falsch ist, aber nicht, oder jedenfalls *so* nicht in dem Text steht. Ein Beispiel für letzteres: Wenn Sie einen Widerspruch festzustellen meinen zwischen der Behauptung, internationale Vergleiche über die Methoden der Rekrutierung und Ausbildung von Mördern und Quälern seien notwendig, und der anderen, daß es nicht um eine »weltweite ‘Bestandsaufnahme’« gehen solle, dann ist in der Einleitung von ganz verschiedenen Sachen die Rede: Im zweiten Satz ist nämlich die Auflistung alles dessen gemeint, was in der Gegenwart wo geschieht (das macht amnesty international, und wer Vergleichbares in diesem Buche finden wollte, suchte vergeblich). Von solchen Ungenauigkeiten gibt es in Ihrer Kritik mehr, aber ich will der Sache und ein wenig auch der Geduld derer wegen, denen unser Briefwechsel als Lektüre zugemutet wird, mich nicht an solchen Details aufhalten.

Die Grundlinien Ihrer Kritik möchte ich so zusammenfassen: Der Band sei zunächst einmal geschmacklos, sein Umgang mit dem Gegenstand unangemessen. Das sei nicht von ungefähr, sondern ergebe sich aus: a) der Tatsache, daß »Sozialwissenschaften« sowieso nichts taugen, und b) aus der Tatsache, daß Folter eben kein Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Analyse sein könne, selbst *wenn* diese zu etwas nütze wäre, denn der Zusammenhang zwischen dem Herrschaftsmittel Folter und dem Begriff wie der Gegenwart von (bürgerlicher) Herrschaft heute sei in meinem Aufsatz begrifflich unklar, und nicht nur das, sondern auch falsch. Das alles zusammen ist fast zuviel, und ich dachte Sätze wie: »Er irrt sich nicht nur, sondern auch über ganz falsche Sachen und zum falschen Zeitpunkt.«

Zunächst zur ästhetischen und moralischen Zulässigkeit einiger Sätze in diesem Buch - »Schon der Titel wundert mich. Wie kann man...?« Ja; wie kann man. Wie sollte man können. Oder darf man nicht? Wie soll man so ein Buch nennen? Eigentlich wollte ich es so nennen, wie ich dann die Einleitung genannt habe: »Wir sind alles für dich«, aber man hat mir abgeraten, und wenn ich mir die möglichen Kommentare und Mißverständnisse vorstelle, die das hätte auslösen können, zurecht. Nun heißt das Buch bloß »Folter« und im Untertitel »Zur Analyse eines Herrschaftsmittels«. Sie sagen, so einen Untertitel kann jede beliebige Abhandlung über jeden beliebigen Gegenstand haben. Ja. Darum habe ich ihn gewählt. Um darauf hinzuweisen, daß Folter *auch* wie ein anderes Herrrschaftsmittel verstanden und analysiert werden *kann*. Daß es nicht zulässig ist - und zwar moralisch nicht und nicht ästhetisch - *nur* das zu tun, weiß ich wohl, und ich habe mich bemüht, dieser Einsicht als Autor in drei Beiträgen des Buches auch sprachlich Ausdruck zu geben. Nun kann man sich natürlich lange darüber streiten, in welchem Umfange das gelungen sei, aber Ihre Kritik ist von grundsätzlichererArt. Sie sagen, die Verbindung von Thema und sozialwissenschaftlichem »Jargon« sei in jedem Falle unzulässig. Aber Jargon spreche ich nicht, sondern ich bediene mich, je nach dem, worum es mir geht, bestimmter Vokabeln, und die sind kein Spiegel, sondern ein Werkzeug. Ihre Tauglichkeit mißt sich am Resultat. Aber Sie kritisieren nicht Resultate, sondern Sie sagen, daß aus der Sache nichts geworden sei, weil aus ihr nichts hätte werden können, denn ein Thema wie Folter dürfe nicht zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Untersuchung gemacht werden, weil »die Sozialwissenschaften« an sich eine ärgerliche Veranstaltung sind, der man allenfalls gleichgültige oder ähnlich ärgerliche Veranstaltungen wie sie selber sind, überlassen darf (z.B. »Wissenssoziologie«).

Auch hier bin ich geneigt, die Angelegenheit pragmatischer zu sehen. Nicht erst die bürgerliche Gesellschaft leistet sich den merkwürdigen Luxus, Menschen dafür auszuhalten, öffentlich nachzudenken. Dieses Nachdenken ist weder so sehr »nur der Wissenschaft verpflichtet«, wie dies die Mitglieder der Zunft wollen, noch so sehr bloße »Kopflangerei«, wie Brecht im »Tui«-Roman behauptete. Ferner ist es weder so gut, wie die glauben, die dafür und reichlich bezahlt werden, noch so schlecht, wie diejenigen, die den Betrieb nur als eine Versorgungseinrichtung von Nichtsnutzen ansehen, meinen. Der Betrieb - der ja eben nicht nur aus den Universitäten, sondern auch aus dem Buch- und

Zeitschriftenmarkt/Film/Funk/Fernsehen usw. besteht, erzeugt bzw. zeigt sowohl die seltsamste Lachnummer als auch einen Marx oder Horkheimer, genauso wie Max Weber oder Karl Mannheim oder sagen wir mal: Bazon Brock.

Interessanterweise haben drei Formulierungen Sie besonders geärgert. Einmal die Rede von der »Herrschaft des Menschen über den Menschen«, die Sie zurecht einen Pleonasmus nennen, dann die Erwähnung der von mir »klassisch« genannten Frage »Wer? - Wen?« in einem Satz, den Sie »Verlegenheitssatz« nennen, schließlich »Die Welt beschreiben, wie sie ist, damit sie verbessert werde«, woran sie anschließen: das werde ein verdammt dickes Buch sein müssen, das sich die ganze Welt vornehme. Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, daß Ihnen im zweiten Beispiel die Lenin-, im ersten und dritten die Marx-Anspielung nicht aufgefallen ist. Daß die Philosophen die Welt nur verschieden interpretiert hätten, es aber darauf ankömme, sie zu verändern - nun, an *dieser* Stelle *nicht* Gesellschaft/Staat/Kapital einzusetzen, verbietet mir mein philologisches Gewissen. Was der Satz andeuten soll (an anderer Stelle wird es ja noch einmal deutlicher wiederholt), ist, daß auch in einer Theorietradition, die sich unter anderem von Marx herschreibt, die »Welt« nicht zureichend beschrieben worden ist. Die Pointe des Satzes ist nicht die Einkleidung in die elfte These ad Feuerbach, sondern die Stelle, an der das Zitat durchbrochen wird: »wie sie ist«. Die Änderung des Schlusses (»verbessert«, statt »verändert«) mögen Sie für resignativ halten, aber die Beschäftigung mit dem Thema bringt es mit sich, die große Bedeutung kleiner Verbesserungen, etwas »weniger Grausamkeit«, schätzen zu lernen.

Damit hängt zusammen, daß ich den Unterschied von »beschreiben« und »analysieren« für nicht sehr groß halte. Ich meine nicht, daß es viel »hinter« den Gegebenheiten zu erkennen gibt. Es gibt weniger Geheimnisse als man meint, und darum ist die »richtige Theorie« auch keine so welterschütternde Angelegenheit. Aber sehr oft wird *an der Oberfläche* nicht zusammengebracht, was zusammengebracht werden müßte, um ein richtiges Bild zu ergeben. Ich meine darum, daß Theorie, die kein deiktisches Element enthält, nicht viel taugt, anders gesagt: daß eine Analyse, die keine *bessere Beschreibung* »der Welt« ist, d.h. mir entweder Dinge zeigt, die ich vorher nicht gesehen habe, oder Zusammenhänge erwähnt, an die ich vorher nicht gedacht habe, leeres Gerede ist.

Aber Ihrer Meinung nach gibt es nichts zu sagen über die Folter, jedenfalls nichts, was über die Bestandsaufnahme von amnesty international hinausginge, allenfalls etwas, das Anleitung zum Tun resp. Tätlichwerden wäre. Denn darauf hinzuweisen, daß Folter etwas Scheußliches ist, braucht man wohl kaum, - wer erst meinen Hinweis brauchte, um das einzusehen, der würde es wohl auch dann nicht begreifen. Es bliebe also nur: Schweigen. Nun habe ich in der von Ihnen kritisierten Einleitung an einigen Beispielen gezeigt, wie in den Sozialwissenschaften und der Geschichtsschreibung dann, wenn es der Gegenstand erforderte, über Formen extremster Gewalt zu sprechen, das Schweigen ausbricht. Ich habe vorgeschlagen, dieses gewissermaßen stellvertretende Schweigen als eine vermittelte Wirkung des Terrors selbst zu verstehen. Und ich habe weiter vorgeschlagen, darüber nachzudenken, ob nicht im Medium dieses beredten Schweigens die Wirkung des Terrors weiterlebe. Die Vehemenz Ihrer Kritik, die im Grunde auf nichts weiter hinausläuft als darauf, um Schweigen zu bitten, scheint mir vor dem Hintergrund dieser in der Einleitung ausgeführten Gedanken vor allem ein Symptom zu sein. Aber mit solcher Deutung ist man oft zu schnell bei der Hand, und vorerst will ich noch einiges zu Ihren Argumenten sagen.

Daß Einwände wie die Ihren zu erwarten sein würden, habe ich gewußt und darum geschrieben, wie zitiert: »Entweder ist es überhaupt frivol, sich angesichts menschlichen Elends mit Theorien über dieses Elend die Zeit zu vertreiben - und das ist es natürlich einerseits immer , oder man hält am Anspruch sozialwissenschaftlichen Bemühens fest, die Welt zu beschreiben, wie sie ist, damit sie verbessert werde: Dann wird man der Disziplin ‘Ökonomie’ nicht verwehren wollen, sich den Hunger zum Gegenstand zu machen, und der Analyse menschlicher Machtverhältnisse nicht die Folter.« Sie antworten, daß Ihnen keine »Theorie des Elends« bekannt sei. Allerdings habe ich von einer solchen auch nicht gesprochen. Ich habe vom Hunger als möglichem Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Disziplin ‘Ökonomie’ gesprochen, nicht etwa von einer »Theorie des Hungers«. Ich habe darum nicht gesagt, eine Theorie sollte »einfach vom Elend handeln«. Wenn ich etwa zu zeigen versuchte, wie bestimmte Versorgungspannen und damit Hungerkatastrophen vermieden werden könnten, oder wenn ich zu zeigen versuchte, daß bestimmte ökonomische Verhältnisse Hungerkatastrophen nicht bloß nicht verhindern können, sondern sie produzieren, dann sind der Gegenstand meines Theoretisierens der Hunger *und* die Verhältnisse, die ihn produzieren. Aber es ist doch Unsinn zu sagen: Es ist *nicht* der Hunger, *weil* es die Verhältnisse sind, die ihn produzieren. Ich habe nicht geschrieben: »Theorie der Folter«, sondern: Gegenstand von Theorien über menschliche Machtverhältnisse muß auch die Folter sein. Weil *ich* es für frivol halte, Theorien über Herrschaftsverhältnisse zwischen den Klassen, den Geschlechtern, zwischen Menschengruppen, die die jeweils Herrschenden »Rassen« nennen, aufzustellen, genau dann aber schweigen zu wollen, wenn diese Herrschaftsverhältnisse anfangen, auf ganz besonders abscheuliche Art blutig zu werden. Sie aber sagen: Zur Analyse taugt das nicht, an einem Verhungernden ist nichts zu analysieren. Sicherlich nicht. Darum habe ich sowas auch nicht vorgeschlagen. Aber aus dem Satz, Gegenstand der Theorie sei nicht »das Elend selbst«, sondern die Verhältnisse, die es produzieren, folgt keineswegs, daß nun umstandslos klar wäre, was denn dazugehört, wenn man »die Verhältnisse« sagt, und was nicht.

Um diese Frage geht es unter anderem in meiner Einleitung. Ich weise darauf hin, was »dazugehört«, wenn man Machtverhältnisse analysieren *und nicht verschweigen* will, daß zu ihnen die Folter gehört. Zunächst einmal muß man dort

hinsehen, wo diejenigen, die da so beredt schweigen, nicht hinsehen wollen. Das alles natürlich unter der Voraussetzung, daß man das Theoretisieren über Gesellschaft überhaupt für etwas Sinnvolles hält. Wenn nicht, dann braucht man nicht weiter zu reden, gewiß. Sie würden einwenden, das komme ganz darauf an. Meine Einleitung schlage ein »Forschungsprogramm« vor, das nichts sei als der unendliche Aufschub. Aufschub aber wovon? Ich sage doch nicht: Wenn erst mal alles erforscht ist, dann ist alles so klar geworden, daß man frisch und beherzt ans Handeln gehen kann. Aber genau so naiv ist die Vorhaltung, solche Theorie diene als Ersatzhandlung. Sozialwissenschaften sind politischem Handeln nicht vorgeordnet, sondern sind ein Aspekt politischen Handelns und, je nachdem, genauso dumm oder klug, korrupt oder mutig. Revolutionstheorien gehen nicht Revolutionen voraus, sondern entstehen in revolutionären Situationen, manchmal sogar in revolutionären Bewegungen, öfter nebenher. Gesellschaftstheoretische Überlegungen, die auch über das Herrschaftsmittel Folter sprechen, sind nicht die Voraussetzung für die Abschaffung der Folter, sondern gehören zu den politischen Bestrebungen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse weniger grausam machen wollen. Die Blindheit der Sozialwissenschaften gegenüber den Phänomenen der Grausamkeit ist wiederum Teil einer entsprechenden politischen Blindheit.

Aber Sie halten mir ja nicht nur eine Flucht in die endlose Theorie vor, sondern auch eine aus der Gegenwart: »Statt die Macht, welche vergangener Schrecken über uns besitzt, als eine ihm von den gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen verliehene zu betrachten, setzen Sie diese Macht absolut. Die Gegenwart verliert daher jede eigene Qualität, sie löst sich auf in eine Vielzahl einander überlagernder und fortwirkender Traumata, aus deren Abfolge Ihrer Meinung nach die Geschichte besteht.« Woher denn. Kein Wort davon steht in meinem Text. Allerdings behaupte ich, daß die Gegenwart nicht nur aus sich heraus verstanden werden kann, sondern daß man sie *auch* verstehen muß als Resultat ihrer Vorgeschichte. Das ist nun an sich kein besonders origineller Gedanke, und angreifen können Sie ihn nur, nachdem Sie ihn entsprechend schief angesehen haben: als behauptete ich, es *reichte aus*, daß der von Adorno genannte Lehrer uns an den Henker erinnerte. Selbstverständlich funktioniert dieses »Zitat« nur, wenn der Zitierende selber mit Macht ausgestattet ist. Selbstverständlich wird man den Schrecken erst dann los, wenn der Terrorisierende entmachtet ist. Aber gleichwohl agiert er *auch* vor dem Hintergrund der Geschichte der Gewalt, und man sollte Marx' Satz, daß die Geschichte der voraufgegangenen Geschlechter *»wie ein Alb«* auf der Gegenwart laste, nicht vorschnell beiseite schieben. Wenn man die Geschichte der Schreckensverbreitung ansieht (und man sieht sie nur, wenn man genau sieht, auch im Detail), erkennt man, daß der Schrecken nicht mit der begangenen Tat beendet ist. Kollektive haben ihre Biographien wie Individuen, und vergangene Erlebnisse wirken fort. Aber damit ist keineswegs gesagt, die Gegenwart bestünde *nur* aus solchen verkapselten, gleichwohl virulenten Erinnerungen. Nur weil sie eben *auch* daraus besteht, ist es wichtig, sie zu verstehen. - Ich möchte hier eigentlich einhalten, denn in der Einleitung, vor allem in den anderen Aufsätzen des Buches, steht eine ganze Menge mehr, und ich möchte den Eindruck vermeiden, es ginge in ihm vor allem um die Explikation dieses *einen* Gedankens.

Es geht in dem Buch ausschließlich um das, was, glaubte man Ihrer Kritik, fehlt: die Gegenwart. Sie verwenden in Ihrer hypothetischen Kurzrezension den Ausdruck »damals«, und der ist für mich zu einem Signal geworden. »Häßliche alte Geschichten« schreiben Sie, und: »aufwärmen«. Das ist eine Sprache, die ich recht gut kenne aus vielen Versuchen, extreme Gewalt, zum Beispiel Folter, zu etwas zu machen, das von uns durch eine Zeitschranke getrennt sei. Das war »damals«. Es bedeutet nichts mehr. Die Gefahr ist sozusagen gebannt. Denn eigentlich, nicht wahr, ist Folter und sowas überhaupt eine vor allem unangenehm anachronistische Angelegenheit, rückständig irgendwie. Handarbeit. Nicht up to date, nicht eigentlich zu erwarten. Ja, überall dort, wo Herrschaftsverhältnisse irgendwie »persön-lich« sind, mag sie vorkommen, aber nicht im versachlichten und versachlichenden Kapitalismus. Folter setzt Interesse am Individuum voraus, das aber kommt im Kapitalverhältnis nicht vor. Sie sagen das ausführlicher, aber im Grunde ist es das, und es klingt zunächst sehr plausibel. Die Plausibilität beruht aber auf zwei Denkfehlern, die, so meine ich, daher rühren, daß Sie sich mit dem leidigen Gegenstand nicht befassen, und darum nichts weiter tun, als ausführlich zu begründen, warum Sie sich mit ihm nicht befassen *möchten*.

Der erste Denkfehler wird aus Ihrer Frage deutlich, was die Folter denn nun sei, Herrschaft oder Herrschaftsmittel? Beides natürlich. Die Folter ist totale Unterwerfung eines Menschen, totale Herrschaft über ihn. So sage ich, wenn ich auf die Individuen sehe, die Folter erleiden. Wenn ich sage, daß Folter ein Herrschaftsmittel ist (oder eine Technik, um Herrschaft zu errichten oder zu sichern), dann sehe ich auf das Kollektiv, das in Angst und Schrecken versetzt werden soll. Wenn Sie (und es gibt einen langen Aufsatz im Buch, der u.a. davon handelt, wie einem Bilder der Vergangenheit den Blick für die Gegenwart verstellen können) nur an den Sklaven denken, der individuell zur Raison gebracht werden soll, haben Sie recht. Schon nicht mehr, wenn Sie an das öffentliche Zutodequälen von Sklaven denken - da war die gesamte Klasse gemeint. Wenn Sie an den Einzelnen denken, den sich der Inquisitor vornimmt, ist es plausibel, anachronistisch-umständlich zu finden, Abtrünnige einzeln in die Gemeinschaft wieder hineinfoltern zu wollen. Nicht jedoch, wenn Sie an die politische Macht denken, die sich die Kirche durch die Einrichtung der Inquisition erhielt. Und auch wenn Sie auf die Massenvernichtungen der Nationalsozialisten zeigen, haben Sie nicht recht (ganz abgesehen davon, daß die Shoa nicht aufgeht in dem Modell, das Sie skizzieren). Die Vernichtungslager waren nicht nur Stätten des Mordes, sondern auch der

permanenten Quälerei. Sie kennen die Berichte, ich brauche das doch hier nicht zu wiederholen. Es ist unmöglich, eine so große Menge Menschen über Monate, Jahre hinweg in Lagern zu halten und zu ermorden, wenn man sie nicht bedroht, und eine Drohung, die bei einem, der zum Tode »verurteilt« ist, wirken soll, muß eine sein, die mit Schlimmerem droht, als es der Tod ist. Ohne die permanente Anwendung des »Herrschaftsmittels Folter« hätte das Massenvernichtungsprogramm nicht durchgeführt werden können. Das wissen Sie so gut wie ich, wie jeder, der auch nur *ein* Buch über die Wirklichkeit der Lager gelesen hat. Für den Einzelnen ist die Folter meist Sanktion für real oder unterstellt Begangenes, auf das Kollektiv zielt sie als Prävention. Und Prävention antwortet auf eine vorgestellte Bedrohung, die die Folter dann durch ihre Anwendung bestätigt. Dort verwischt sich wieder der Unterschied zwischen »Zweck« und »Mittel«.

Der zweite Denkfehler ist aus Ihrem Argument, warum es unsinnig sei, Folter überhaupt als Herrschaft zu bezeichnen, herauszulesen. »Warum soll Folter totale Herrschaft sein? Herrschaft ist doch, wenn einer tut, was ich will. Aber kann denn der Gefolterte noch tun, was ich will?« Nun, wenn ich von vornherein »Herrschaft« auf *diese* Weise definitorisch einenge, kann ich so reden, aber alles weitere folgt dann nicht aus der Qualität der Definition, sondern nur daraus, daß sie einmal in den Text geschrieben ist. Der Unterschied aber ist interessant. Sie definieren: (Totale) Herrschaft ist, wenn er (alles) tut, was ich will; ich definiere: Herrschaft besteht in dem Grade, wie er seinen Willen nicht gegen den meinen setzen kann. Interessanterweise verträgt sich Ihre Definition mit einem Satz wie: »Herrschaft übt aus, wer freiwillige Gefolgschaft erhält«, oder: »Herrschaft ist, wenn einer meiner Bitte nachkommt«, und so weiter. So kann man, wenn man Max Webers Definitionen verwässert (er spricht immerhin noch von »Befehl« und »Gehorsam«, aber dann wird es etwas undeutlich), weitermachen und schließlich irgendwo landen bei »positiver Rückkopplung intentionaler Akte meinerseits«. Aber wo wären Sie da gelandet? Doch da landet man, wenn man Herrschaft nur über's Habenwollen bestimmt. Im »Faust II« waren's noch drei Gehilfen des Teufels, zwei haben Sie unterschlagen.

Der Denkfehler wird zum einfachen Irrtum, wenn Sie zur Verdeutlichung Ihres Argumentes die »schöne Sklavin« und den »Herrscher, der sie raubte« heranziehen. Es gibt hier und da das, was Sie da beschreiben, aber es ist bei der Vergewaltigung nicht die Regel. Vergewaltigungen sind - ich glaube, man kann sagen: meistens - keine »Mittel zum Zweck«, also häßliche Mittel, um den Zweck der sexuellen Befriedigung, gegen den an sich nichts zu sagen wäre, zu erreichen. Sie sind Unterwerfungen, und ihr Ziel ist die Unterwerfung. Es gibt Vergewaltiger, die sagen, die Sexualität sei ihnen dabei eigentlich eher lästig, Mittel zum Zweck eben. Ich sage nicht, daß über dieses Beispiel Herrschaft definiert werden sollte, wohl aber, daß mir ein Begriff von Herrschaft seltsam vorkäme, der es definitorisch ausschlösse.

Darüber hinaus taugt das Beipiel dazu, den Verdacht zu nähren, daß Unterwerfungshandlungen wie eben auch die Folter nicht wirklich verstanden werden, wenn sie *nur* als Mittel zu einem Zweck, der gänzlich außer ihnen selbst besteht, aufgefaßt werden. Ich meine nicht irgendwelche Vermutungen, daß es eben in der Natur des Menschentieres liege, zuweilen auch grausam sein zu können und Spaß daran zu haben. Das ist zwar so, aber keine Erkenntnis, die sonderlich weit führt. Denn in der gesellschaftlichen Grausamkeit (im Unterschied zu »animalisch« anmutender) geschieht Schrecklicheres als geschähe, wenn sich nur ein paar Menschenbestien austobten, und es geschieht mit Fleiß, Überstunden werden gemacht und abgerechnet, kurz: Der Psychologe würde nicht von triebgeleiteter, sondern von triebkontrollierter Grausamkeit sprechen. Diese »kalte« Grausamkeit haben Sie bei den Bildern, die Sie von der Folter entwerfen, nie vor Augen. Sie verbinden den Gedanken an die Folter stets mit hoch-affektiven Beziehungen, mit Herrschaftsverhältnissen, die fast die Konnotation »privat« haben. Wo in der Folter solche Elemente auftreten, bedürfen sie aber einer ganz anderen Analyse, die das Private in einer Gesellschaft, von der fraglich ist, ob sie diese Dimension überhaupt noch erträgt, beträfe.

Aber das führt zu weit von unserer Kontroverse ab. Der wirkliche Unterschied in unseren Auffassungen ist, daß Sie an einem Verständnis von gesellschaftlichen Handlungen festhalten wollen, das eindeutig zwischen Zwecken und Mitteln, und zwar in einer ganz bestimmten Weise, zu unterscheiden erlaubt: Die Zwecke bestimmen die Tauglichkeit der Mittel, stehen mehrere Mittel zur Auswahl, so ist das zweckmäßigere das, was weniger Umstände macht. *Und* das, was weniger grausam ist. Diese Annahme spiegelt aber nur das Selbstbild des Menschen, das die bürgerliche Gesellschaft hervorgebracht hat - es ist das Bild einer von direktem Zwang möglichst weitgehend befreiten Gesellschaft. Dieses Bild möchten Sie weiter ausmalen und tun es con amore. Es ist aber, auch wenn das Resultat der Malerei schön düster ausfällt, ein falsches. Wie sehr dieses Selbstbild Selbsttäuschung ist - und zwar bereits dann, wenn man »nur« auf die Geschichte der Folter blickt , können Sie im Buch nachlesen, weshalb darin natürlich nicht die Rede davon ist, die bürgerliche Gesellschaft beruhe auf Konsens, wie Sie in Ihrer Kritik unterstellen. Sie beruht nicht darauf, sondern auf, um das Ihnen so unbehagliche Adorno-Zitat zu wiederholen, der »wenn auch vielfach vermittelten Drohung mit körperlicher Gewalt«. In der Tat unterscheidet sich die bürgerliche Gesellschaft (oder »die Moderne«) darin *nicht* von voraufgegangenen Gesellschaften, aber das gilt es zu betonen, weil das Bild, das sie - in Ihrer Kritik erneut - von sich entwirft, diesen Unterschied hervorhebt.

Das Buch legt keine »neue Gesellschaftstheorie« vor, nicht einmal irgendwelche unbekannten Dokumente, die irgendwas in ganz neuem Lichte zeigen, sondern es versucht, eine Veränderung der gewohnten Optik einzuüben. Folter ist nicht das, was »damals« war, nicht das, was »anderswo« ist. Das Buch schildert am chilenischen Beispiel, wie ein Terrorapparat als gesellschaftliche Institution funktioniert, am türkischen, wie körperliche Gewalt von den Prügeln bis zum Mord Normalität einer durchaus nicht »unmodernen« Gesellschaft sein kann, am griechischen, wie man eine Foltertruppe funktionsfähig

macht (und wer etwa in Stanley Kubricks Film »Full Metal Jacket« gesehen hat, wie die Ausbildung der Green Berets beschaffen war, wird Parallelen finden); es sagt, was geschehen ist »im Argentinien der Militärs« und welche Rolle die BRD dabei gespielt hat, und es beschreibt am Beispiel der »Mütter von der Plaza de Mayo«, wie ein Kollektiv versucht, ein Trauma zu bewältigen; es schildert, wie das »Bild der Folter« in der Geschichte der »Neuen Linken« in der BRD gewirkt hat; es weist auf den historischen Hintergrund hin, vor dem wir über »Folter« sprechen, und darauf, wie die Fixierung auf diesen Hintergrund uns hindert, die Realität wahrzunehmen; und es erwähnt - in der Einleitung , welche Rolle bei der Akzeptanz von Machtausübung die Neigung spielt, die direkte Brutalität und Grausamkeit stets als »die Ausnahme« verstehen zu wollen und lieber sich von »strukturellen« Gewalten, »objektiven« Zwängen bzw. bloß der Rationalität der Kapitalverwertung beherrscht wissen zu wollen. Die Geschichte, die Sie von der Welt erzählen, ist zwar auch nicht besonders schön, aber sieht immerhin stimmig aus. Sie stimmt bloß nicht. Ich kann keine schönere, keine stimmigere Geschichte, aber einige häßliche Geschichten, alte und neue, erzählen, die manchmal ganz anders sind. Ich empfehle darum und angesichts der mörderischen Rekorde dieses Jahrhunderts, genauer hinzusehen.

Jan Philipp Reemtsma formulierte in KONKRET 11/91 sozialpsychologische Thesen zum Zerfall der deutschen Linken

Konkret 04/92, S. 40

Erwin Riess

Vor den Ruinen der 2. Republik

»In keinem Land Europas ist die politische Auflösung der ökonomisch herrschenden Klasse so weit fortgeschritten wie in Österreich.« Ein Blick auf das Gesellschaftsgefüge und die Parteienlandschaft Österreichs kurz vor den Präsidentschaftswahlen Ende April

Der vergangene Winter bescherte Österreich reichlich Schnee in den Alpen, Hochnebel in den Niederungen und eine leidenschaftlich geführte Diskussion über die Grundfesten der zweiten Republik. Nicht nur der Staatsvertrag und die immerwährende Neutralität wurden in Zweifel gezogen, auch am Staatswappen entzündete sich ein heftiger Streit. Die einen forderten die Entfernung von Hammer und Sichel aus den Klauen des Staatsadlers, weil es sich um kommunistisch besetzte Symbole handle. Sie wurden darin von jenen unterstützt, die schon die Befreiung Österreichs durch die Rote Armee als Besetzung empfunden hatten. Wieder andere ließen durchblicken, daß man mit ihnen auch über die Tilgung der gesprengten Ketten reden könne, die vom Sieg über den Faschismus künden.

Die Auseinandersetzungen erreichten im Februar einen Höhepunkt: Das NS-Verbotsgesetz wurde novelliert, FPÖ-Klubobmann Gugerbauer forderte die Annullierung des Staatsvertrags, und der persönliche Referent Jörg Haiders, der freiheitliche Bundesrat Mölzer, beklagte den Zustand des deutschösterreichischen Staatsbewußtseins, das nur ein traumatisches genannt zu werden verdiene, weil es das Wissen um Millionen außerhalb der Bundesgrenzen darbender Deutscher miteinschließe. Den Vogel aber schoß der Vorsitzende der Jungen ÖVP, Harry Himmer, ab. Dieser Kaffeehausrebell, der für die letzten Nationalratswahlen einen Vorzugsstimmenwahlkampf mit dem Slogan »Bonzen quälen, Himmer wählen« geführt hatte und tatsächlich die Mehrheit seiner Mitarbeiter für sich gewinnen konnte, stellte der Regierung ein Ultimatum: Wenn das sogenannte Russendenkmal am Schwarzenbergplatz, das an die in der Schlacht um Wien gefallenen Rotarmisten erinnert, nicht geschleift werde, betrachte er, Harry Himmer, Österreich nicht länger als einen demokratischen Staat. Angesichts dieser Drohung griffen viele Staatsschreiber erleichtert zur Feder. Nichts trage mehr zur Entlastung des Staatswesens bei, so raunten sie einander zu, als eine rabulistische Kritik an Nebensächlichkeiten. Wenn man dem Kritiker dabei in die Parade fahre, geschehe das zum Besten aller: Die staatlichen Würdenträger könnten ein wenig Luft schöpfen; der Kritiker gewinne an Statur, und sie, die Journalisten, könnten auf diese Weise umtriebig sein, ohne von den wirklichen Umtrieben berichten zu müssen.

So sprachen die Staatsschreiber, wenn sie in den Wiener Innenstadtgasthäusern zu Tisch saßen, und Himmers Schicksal hätte den von ihnen vorgezeichneten Lauf genommen, wenn sich nicht herausgestellt hätte, daß er irrtümlicherweise die Wahrheit getroffen hatte: Die zweite Republik, die in diesen Tagen einen neuen Bundespräsidenten erhält, ist eine Ruine.

Von ihren Erbauern ist der eine, die KPÖ, schon seit längerer Zeit nicht mehr gesehen worden; der zweite, die ÖVP, bemüht sich nach Kräften, aus dem Stadium des progressiven Zerfalls in das der akuten Auflösung zu treten; einzig die SPÖ erweckt - noch - den Anschein von Stabilität. Die Neutralität, die Österreich einst auf dringende Empfehlung der Sowjetunion angenommen hatte, ist dem Krieg in Kroatien zum Opfer gefallen, auch über den Sinn des Anschlußverbots wird nachgedacht. Jörg Haider behauptete gar, daß es ein Zeichen mangelnder staatsbürgerlicher Reife der Österreicher sei, wenn ihnen verboten werden müsse, was noch nicht zur Debatte stehe.

Auch die heimliche Nebenregierung der zweiten Republik, die »Sozialpartnerschaft«, steht vor der Auflösung. Die Industriellenvereinigung kann sich damit durchaus anfreunden, nur die Gewerkschafter sind etwas gekränkt. Sie haben das Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf das Niveau der fünfziger Jahre und das Überhandnehmen der Schwarzarbeit hingenommen; sie fanden sich mit dem Ausbleiben der Arbeitszeitverkürzung und dem Rückgang der Lohnquote von 75,9 Prozent im Jahr 1980 auf 71,6 Prozent im Jahr 1991 ab; sie tolerierten Verschlechterungen in der Sozialpolitik und sahen sogar der Zerschlagung der verstaatlichten Industrie tatenlos zu. All diese Leistungen sollten jetzt nichts mehr gelten? Der Gewerkschaftsbund beschloß, es den Unternehmern zu zeigen: Im Namen von 1,6 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern kritisierte er die Ausländerpolitik der Regierung und forderte einen geordneten Arbeitsmarkt. Der Innenminister, ein sozialdemokratischer Beamtengewerkschafter, reagierte prompt und verschärfte das Asylgesetz. Politisch Verfolgte dürfen jetzt zwar ihren Asylantrag in Österreich deponieren, bis zur Ausfertigung des Urteils müssen sie das Land aber verlassen, am besten ist es, sie kehren in den Staat zurück, dem sie entflohen sind. Auch wird den Verfolgten dringend empfohlen, wenn schon, dann mit ordentlichen Papieren und einem bestätigten Ausreiseantrag nach Österreich zu kommen, weil andernfalls die Anerkennung als politischer Flüchtling nicht in Frage komme. Als der Innenminister schließlich eine Anregung des Sozialministers aufgriff und die Einrichtung einer zentralen Ausländerkartei ankündigte, fand sogar Jörg Haider lobende Worte.

Der Streit um die staatlichen Insignien entsprang also keineswegs einer Faschingslaune. Er erhob sich, weil politische Symbole historische Kräfteverhältnisse ausdrücken und weil sie im Fall Österreich als Werkzeuge für die Destruktion der Republik herhalten müssen. Zwar hat Harry Himmer von der Bedeutung staatlicher Symbole keine Ahnung, er weiß aber

sehr wohl, daß ihm nur die Wahl zwischen Schwiegersohn und Selbstmord bleibt. Sein Vorgänger als Obmann der Jungen ÖVP hat die Latte für seinen Nachfolger nämlich sehr hoch gelegt. Othmar Karas, der durch einige von erstaunlicher Rücksichtslosigkeit zeugende Autounfälle von sich reden gemacht hat, verließ vor nicht langer Zeit das sinkende Schiff ÖVP und heuerte als Direktionsassistent des Raiffeisen-Generaldirektors an. Damit nicht genug, zog sich der sportive, obschon blasse Jüngling bei weiterlaufenden Bezügen als Parlamentsabgeordneter in die Berufsunfähigkeit zurück, die dem Leidgeprüften von seiner Gattin, der Tochter Kurt Waldheims, verschönt wird. Himmer mußte also hoch pokern, wollte er aus dem Schatten seines Vorgängers treten; der Angriff gegen das Mahnmal für die Rotgardisten, das zu den anerkannten Symbolen der zweiten Republik zählt, schien ihm dazu das geeignete Mittel.

Es ist kein Zufall, daß die verzweifeltsten Attacken gegen die Republik von Politikern der ÖVP geritten werden. Sie fühlt sich nach wie vor als Staatspartei, und weil sie sich mit ihrem Schicksal nicht abfinden kann, reagiert sie wie ein trotziges Kind. Wenn es ihr schon an den Kragen geht, dann soll auch vom Staat nichts mehr übrig bleiben. »In unserer Liebe zu Österreich soll uns niemand übertreffen!« hatte Parteiobmann Busek noch im Vorjahr gedroht; drei Regionalwahlen später, durch die FPÖ zweier absoluter Ländermehrheiten beraubt, mußte er einsehen, daß der Vormarsch Haiders, der in Wien die ÖVP mit 22,6 Stimmprozent weit hinter sich ließ und in den vergangenen drei Jahren über fünftausend Mandate auf allen politischen Ebenen eroberte, von niemandem, schon gar nicht von der ÖVP aufzuhalten ist.

Der Zerfall der Volkspartei, der sich in Wahlniederlagen, Führungs- und Orientierungslosigkeit, sowie ungebremster innerparteilicher Anarchie, die bis zur Gründung von Konkurrenzparteien durch Funktionäre der ÖVP reicht, ausdrückt, ist aber keine »normale« Ablösungserscheinung im politischen Wechselspiel, immerhin handelt es sich bei der ÖVP ja um die Partei des Bürgertums und aller von diesem abhängigen Schichten. Nur sie war in der Lage, die schwierige Vermittlung zwischen der ökonomischen Herrschaft des Finanzkapitals, das in Österreich mehr als anderswo vom Bankkapital dominiert wird, und der politischen Loyalität der vom Finanzkapital ausgebeuteten Kleineigentümer zu organisieren. Das aber war wiederum die Voraussetzung für eine weitreichende Steuerung der Staatsgeschäfte unter Umgehung des Parlaments mittels »Sozialpartnerschaft«.

Die Volkspartei spiegelte einst die österreichische Gesellschaft wieder, ihr bündischer Aufbau, ein Erbe des austrofaschistischen Ständestaats, entsprach der Gesellschaftsstruktur der fünfziger Jahre. Weil die ÖVP alle Klassen und Schichten umwarb und diese auch in einem hohen Ausmaß an sich zu binden vermochte, konnte sie der bürgerlichen Hegemonie auch ihren parteimäßigen Ausdruck geben. Ihre Herrschaft war so gut abgesichert, daß sie sich lange Zeit ungestraft den Luxus leisten konnte, nur die mittelmäßigsten Politiker an die Spitze zu stellen, da sowohl die Lehen der Teilorganisationen, der Bünde, als auch der Ausbau der Kalifate in den Bundesländern die besten Kader verschlangen. Solange sich sechs der neun Länder in der Hand der Volkspartei befanden, mußte der Bundesparteiobmann froh sein, wenn er überhaupt einen Termin bei seinem Parteifreund, dem Landeshauptmann, erhielt.

Seit einigen Jahren aber taumelt die ideelle Gesamtpartei Österreichs von einer Krise zur nächsten, von einem Obmann zum anderen, und alle Schichten der Bevölkerung wenden sich von ihr ab: die Bauern, weil sie sich vom agrarischen Finanzkapital übervorteilt sehen; die Selbständigen, weil sich die SPÖ als effiziente konservative Wirtschaftspartei entpuppt hat, schließlich die alten und neuen Habenichtse, die in ohnmächtigem Protest jener Partei nachlaufen, die den Besitzenden Ruhe, Ordnung und Profit verspricht. Die ÖVP ist zu einem Konkursbetrieb verkommen, der von einem Masseverwalter zur besseren Resteverwertung weitergeführt wird. Kürzlich hat die FPÖ zum Schaden auch noch den Spott gefügt und der Volkspartei ein Kaufangebot unterbreitet; der Sitz der ÖVP-Bundeszentrale, das altehrwürdige Palais Todesco schräg gegenüber der Wiener Oper, hatte es den Freiheitlichen angetan. Die ÖVP habe ja jetzt für das große Haus keine Verwendung mehr, während die FPÖ infolge der Wahlsiege und der damit einhergehenden Mandats- und Mitarbeiterflut unter bedrückender räumlicher Enge leide.

Die Bourgeoisie der zweiten Republik hat alle Kraft darauf verwandt, den Staat nach ihren Vorstellungen aufzubauen. Er sollte so organisiert sein, daß für sie die Abschöpfung von Profit auf fremde, meist staatliche Investitionen, heraussprang. Lange Jahre ging dieses Rezept auch auf, als dann aber die verstaatlichte Kuh zu Tode gemolken war, mußten die Kapitalisten umdisponieren. Von aufgeblähten Bankkonten zu großen Taten angestachelt, begannen in den siebziger Jahren die reich gewordenen Bürger selber zu wirtschaften: sie hasardierten, spekulierten und defraudierten, daß es eine Freude war. Seit 1968, als Österreich erstmals zum Kapitalnettoexporteur aufrückte, haben fast alle heimischen Privatkapitalisten von Rang den kurzen Weg von der Blüte zur Insolvenz hinter sich gebracht, und der Untergang der wenigen, heute noch produzierenden Unternehmen wie Mautner, Zumtobel oder Swarovsky ist nur eine Frage der Zeit oder, technisch ausgedrückt, der Höhe der Kreditzinsen. Die ruinösen Fertigkeiten der heimischen Kapitalisten haben längst internationale Anerkennung gefunden: Österreich zählt zu den beliebtesten Studienzielen der internationalen Finanzmafia; japanische Investmentkonzerne sind mittlerweile ebenso in Wien heimisch wie italienische Baufirmen. Yakuza und Ndrangheta, Cosa Nostra und Camorra organisieren unzählige Studienreisen nach Österreich; wer durch die Wiener Innenstadt schlendert, glaubt sich in die Tokioter Börse oder die palerminische Handelskammer versetzt, tausende Mitarbeiter der ehrenwerten Gesellschaften studieren Österreichs Wirtschaftsleben.

Die österreichische Bourgeoisie haßt den internationalen Wettbewerb fast so sehr wie die freie Marktwirtschaft. Nur in Österreich und nur von einem ÖVP-Parteiobmann, dem steirischen Bauernbündler Riegler, einem bis ins Salzburgische bekannten Milchwirtschaftsexperten, konnte der Begriff der »ökosozialen Marktwirtschaft« erfunden werden. Im Normalfall ist der österreichische Bourgeois aber wenig innovativ, als leitender Bankangestellter oder Besitzer eines Dentallabors liebt er geordnete Verhältnisse, und in der Freizeit stellt er gerne Betrachtungen über Mitteleuropa an.

In den achtziger Jahren, als sich die Gründergeneration aufs Altenteil zurückzog, einige, wie Georg Mautner-Markhof, in die Politik gingen (als Industriesprecher der FPÖ) und andere, wie die Familie Swarovsky, den Fußballsport und Ernst Happel für sich erschlossen, zeigte sich, daß ihre Sprößlinge nicht einmal die schlechten Eigenschaften der Eltern geerbt hatten. Die Juniorchefs standen der Wirtschaft gänzlich verständnislos gegenüber und versuchten sich lieber in anderen Sparten, wie dem Automobilrennsport (die Laudas stellten in den fünfziger Jahren den Präsidenten der Industriellenvereinigung) oder der höheren Metaphysik. André Heller, der einer alteingessenen Wiener Industriellenfamilie (Schokolade, Bonbons) entstammt, ist ein typischer Vertreter der Enkelgeneration der Kapitalistenklasse, er bringt es am Burgtheater sogar zur Insze-nierung eines von ihm verfaßten Traumstücks und setzt damit eine Altwiener Tradition fort: Schon der junge Theodor Herzl beklagte sich bei seinem Freund Arthur Schnitzler über die Willfährigkeit der Burgtheaterdirektoren gegenüber den künstlerischen Absonderungen reicher Bürgerkinder.

Rechtsextreme Parteien verzeichnen in vielen Staaten regen Zulauf, doch gibt es in Frankreich mindestens zwei anerkannte Parteien der Bourgeosie, in Deutschland organisiert die CDU, in Italien die DC die bürgerliche Klasse, und in den postsozialistischen Staaten gibt es ausschließlich bourgeoise Parteien, die um eine erst in Ansätzen vorhandene Klasse werben, weil sie sich sagen, wenn der Kapitalismus schon ohne Kapital auskommen muß, dann soll er wenigstens in der Politik aus dem Vollen schöpfen können. In Österreich dagegen ist die Situation anders: Nirgendwo sonst verläuft der Ablösungsprozeß einer sozialen Gruppe von ihrer alten Partei so radikal, nirgendwo sonst zerfallen die überkommenen Herrschaftsstrukturen einer abgeschotteten und zwangspazifizierten Nachkriegsgesellschaft so schnell wie hierzulande. Haiders Wahlsiege speisen sich aus den sozialen Folgen des Zerfalls der »Sozialpartnerschaft«, der Atomisierung der bürgerlichen Klasse und ihrer politischen Apparate und der von den Staatsdenkern verordneten Euphorie über den Sieg der Freiheit im Osten. Nur Haider kann sowohl aus der in nichts begründeten, wahrlich bodenlosen Siegeseuphorie als auch aus der durch die Ostöffnung erwachsenden Verunsicherung Kapital schlagen. Das Bürgertum, das sich immer als Bollwerk der freien Welt gegen die Kräfte der Kollektivität verstanden hatte, steht ergriffen vor den einstürzenden Mauern und bemerkt nicht, daß hinter ihm die eigene Herrschaft, das Umverteilungsvehikel zweite Republik, zusammenbricht. Die Saat, die sie mit allerhöchster Unterstützung in die harte Erde des Ostens eingebracht hatte, wird nicht von ihr geerntet.

Der Schock über den weltgeschichtlichen Sieg ist den österreichischen Kapitalisten gehörig in die Knochen gefahren, ihr Auftreten in den Ostländern ist verräterisch, es ähnelt mehr den Beutezügen des Dreißigjährigen Krieges als zeitgenössischer Geschäftspolitik. Der ungarische Wirtschaftminister führt bittere Klage, daß die Österreicher, wie der Lebensmittelkonzern Meinl, nur dort investieren, wo schnelles Geld zu machen ist. Während die Kapitalisten der übrigen Welt langfristige Investitionsstrategien verfolgten, benehme sich das österreichische Finanzkapital in Ungarn wie die belgischen Banken im Kongo der frühen sechziger Jahre. Die Kritik des ungarischen Finanzministers ist aber in hohem Maße ungerecht; sie übersieht, daß die österreichischen Bankiers sowohl den heimischen, als auch den ungarischen Finanzplatz so gut kennen, daß sie zwischen den neuen Partnern zu Recht jeglichen normalen Geschäftsverkehr von vornherein ausschließen.

In keinem Land Europas ist die politische Auflösung der ökonomisch herrschenden Klasse soweit fortgeschritten wie in Österreich. Das ist auch der Grund dafür, daß die Klügeren unter den Demoskopen sich mittlerweile weigern, irgendeine Grenze für Haiders Rekrutierungsfähigkeit anzugeben; er ist durchaus imstande, auch im Alleingang Mehrheiten zu erringen, und er weiß um seine Stärke, weiß, daß nicht nur die Zeit, sondern auch die anderen Parteien für ihn arbeiten. Aus diesem Grund verzettelt er sich nicht in nebensächlichen Händeln, sondern schickt vorerst einmal Späher aus, um das Terrain zu sondieren. Dabei macht er, der einmal sagte, daß die wahre Harmonie in der Geschlechterbeziehung einen dienenden und einen herrschenden Teil zur Voraussetzung habe, zwischen Frauen und Männern keinen Unterschied und stellt seine Stellvertreterin als Kandidatin für die Bundespräsidentenwahl ab. Heide Schmidt, eine schnippische Enddreißigerin mit soldatischem Blick, verfügt über weltläufige Umgangsformen, einen vom brennenden Ehrgeiz nicht gänzlich verdeckten burschikosen Charme und eine von den Staatsschreibern geschätzte Plapperhaftigkeit. Besonders gut versteht sie sich auf routiniert vorgetragene Entschuldigungsfloskeln für die diversen faschistischen Ausfälle ihres Chefs oder dessen Chargen, und es sind diese Entschuldigungen, die ihre wahre Qualität erkennen lassen: das eine zu sagen und - für alle verständlich - das andere zu meinen.

Von Haiders Erfolgen zuerst in den Bundesrat, dann in den Nationalrat und schließlich in dessen Präsidium geschwemmt, bekennt sich die nach eigener Einschätzung »nationalliberale« Schmidt vorbehaltlos zur österreichischen Identität: Die bestehe darin, jener Volksgruppe »maximalen Freiraum« zu geben, die sich als »Angehörige der deutschen Kulturnation« fühlt. Sie fordert eine Regierung, die, »in welcher Form auch immer«, effizient ist, schwärmt von der »Volksgemeinschaft«, zieht, darauf aufmerksam gemacht, daß dies ein historisch belasteter Begriff ist, denselben mit dem

Ausdruck des Erstaunens zurück und fordert einen rigorosen »Einwanderungsstop«, da der »falsch verstandene Humanismus in der Flüchtlingsfrage« dem Land schade. Damit setzt Schmidt sich deutlich vom grünen Präsidentschaftskandidaten Robert Jungk ab, der eine grüne Variante des Reichsarbeitsdienstes vorschlägt, und zwar für Ausländer. Diese sollten die Pflege der behinderten Mitbürger übernehmen, damit wären immerhin zwei Randgruppen versorgt. Jungks Vorschlag fand aber nur wenig Zustimmung, da das Publikum sich von ihm schon am Tage seiner Nominierung abgewandt hatte, als er verkündete, daß er »nicht rechts und nicht links, sondern vorn« sei, also dort, wo Österreicher sich nur ungern aufhalten.

Die beiden übrigen Kandidaten, der von der SPÖ gestellte Verstaatlichten- und Verkehrsminister Streicher und der von der ÖVP nominierte Karrierediplomat Klestil, können, da im Wahlkampf wenig hervorgetreten, einstweilen noch mit der Sympathie des Publikums rechnen. Daß Streicher die politische Verantwortung für die Zerschlagung der verstaatlichten Industrie trägt und damit große Teile der freigesetzten Arbeiterschaft an die FPÖ abtrat, gilt den Staatsschreibern weniger bemerkenswert als die Tatsache, daß er in der Freizeit gerne dirigiert. Auch über Klestil ist nicht viel zu sagen, außer daß er das Kunststück zuwege brachte, sich trotz langer Jahre in Washington eine Ausstrahlung zu bewahren, die keinen Amerikaner auf die Idee kommen ließe, ein englisches Wort an ihn zu richten. Politisch ist er bislang nur dadurch aufgefallen, daß er in Restaurants halbe Portionen zu bestellen pflegt; er erweist sich also auch in diesem Detail als wahrer Kandidat seiner Partei.

Der Wahlausgang stößt im übrigen bei den Österreichern auf wenig Interesse, da ja der Sieger, Jörg Haider, von vornherein feststeht. Der Umstand, daß die Bewegungsfreiheit des außerparlamentarischen Arms der österreichischen Erneuerungsbewegung vorübergehend etwas eingeschränkt ist - die Regierung hatte sich dazu durchgerungen, einige Wehrsportgruppen aus dem Verkehr zu ziehen, auch der Kühnen-Nachfolger Küssel wurde verhaftet, weitere einschlägige Vereine sind in Oberösterreich und Salzburg ausgehoben worden , kann dem Vormarsch des parlamentarischen Arms der Bewegung aber nichts anhaben. Haider, der von nichts mehr profitiert als von den Attacken seiner Gegner, umgibt längst die Aura der Unschlagbarkeit. Seine Anhänger sind ihm in blinder Gefolgschaft zugetan, sie verehren ihn als kumpelhaften Führer und siegreichen Märtyrer; er gilt den Wirtschaftsliberalen als vielversprechende politische Hoffnung, den Protestwählern als Retter aus wirtschaftlicher Not, und in der Damenwelt rangiert seine Popularität gleich hinter derjenigen Arnold Schwarzeneggers. Die Deutschnationalen schließlich feiern ihn als verbesserte Neuauflage von Horst Wessel.

Im Februar wurde das NS-Verbotsgesetz novelliert: Wer künftig vor einer Versammlung, die nicht mehr als dreißig Personen umfaßt, nationalsozialistische Propaganda treibt, kann nicht mehr belangt werden. Der grüne Abgeordnete Voggenhuber wies darauf hin, daß damit die von den Neonazis bevorzugte Form der Öffentlichkeitsarbeit gesetzlich sanktioniert worden ist. Auchdas bislang geltende hohe Strafmaß für nationalsozialistische Wiederbetätigung wurde deutlich herabgesetzt. Die Regierung begründete ihren Vorstoß damit, daß in der Vergangenheit viele Geschworene vor der Verhängung hoher Strafen zurückschreckten und Neonazis deshalb reihenweise freigesprochen wurden.

Die Novellierung wurde von allen Parlamentsparteien beschlossen, die FPÖ erhob die Zusatzforderung, daß auch kommunistische Wiederbetätigung unter Strafe gestellt werden solle, ein Ansinnen, das vom Justizsprecher der ÖVP, Graff, zurückgewiesen wurde. (Graff ist übrigens jener Mann, der mit dem Ausspruch: »Solange Waldheim nicht nachgewiesen werden kann, daß er eigenhändig sechs Juden erwürgt hat, ist er nicht schuldig!« internationale Bekanntheit erlangte.) Nur Paul Grosz, der Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde, und der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums, Simon Wiesenthal, mochten sich der breiten Zustimmung nicht anschließen; sie verurteilten die »Entkriminalisierung der Auschwitzlüge in Zeiten des aufkeimenden Nationalsozialismus« mit Nachdruck. Die Regierung wies die Kritik noch am selben Tag empört zurück, bestätigte sie aber 24 Stunden später, als sie bekanntgab, daß rund dreihundert Prozesse wegen des Verdachtes der nationalsozialistischen Wiederbetätigung bei den Gerichten anhängig seien.

Das Denkmal zu Ehren der Roten Armee, das an die 26.000 in der Schlacht um Wien gefallenen Rotarmisten erinnert, steht auf einem der bedeutendsten Plätze Wiens, dem weitläufigen Schwarzenbergplatz. Die Anlage besteht aus einem zwanzig Meter hohen Sockel, der eine zwölf Meter hohe Statue eines Rotgardisten trägt. In der einen Hand hält er die Fahne und in der anderen das Wappen der UdSSR. Den Hintergrund der Statue bildet eine Balustrade, die an den Enden mit zwei Skulpturgruppen von kämpfenden Soldaten bestückt ist. Auf dem Mahnmal sind in kyrillischer Schrift die Namen von Offizieren eingraviert, die sich bei der Befreiung Wiens durch die 3. Ukrainische Front hervorgetan haben, unter ihnen findet sich auch der Name des Generalmajors der Artillerie, Breschnjew. Als Bürgermeister Körner das Denkmal im August 1945 vom sowjetischen Stadtkommandanten übernahm - es war das erste nach Kriegsende erichtete Bauwerk in Wien , wurde der Stadt auch die Sorgepflicht für das Mahnmal, dessen Pflege, Bewachung und allfällige Instandsetzung übertragen. Diese Verpflichtung wurde im Artikel 19 des 1955 abgeschlossenen Staatsvertrags für die zweite Republik erneuert.

Vor kurzem erschien in der Wiener Wochenzeitung »Falter« ein Essay über das Denkmal der Rotgardisten, in dem der Autor, Jan Tabor, der Wiener Stadtverwaltung vorwirft, sie sehe der Verwahrlosung des Standbilds tatenlos zu. Der Vorwurf geht ins Leere: Die sowjetischen und die österreichischen Staatsvertragspartner haben zwar 1955 Hunderte von

Einzelfragen, von der Zukunft des ehemals deutschen Eigentums bis zur Donauschiffahrt geregelt, sie verabsäumten es aber, Vorkehrungen für die Zeit nach dem Tod der beiden Vertragspartner zu treffen. Und so steht der einsame Rotgardist in Wien weiter auf seinem Posten; seine einzige Unterhaltung ist der Blick auf sein Gegenüber, den Völkerschlachtsieger Fürst Schwarzenberg, und sein einziger Trost die Vorfreude auf den Tag der Abrechnung mit den Denkmalsstürmern in seiner Heimat.

Erwin Riess schrieb in KONKRET 11/91 über die Heimkehr des St. Tomicic

Konkret 04/92, S. 44

Claudia Roth; Petra Hanf

»Und raus damit!«

Das neue Asylverfahrensgesetz ist ein Asylabschaffungsgesetz

»Im Asylbereich muß unser Ziel sein, zu einem politischen Konsens vergleichbar dem zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu kommen.«
Dietmar Schlee, Innenminister von Baden-Württemberg

In erster Lesung hat das neue Asylverfahrensgesetz bereits den Bundestag passiert. Die Politiker der großen Koalition gegen Flüchtlinge arbeiten schon an weiteren Konzepten zur »Eindämmung der illegalen Masseneinwanderung«. Kein Redner, keine Rednerin aus CDU/CSU, SPD und FDP, der oder die es in der ersten Lesung des neuen Asylverfahrensgesetzes versäumt hätte, bereits den nächsten Schritt ins Auge zu fassen: die anstehende Ratifizierung des Schengener Abkommens bzw. die Harmonisierung des Asylrechts auf europäischer Ebene. Willkommener Anlaß, sich abermals pro und kontra Grundgesetzänderung zu zanken und so das giftige Süppchen noch eine Weile am Kochen zu halten.

Dabei wissen alle, daß das Grundrecht auf Asyl zwar noch in der deutschen Verfassung steht, daß es aber, spätestens nach dem Inkrafttreten der neuen, seit 1982 achten Änderung des Asylverfahrens, praktisch bereits irrelevant geworden ist. Asylabschaffungsgesetz wäre denn auch der passendere Begriff für den Entwurf zur Beschleunigung der Asylverfahren, in dem jene Vorschrift von entscheidender Bedeutung ist, derzufolge der Asylsuchende die Anhörungsprozedur schon innerhalb der ersten Woche nach seiner Ankuft in der BRD über sich ergehen lassen muß. Er muß bei dieser ersten Anhörung bereits alle Angaben und Beweismittel vorlegen, nachgereichte Unterlagen bleiben unberücksichtigt. Als ob ein Flüchtling seine Flucht wie eine gut vorbereitete Reise mit dem Aktenköfferchen unter dem Arm antreten könnte. Viele Asylsuchende verschweigen zudem zunächst ihre politischen Aktivitäten in ihrem Heimatland, weil sie die Erfahrung gemacht haben, daß sie andernfalls Schwierigkeiten bekommen; andere sind von Folter oder Haft gezeichnet und aus psychischen Gründen unfähig, sich einer fremden Behörde anzuvertrauen. Darüber hinaus wird es nur schwer möglich sein, einen Rechtsanwalt, der den Flüchtling berät und bei der Anhörung anwesend ist, in so kurzer Frist zu finden.

Zweck des im Spätsommer ‘91 in seinen Zielvorgaben von der SPD formulierten Entwurfs ist es, zu erreichen, daß über Anträge von Asylbewerbern, »die für die Anerkennung als Asylberechtigter offensichtlich nicht in Frage kommen, künftig in einem Zeitraum von circa 6 Wochen rechtskräftig entschieden und der Aufenthalt beendet werden kann«. Als offensichtlich unbegründet gilt natürlich - wie bisher schon - ein Asylbegehren, das der Antragsteller damit begründet, er könne sich und seine Familie zu Hause nicht mehr ernähren, offensichtlich unbegründet ist ein Antrag auch, wenn jemand vor Krieg und Bürgerkrieg flieht (§ 30). Das neue rechtsstaatswidrige Beschleunigungsverfahren trifft jedoch jeden Flüchtling, auch den politisch Verfolgten im klassischen Sinne. »Der Entwurf setzt darauf - völlig unabhängig davon, ob eine politische Verfolgung besteht , daß Asylsuchende in einem fremden Land ohne Kenntnis der Sprache, ohne Kenntnis der komplizierten Rechtslage, ohne die Möglichkeit, in der kurzen Zeit einen Rechtsbeistand zu bekommen, Fehler machen, die es ermöglichen, ihren Antrag abzuweisen«, sagte Ulla Jelpke (PDS/ Linke Liste) bei der Debatte im Bundestag.

Die erste Anhörung des Flüchtlings wird vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in den neuen Sammellagern durchgeführt - ohne vorherige Ladung. Deswegen muß der Antragsteller auch immer erreichbar sein, was im Effekt auf eine Art Hausarrest hinausläuft. Ziel der Unterbringung im Sammellager, in denen die Flüchtlinge die ersten drei Monate zwangsweise verbringen müssen, sei die »drastische Reduzierung der Belastung der Gemeinden«, schrieb die SPD in einer großformatigen Anzeige, mit der sie dem Eindruck entgegentreten wollte, sie hindere die CDU an der Dezimierung der Zahl von Asylsuchenden. Der Flüchtling darf das Lager vorübergehend verlassen, allerdings nur »wenn zwingende Gründe es erfordern« (§ 55). Verläßt er die Einrichtung länger als eine Woche oder kommt er innerhalb einer Woche nach seiner Einreise in die BRD nicht dort an, wird er zur Fahndung ausgeschrieben. Verstöße gegen die Auflage, den Bezirk oder die Gemeinde nicht zu verlassen, können drastisch geahndet werden. Beim ersten Mal als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldstrafe von bis zu 5.000 Mark, im Wiederholungsfall als Straftat mit einer Haftstrafe bis zu einem Jahr.

Gegen eine ablehnende Entscheidung des Bundesamtes kann der Asylsuchende klagen - allerdings in der Regel nur noch vor einem Einzelrichter. Für die nach Meinung der deutschen Behörden ‘offensichtlich unbegründeten’ Fälle verkürzt der Gesetzentwurf die Frist zur Begründung der Klage drastisch auf eine Woche. Akteneinsicht für den Anwalt des Asylsuchenden ist in diesem Zeitraum nicht möglich. In einer Stellungnahme von Anwälten, die im Bereich des Asylrechts tätig sind, heißt es dazu: »Anwaltliche Beratung und Vertretung von Flüchtlingen wird dadurch unmöglich.«

Sollte der Asylsuchende alle diese Hürden wider Erwarten doch übersprungen und eine Klage gegen die Entscheidung des Bundesamtes eingereicht haben, so kann ein Einzelrichter den Antrag ohne Verhandlung und ohne Begründung endgültig

zurückweisen. Nach dieser unanfechtbaren und von niemandem mehr zu kontrollierenden Entscheidung hat der Abgelehnte dann eine Woche Zeit, um auszureisen. »Gegebenenfalls Überprüfung nur durch einen Einzelrichter an Ort und Stelle, dann an Kopf und Kragen packen und raus damit!«, hat Friedhelm Farthmann (Mitglied der Landesregierung NRW und des SPD-Bundesvorstands) den Vorgang volksnah auf den Punkt gebracht.

Das neue Asylverfahrensgesetz etabliert eine Sonderjustiz für Flüchtlinge. Es verstößt durch die drastischen Verkürzungen der Fristen und die Bestimmung, daß eine Berufung unter Hinweis auf Verfahrensmängel nicht mehr möglich ist, gegen Art. 19 Abs. 4 GG, der den Rechtsweg garantiert, wenn sich jemand durch Maßnahmen der öffentlichen Gewalt in seinen Rechten verletzt fühlt. Konsequenterweise hat Edmund Stoiber im letzten Sommer vorgeschlagen, diesen Grundgesetzartikel für Asylsuchende einzuschränken - mit Hilfe der SPD hat er es nun faktisch geschafft.

Perfektioniert wird die völlige Entrechtung der Flüchtlinge im Bereich der informationellen Selbstbestimmung. Die erkennungsdienstliche Behandlung wird vorgeschrieben (§ 16). Selbst wenn der Asylsuchende seinen Antrag zurückzieht, muß er außerdem - unter Vorlage von Flug- und sonstigen Fahrscheinen, Visa, Grenzübertrittspapieren etc. - Auskunft über seinen Reiseweg geben. Eine Vorschrift, die dazu dienen soll, Fluchtrouten europaweit zu kontrollieren, um etwaige Löcher alsdann besser stopfen zu können. Die Kapazitäten für die Auswertung der Daten hat man vorausschauend bereits geschaffen: das Schengener Informationssystem.

Der Gesetzentwurf zur Demontage des Asylrechts versucht außerdem, die Abschiebung Asylsuchender in ein anderes europäisches Land zu erleichtern. Galt bisher, daß der Asylsuchende in ein Land abgeschoben werden kann, in dem er sich schon vor der Einreise in die Bundesrepublik drei Monate aufgehalten und damit vermeintlich ausreichenden Schutz vor Verfolgung gefunden hat, soll nun bereits seine Einreise über ein anderes europäisches Land, das die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat, genügen, um ihn nach dort wieder abzuschieben und seinen Asylantrag als hierzulande unbegründet einzustufen.

Die Ratifizierung der Verträge von Schengen und Dublin, Einstieg in die europäische Harmonisierung, stehen als nächstes auf der Tagesordnung. SPD- und FDP-Vertreter haben angekündigt, daß sie - wenn auch Osteuropa mitmacht - einer Änderung des Asylrechtsparagraphen im Grundgesetz nicht länger im Wege stehen wollen. Und wer will sich schon gegen Europa stellen?

Claudia Roth (MdEP/Grüne) ist Mitglied im Innenausschuß des Europaparlaments, Petra Hanf ist Mitarbeiterin von Claudia Roth

Konkret 04/92, S. 46

Markus Wollnik

»Die Großtat von 1492 wiederholen«

Am 20. April wird in Sevilla die Weltausstellung »Expo ‘92« eröffnet - eine Veranstaltung voller Albernheiten und imperialistischer Überheblichkeit

Die dicke Rauchsäule über Sevilla verfehlte nicht ihre Wirkung auf die 700.000 Einwohner der andalusischen Metropole. »Wie eine Familientragödie« sogar erschien es Emilio Cassinello, dem Generalkommissar der Weltausstellung »Expo ‘92«, daß zwei Monate vor Beginn des Spektakels am 20. April der zentrale Pavillon ausbrannte. Der »Pavillon der Entdeckungen« war auf der künstlich angelegten Expo-Insel im Rio Guadalquivir wichtigster Teil eines Themenparks. Noch kurz vor dem Großbrand hatte Cassinello eingeladen, hier »500 Jahre bahnbrechender Leistungen, Erfindungen und Ideen mitzuerleben«. Das alles unter drahtlosen Kopfhörern und mittels modernster Displaytechniken. Doch aus der munteren Revue zur »Entdeckungs- und Entwicklungsgeschichte der Menschheit«, von der »Entdeckung« Amerikas bis heute, wird nun nichts.

Als das Feuer in dem 25 Meter hohen Quader aus Glas, Stahl und Holz nach drei Stunden unter Kontrolle war, hatten sämtliche Ausstellungsstücke Totalschaden erlitten, darunter das »erste Auto der Welt«, das erste in Spanien gefertigte Flugzeug und ein Nachbau der ersten Mondfähre. Zu retten war lediglich das 3-D-Kino »Omnimax«. Nun zwar von einer verkohlten Pavillonruine umgeben, will man es dennoch für die Ausstellung nutzen. Schließlich soll der Monumentalfilm zum Entdeckungsthema nicht umsonst - »exklusiv für die Expo ‘92« - gedreht worden sein.

Mit offiziellen Erklärungen zum Pavillonbrand haben sich die Verantwortlichen auffallend zurückgehalten. Viele Fragen, die sich aufdrängten, ließen sie unbeantwortet. Etwa, wieso sich das Feuer trotz der Löschanlagen so rasend schnell ausbreiten konnte, daß die in dem Pavillon arbeitenden Handwerker nur mit knapper Not den Flammen entkamen. Unklar ist bis heute auch die Brandursache. Eine meinte man bereits am Tag des Geschehens mit Bestimmtheit ausschließen zu können: einen terroristischen Anschlag. Daß die baskische Separatistenorganisation ETA die Weltausstellung zum militärischen Angriffsziel erklärt hat, ängstigt die Expo-Gewaltigen gleichwohl spürbar.

Nach dem jüngsten Feuer auf der Ausstellungsinsel, dem schon vier nicht ganz so schwere Brände und manch andere Pannen vorausgegangen waren, sahen spanische Kommentatoren schon ein Monument der nationalen Schlamperei entstehen, wo international Ehre eingelegt werden sollte. Höchste Zeit für den Weltausstellungskommissar im Range eines außerordentlichen Botschafters, der öffentlichen Schelte etwas entgegenzusetzen. Cassinello - »Familientragödie« hin und her : »Die Expo hatte 96 Pavillons, jetzt sind es 95. Trotzdem werden wir pünktlich am 20. April die beste Ausstellung eröffnen, die es je gab.«

Und natürlich auch die größte: 112 Nationen - bei der letzten universellen Weltausstellung 1970 in Osaka waren es 77 Staaten - wollen sich und ihre Leistungen sechs Monate lang auf der Insel La Cartuja vor den Toren Sevillas präsentieren. Hinzu kommen die 17 autonomen Regionen Spaniens sowie internationale Organisationen und Wirtschaftsunternehmen. Die Provinzhauptstadt Andalusiens, bis vor kurzem noch als Europas Hauptstadt der Arbeitslosigkeit verschrien, empfiehlt sich in einem der vielen Expo-Prospekte denn auch schon als »Hauptstadt der Welt«.

Der Stolz, mit dem in Sevilla Weltgeltung behauptet wird, kommt nicht von ungefähr. Die Expo fällt ebenso wie die Olympiade in Barcelona zeitlich mit den 500-Jahr-feiern der »Entdeckung« Amerikas zusammen und knüpft darüber hinaus mit dem Motto »Zeitalter der Entdeckungen« auch inhaltlich an Kolumbus an. Noch direkter tat das König Juan Carlos in seiner Generalmobilmachung zum Jubeljahr: »Wir werden die Großtat, die wir 1492 vollbracht haben, wiederholen.« Wie bitte? Sein Geschichtsbild scheint der Bourbone jenen Schulbüchern zu verdanken, die an kolumbianischem Entdeckerdrang und Eroberungsfeldzügen geflissentlich das Faktum des Völkermords an 90 Millionen der amerikanischen Ureinwohner übersehen - und statt dessen spanische Schüler noch heute mit dem Examenswissen präparieren, daß »die lateinamerikanische Bevölkerung sehr heterogen ist, was als Folge der Rassenkreuzungen zwischen Weißen, Schwarzen und Indios zu verstehen ist. Die reinen, weißen Länder sind Argentinien und Uruguay: übrigens sind das auch die am weitesten entwickelten Länder.« Ein anderer Band lehrt anschaulich: »Dort (im Wald) wohnen jene menschlichen Rassen, die auf der Erde am weitesten zurückgeblieben sind: die nackten Indianer im Innern Brasiliens, die zwergenhaften Rassen Zentralafrikas, Indiens und Malaysiens.«

Für die »universellste aller Weltausstellungen« (Presseankündigung) mußte die stolze Veranstalter-Nation allerdings auch die »armseligsten« Länder zur Teilnahme bewegen. Die staatliche Expo-Gesellschaft baute zu dem Zweck mehrere Gemeinschaftspavillons, für die sich dann zum Beispiel eine Reihe arabischer Staaten als Mieter gefunden haben. Aber auch die Mehrheit der hochverschuldeten lateinamerikanischen Staaten teilt sich einen Pavillon. Der sechsgeschossige Komplex an der Plaza de América ist das größte Gebäude der Ausstellung. Doch je näher der Bau mit seinen gläsernen Fahrstuhlschächten und dem großen Lichthof seiner Vollendung entgegen ging, desto steiler zogen die Mietkosten an. Die lateinamerikanischen Expo-Kommissare fühlten sich geprellt: »Mit dem Geld hätte man ja gleich einen eigenen Pavillon

bauen können«, empörte sich Boliviens Kommissar bei einer Versammlung vor ähnlich aufgebrachten Kollegen in Sevilla. Ausgaben von 90 Millionen Peseten hätte Bolivien vorgesehen, 500 Millionen Peseten seien es inzwischen geworden.

Ein Kommentator von »El Pais« merkte dazu an: »Was kein lateinamerikanischer Kommissar näher erläutern mochte, ist, wie groß die Zuwendungen der spanischen Regierung sind, um diesen Ländern die Teilnahme an der Expo zu ermöglichen.« Dem kann abgeholfen werden: Es handelt sich um acht Milliarden Peseten - von 215 Milliarden (etwa 3,5 Milliarden Mark) aus dem spanischen Staatshaushalt, die für das Ausstellungsareal insgesamt ausgegeben worden sind. Gar keine so hohe Gage also für die wichtigsten Nebendarsteller in Spaniens gnadenloser Selbstfeier. In dem offiziellen Willen zur Selbstdarstellung stehen sich die Madrider Regierung und die von ihr gesponserten lateinamerikanischen Machteliten in nichts nach. Spanien empfiehlt sich dabei in der EG als Brückenkopf nach Lateinamerika; dessen Exporte nach Europa wiederum müßten zunehmen, um eine totale Abhängigkeit des Subkontinents vom großen Nachbarn USA zu verhindern. Ökonomische Motive bestimmen mithin auf beiden Kontinenten die Erinnerungsfestivitäten rund um die kolumbianische »Großtat«. Daß diese jedoch ein System globaler Ausbeutung und Unterdrückung begründete, daß in seiner modernisierten Form - Stichwort: Auslandsverschuldung - die Kolonisierung bis heute besteht, daran soll nichts erinnern. Die Weltausstellung hält eine andere Welt bereit. Auf der Plaza de América erwartet den Besucher laut Pressetext »Lateinamerika in seiner ganzen Vielfalt: der Reichtum der präkolumbianischen Kulturen, die Weiten der Pampa, die Silber-Schätze Argentiniens«.

Täuscht wenigstens Kuba keinen nicht vorhandenen Mammon vor? Immerhin leistet sich die sozialistische Insel als eines der wenigen lateinamerikanischen Länder einen eigenen Pavillon. Wegen des US-Handelsembargos wirtschaftlich in immer größere Bedrängnis geraten, besteht die Castro-Regierung aber ganz offen darauf, den postmodernen Festungsbau natural mit Rum, Zucker und Tabak zu finanzieren.

Von Kuba ist ebenso wie von vielen anderen Aussteller-Staaten noch nicht bekannt, was in den Pavillons gezeigt werden soll. Offenbar wußten sie es bis vor kurzem selbst nicht. »Wirklich besorgniserregend«, war dazu der Kommentar der spanischen Verantwortlichen, die Ende vorigen Jahres erschreckt feststellen mußten, daß erst von den wenigsten teilnehmenden Ländern überhaupt Programme vorlagen. So dürfte es nur zum geringeren Teil am vielbemühten »Überraschungseffekt« liegen, daß man von etlichen Expo-naten frühestens am Eröffnungstag erfahren wird.

Noch ehe aber der Vorhang aufgeht, gibt es bereits keine Zweifel mehr an der Expo als absurdem Theater. 220 Tonnen Eis aus der Antarktis waren Mitte Februar an Bord eines Frachters im Hafen von Cadiz eingetroffen, von wo eine Kolonne Lkws die Ladung nach Sevilla karrte. Mit dem Polareis hat der Pavillon Chiles nun seine Attraktion. Der eigens zur Eisberg-Einweihung herbeigeeilte chilenische Botschafter sprach von einem »Beitrag, das ökologische Bewußtsein zu schärfen«. Stimmt: Vorm Abschmelzen nämlich bewahrt den Original-Eisberg eine aufwendige Gefrieranlage, deren Kühlmittel durchaus an das Ozonloch über der Antarktis gemahnen. Eine Pagode gigantischen Ausmaßes haben die Japaner gezimmert. »Dasgrößte Holzgebäude der Welt« erscheint wie das dreiste Bekenntnis Japans zu seiner Rolle als einer der weltweit größten Urwaldvernichter. Die Form einer Treppe weist der geräumige Pavillon auf, den die Sowjetunion noch fertiggestellt hatte, ehe sie sich zumJahresende auflöste. Das Signum »U.R.S.S.« ist anderntags gleich von der Außenwandheruntergeholt worden. Wenig Zuversicht herrscht allerdings, daß die GUS-Staaten und die drei baltischen Republiken sich noch auf ein gemeinsames Ausstellungskonzept werden einigen können.

Frankreich möchte die »Tiefe des Wissens« ausloten und hat dazu seinen würfelförmigen Pavillon 20 Meter unter die Erde

verlegt. Saudi-Arabien wird ein großes, schwarzes Wüstenzelt aufschlagen. Monacos Pavillon ist ein riesiges Aquarium, das die Besucher in einer Glasröhre durchqueren sollen - so als wandelten sie über den Meeresgrund. Die Schweiz hat einen 25 Meter hohen Turm aufgestellt, der ganz aus Papier besteht. Marokko baute ein Märchenschloß in arabisch verfremdetem Zuckerbäckerstil.

»Ein märchenhafter Rahmen, in dem jeder Tag ein Festtag wird: voller Erlebnisse, voller Spannung, voller Träume, die sich zu realisieren scheinen...« Exakt im Stil der Expo-Reklame, und parallel zu ihr, wirbt derzeit eine Anzeigenserie für »Euro Disneyland«, das eine Woche vor der Weltausstellung, am 12. April, nahe Paris seine Kassen öffnet. Tatsächlich hat »die große fiesta der Unterhaltung«, so die europaweite Expo-Werbung, manches gemein mit dem expandierenden fun-Imperium. Mit dem 3D-Kino etwa, das den Brand im Entdecker-Pavillon heil überstand, haben die Expo-Einrichter eine Anleihe bei Walt Disney gemacht; als »CinéMagique« wird es in dem französischen Erlebnispark für denselben Nervenkitzel sorgen. Ähnlich (happig) sind zudem die Eintrittspreise der beiden Amüsiershows: 65 Mark kostet die Tageskarte zur Expo, 68 die zu Euro Disney. Und auf den Sponsorenlisten der beiden Spektakel tauchen zum Teil die gleichen Namen auf: IBM, Philips und Coca-Cola.

Die Expo-Manager streben ein »Nullbudget« an. Die zur Erschließung des Ausstellungsgeländes aufgebrachten Milliarden sollen über die Eintrittsgelder und vor allem über den Verkauf von Sponsorenrechten wieder hereinfließen. Insgesamt 29 assoziierte Unternehmen haben mehr oder minder tief in die Tasche gegriffen. Dafür behaupten sie nun eine bisweilen

protzige Präsenz auf der Cartuja-Insel. Nicht nur, daß die Banco Espanol de Crédito ihr Emblem an einem düsteren Schlot anbringen mußte, der zu sehr Störfaktor ist, um übersehen zu werden. Sieben Großunternehmen haben gleich ihren eigenen Pavillon hingeklotzt und werden behandelt wie souveräne Staaten. Wenn nicht noch besser: Denn während letzteren die Parzellen für ihre Nationalpavillons von der Expo-Leitung zugeteilt worden sind, durften sich die Konzerne die Standorte selbst aussuchen. Unter den Firmen mit eigenem Präsentationspavillon ist auch Siemens. Die Aktiengesellschaft (Umsatz: 75 Milliarden Mark) hat erst kürzlich 70 Lokomotiven nach Spanien geliefert und verfügt auch bereits über ein 100 Mitarbeiter zählendes Vertriebsbüro in Sevilla.

Leicht reden hat daher Hans-Gerd Neglein, deutscher Expo-Kommisar und bis vor kurzem noch Mitglied des Siemens-Vorstands: Nicht als schwergewichtige Industriemacht solle Deutschland bei dem Welttreffen in Sevilla auftreten, sondern als »eine Nation, die einen Sinn für das Spielerische, für Heiterkeit und Gelassenheit entwickelt«. Als erstes werden die Besucher des deutschen Pavillons denn auch eines Narrenkarussels gewahr, auf das sich Don Juan, Dr. Faustus, Don Quijote und Till Eulenspiegel geschwungen haben. Auf jede Großmachtallüre wollten die Deutschland-Darsteller strikt verzichten - doch nicht auf das Brandenburger Tor. Wie es als »das eigentliche Entree zum deutschen Pavillon« durch raffinierte Spiegeleffekte entsteht, kann in einem »Drehbuch« nachgelesen werden. Und darin begegnet er einem wieder, der Tonfall uneingeschränkter deutscher Leistungsbereitschaft: »Man weiß, daß es ja nur so hoch und breit sein kann, wie es der Ausstellungsraum zuläßt. Aber der Bühnenbildner schafft es, daß es in voller monumentaler Größe vor einem steht.«

Wer sich dadurch nicht abschrecken läßt, kann dann »Erlebnisstationen« ansteuern. Als »Visionen« kommen hier Themen daher wie »Stadt und urbanes Leben«, »Natur und Umwelt«, »Entdeckungen und Erfindungen« oder »Der Traum vom Fliegen«. Abspielen wird sich das Ganze unter einem fast fußballfeldgroßen Schattendach, das zum Preis von 27 Millionen Mark die Form einer Niere bekommen hat und an einem stählernen Mast aufgehängt ist. »Eine in dieser Form einmalige Ingenieurleistung«, so das PR-Heftchen zu der umstrittenen zweiten Wahl, die dem zuerst gewählten und prämierten 60-Millionen-Entwurf des Architektenteams Auer/Weber schließlich vorgezogen worden war. Zu teuer für ein nur auf sechs Monate angelegtes Gebäude, lautete die Begründung der Ablehnung, »während in Ostdeutschland jede Mark gebraucht wird«.

Auch den Vereinigten Staaten scheinen Weltausstellungen neuerdings kein Anlaß mehr zu generöser Selbstdarstellung. Dabei waren sie in Sevilla vor drei Jahren noch vollmundig mit der Absicht angetreten, einen Turm hochzuziehen, der mit 600 Metern Höhe die höchsten Wolkenkratzer überragen sollte. Doch die Supermacht bekam nicht das nötige Geld zusammen. Zuletzt stand weniger zur Verfügung als für den schon mager kalkulierten deutschen Expo-Beitrag. Da half nur noch ein Griff in die Schublade, aus der dann die Pläne für eine Zeltkonstruktion gezogen wurden, welche schon 1986 auf einer internationalen Verkehrsausstellung zu sehen gewesen war und in Sevilla ihre Wiederaufstellung erlebt. Verkehrte Welt?

Die Konzerne rücken das Bild wieder zurecht. Der amerikanische Computergigant IBM, »Technologie-Partner« und »Offizieller Ausstatter« der Expo ‘92, investierte insgesamt 54 Millionen Mark und hat auf der Cartuja-Insel bereits ein Language Technology Centre gegründet. Ein Ziel dabei ist die Integration des Spanischen in die Computersprache, um sich so den lateinamerikanischen Markt zu erschließen. Das ehrgeizige IBM-Projekt dient als Grundstock für das Nachnutzungskonzept »Cartuja ‘93«. Wenn sich am 12. Oktober (500. Jahrestag der Amerika-»Entdeckung«) die Pforten der Weltausstellung wieder schließen, soll auf dem Gelände ein dauerhafter High-Tech-Tempel entstehen. Mehrere forschungsintensive Konzernriesen haben ihre Beteiligung schon fest zugesagt, darunter Fujitsu, Rank Xerox, Philips, Olivetti und wiederum die Siemens AG, die sich in Sevilla den Aufbau einer Softwareentwicklungsfiliale vorstellen könnte. Siemens-Building wird der firmeneigene 2000-Quadratmeter-Pavillon werden, mit dem es zunächst die Expo zu bestreiten gilt.

»Zukunftsweisend für die Entwicklung Andalusiens«, findet der andalusische Wirtschaftsminister Jaime Montaner den Technologiepark Cartuja ‘93. Auch geht in Sevilla bereits die Rede vom »Kalifornien Europas«. Doch Behauptungen schönen Scheins bewirken noch keine positiven Effekte für den Arbeitsmarkt. Internationale Unternehmen der Spitzentechnologie, auf die die ganze Ansiedlungspolitik zielt, werden ihre Arbeitskräfte wohl kaum aus dem Heer ungelernter andalusischer Arbeitsloser rekrutieren, sondern Fachleute von außerhalb anlocken. Eine Studie der Universitäten Malaga und Sevilla kommt darüber hinaus zu dem Ergebnis, daß die Strukturdefizite der Region eindeutig im Bereich der Industrieproduktion liegen (genau jenem, der bei Cartuja ‘93 keine Rolle spielt). Nur 18 Prozent von Andalusiens Wirtschaft macht der industrielle Sektor aus. Und nichts deutet auf ein alsbaldiges Aufsteigen aus der Schlußlicht-Position im europäischen Vergleich. Dreimal höher als der EG-Durchschnitt liegt dagegen die Arbeitslosenquote in Sevilla und ganz Andalusien - bei 24 Prozent.

Dennoch sind die Notabeln der Provinzhauptstadt großenteils optimistisch. Weniger in Erwartung von Expo ‘92 und Cartuja ‘93, sondern vor allem angesichts der 17 Milliarden Mark schweren Investitionen Madrids in die Infrastruktur rund um die Weltausstellung. Sevilla, jahrzehntelang vom Zentralstaat vernachlässigt, ist binnen fünf Jahren runderneuert

worden und bekam sieben neue Flußbrücken, 75 Kilometer Ringstraßen, eine Oper sowie einen Großflughafen. In einem futuristisch-unterirdischen Bahnhof soll außerdem der neue Hochgeschwindigkeitszug halten, der die Fahrtzeit von Sevilla nach Madrid auf drei Stunden verkürzt. Ebenfalls nach Madrid führt auch eine neue Autobahn, eine weitere quer durch Andalusien.

Die spanische Provinz, wegen ihrer geographischen Lage auch ökonomisch im Abseits, soll so am Vorabend des EG-Binnenmarktes den Anschluß an die Moderne finden. Und das offenbar um jeden Preis: Daß viele spanische Betriebe, zumal im Armenhaus Andalusien, nicht ausreichend gerüstet sind für den künftig schärferen Wettbewerb, ist der Zentralregierung kein Grund zur Rücksichtnahme. Gerade die Verquickung der Weltausstellung mit einem »Konjunkturhilfeprogramm« zeigt die zu marktwirtschaftlichen Puristen gewandelten Sozialisten in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit. Die neue Infrastruktur werde Andalusien für ausländische Investoren attraktiv machen und Arbeitsplätze schaffen, lauten immer wieder die offiziellen Statements. Gleichzeitig aber gesteht Andalusiens Wirtschaftsminister Montaner: »Aufgrund der schwachen Unternehmensstruktur fürchten wir, mit dem Tempo der hier bald einbrechenden Unternehmen nicht mithalten zu können.«

Womit sich endgültig die Frage stellt, wer eigentlich von Sevillas Expo profitiert. Könnte das »ehrgeizigste Investitionsprojekt der letzten 500 Jahre« eine gigantische Fehlinvestition sein? Solche Fragen werden den erwarteten 18 Millionen Besuchern auf Spaniens Selbstdarstellungsforum selbstverständlich nicht begegnen. Generalkommissar Cassinello hat keine Zweifel: »Die Weltausstellung wird ein magischer Spiegel, in dem sich die Welt betrachtet, und in dem ein Bild zu sehen ist, das Spanien als modernes Land mit einer dynamischen Gesellschaft zeigt.«

Wie dynamisch es in so einer Gesellschaft zugehen kann, zeigt eindrucksvoll die Entwicklung auf Sevillas Wohnungsmarkt. Die Mieten haben sich in den vergangenen fünf Jahren insgesamt verdreifacht. Mindestens dem Monatseinkommen mittlerer Angestellter entsprechen die Preise, zu denen die luxusmodernisierten Wohnungen in der Altstadt vermietet werden. Schon bald nachdem Sevilla als Expo-Austragungsort feststand, tat sich ein Paradies für Spekulanten auf. Besonders die historische Kernstadt gegenüber der Cartuja-Insel, inzwischen zum reinen Spekulationsgebiet verkommen, wurde gleichzeitig so gründlich saniert, daß eine Enklave für Vermögende entstanden ist. Ob es die aber in so großer Zahl hier überhaupt gibt, darf bezweifelt werden. Mittlerweile fürchtet die Stadt, eine Reihe der eigens für Expo-Manager erstellten Luxuswohnungen nicht mehr loszuwerden, wenn die Ausstellung vorüber ist.

Die einkommensschwachen Verlierer von Sevillas Stadtmonopoly sind dagegen in die ‘barriadas’, die Stadtrand-Gettos, abgedrängt worden. Um die boomende Expo-Town herum wuchert ein Gürtel aus Barracken und Betonsilos. Auch das ein »magischer Spiegel«, in dem sich die Welt betrachten könnte.

Markus Wollnik schrieb in KONKRET 8/89 über das ehemalige Jugend-KZ Moringen

Konkret 04/92, S. 50

Gerd Fuchs

Ye hudi, desto menuhin!

Günter Herburger zum Sechzigsten
(6. April 1992)

Werde er sechzig, so soll er zu Piwitt gesagt haben, steige er auf den Mont Blanc, und dort oben fotografiere er sich selber. Andere schleichen sich dafür ins Fotomaton bei Karstadt. Das ist der Unterschied zwischen ihm und ihnen, viertausend Meter.

Und dazwischen noch eine dichte Wolkendecke. Betrachten wir die Streifen, die klebrig mit peristaltischer Langsamkeit aus den literarischen Belohnungsfotomatons gedrückt werden (Büchner-Preis, Kleist-Preis usw.), verstehen wir ihn vollkommen. Doch wird er auf dem Foto, das da oben entstehen wird, nur mehr schwer zu erkennen sein. Bei den Windgeschwindigkeiten, die in dieser Höhe herrschen, wird er aussehen wie einer der frühen Astronauten auf den Beschleunigungsstühlen. Das Gesichtsfleisch strebt in Wellen nach hinten, das Gebiß freilegend. Nur die Augen halten stand, lidlos, vergrößert.

Danach wird er wieder herunterkommen. I hate reality, sagte Woody Allen, but it's the only place to get a good steak. Ein ähnlicher Realist ist Herburger. Er muß Batterien von Zettelkästen angelegt haben mit Informationen über Dinosaurier, Spulwürmer, Erdferkel, Elefanten (indische und afrikanische), Barbiturate, Thermodynamik und über die Gesänge von Buckelwalen. Das kann nicht nur Wissensdurst sein. Wer so viel Daten über die Wirklichkeit zusammenträgt, dem muß sie nicht sehr geheuer sein. Zumindest muß er ihr schwer mißtrauen.

Dazu gehört Selbstbewußtsein, Mut. Beides habe ich an Herburger immer bewundert, ja beneidet. Gegenüber dem, was wir übereingekommen sind, Wirklichkeit zu nennen, ist er immer souveräner geworden. Im *Thuja*-Roman, dem letzten der gleichnamigen Trilogie (*Flug ins Herz*, *Die Augen der Kämpfer*) richtet er sein Allgäu mittels Umweltkatastrophen, Invasionen von Flüchtlingen aus den östlichen Gebieten, Stromausfällen, Überschwemmungen und nicht zuletzt dank des Erdferkels Rhéomir, das Brückenbeton zum Einsturz bringen kann, derart zu, daß es als Trümmer-Idylle wieder humane Züge bekommt, bewohnbar wird für Angela und David und ihre Freunde - in Würde bewohnbar.

Welche Aufgabe sich Herburger da gestellt hat, ermißt erst, wer weiß, um die Würde welcher Kinder es hier geht. Es geht um die Würde der Geringsten in dieser Gesellschaft, der Verachtetsten, um die Würde jener, die vor noch nicht allzu langer Zeit zu »lebensunwertem Leben« erklärt und beseitigt wurden: Angela und David können weder lesen noch schreiben noch rechnen. Sie sind, was man im Alltagsjargon »behindert« nennt.

Günter Herburger ist ein Ekstatiker der Liebe, kein Barde des Mitleids. Seine Vision von Liebe ist von jener Art, die sich am Geringsten bewährt und deren Signatur die Demut ist. Von welchen Bereichen, die uns verschlossen sind, will Angela berichten, wenn sie stammelt? Aus welchen Lärmhöllen schrillt es herauf, wenn der taube und manchmal auch wieder nicht taube David sich die Ohren zuhält und davonstürzt? Äußerste Bedürftigkeit schlägt um ins Geheimnis.

»Die Kinder lehren und erzählen von der Welt, die Erwachsenen fragen und üben Wort für Wort Zusammenhänge. Es könnten einem die Tränen kommen.« (Alle Zitate aus *Thuja*.) Günter Herburger sagt nicht, ob vom Lachen oder vom Weinen. Er weiß es selber nicht. Das ist so bei Humoristen. Und Günter Herburger ist ein großer.

Lachen entsteht durch Abstand, und Herburger wählt den größten, den es gibt. Erzähler sind die Toten, winzige, wispernde Entitäten. Sie folgen sorgend vor allem den Kindern. »Er habe manchmal den Eindruck, antwortete der Optiker, die Toten schaukelten auf den Pendeln der Kuckucks- und Küchenuhren. Die Verwesten kröchen auch in elektronische Werke, die er in Sammlerstücke, für die es keine Ersatzteile mehr gebe, einbaue. Das Gewicht der Verblichenen, obwohl er sich gar keins vorstellen könne, behindere die Sekundenschläge, als werde sein kleiner, düsterer Laden zu einem Raumschiff, das mit höchster Geschwindigkeit davon fliege.«

Immer wieder aber löst sich die Sprache, beiseitesprechend, von Personen, Gegenständen, Themen, Anlässen, und Ahnung und Wissen, Ironie und Inbrunst, Fakten und Traum oszillieren ineinander. Früher gab es dafür den Begriff der romantischen Ironie - Herburger bezeichnet sich selbst als »kämpferischer Romantiker« , ein feiner Film aus weher Uneigentlichkeit, durchtriebener Naivität, auf dem Gefühle, Gedanken, Haltungen, Bilder gegeneinander und ineinander zu gleiten beginnen, eine Art poetisches Aquaplaning.

»Entsprach die Beseelung geflügelter Tiere einer Zahlenmelodie, dann entschied ohne Eins die Null, die in der Tiefe des Himmels und in der verdunkelten Bläue der Gräber nicht zerrann. Erlebnisse bräuchten Zeit, schrieb Johann Jakob Webereck, der Nadlergeselle, in seinen Berichten, als die Särge der an Pest, Ruhr und Pocken gestorbenen im Frühjahr, nachdem das Eis an der Mündung gebrochen war, wo die holländische Kriegsflotte monatelang festgesessen hatte, wieder auftauchten und aufs Meer hinaus davonschwammen.«

»Wir ritten in den behaarten Klüften des Rückgrats, das in seinen endlosen Verwerfungen einem Gebirgszug glich. Von hier aus hätten wir ein Donnern einleiten können, einen atmosphärischen Niederschlag entgegengesetzt der totenstillen Pulsation im Magnetfeld, als alle Zündvorgänge elektrischer Ströme ausgefallen waren, doch wir demonstrierten uns nicht. Lähmung, Desinteresse, vor allem Scheu hielten uns zurück, schließlich waren wir Gestorbene, unser Schicksal gehörte der Kategorie Null an, andererseits war diese Vorsichtsmaßnahme wie ein Quader, der finster in sämtlichen Zahlentheorien steckte. Würde die Null zum Versiegen gebracht, flösse angeglichen Materialität ohne Widerstand in ihr Gegenteil über: Die Konservenindustrie bräuchte keine Blechhüllen mehr; Nahrung ließe sich wie zwischen Luft und einem überraschend daneben beginnenden Vakuum einschließen; Benzin wäre unnötig..., wir müßten uns nicht mehr darum bemühen, im Falz des Unhörbaren steckenzubleiben, sondern wir könnten uns, selbst wenn die Gedächtnisse der Lebenden ausfielen, in sie bekömmlich einhaken.«

Ich nehme an, daß sich in den künftigen Büchern Herburgers solche Stellen ausbreiten werden, den poetischen Dichtekoeffizienten bedeutend erhöhend, vor allem nach dem Ende der neunziger Jahre, wenn die Rente es ermöglichen wird, alle Rücksichten fahren zu lassen. Welche Ausmaße das angenommen hatte, wird man erst im Jahr 2022 oder 2023 feststellen, wenn man seine Mansarde aufgebrochen hat.

Das Gerücht war nämlich aufgekommen, Herburger sei verschwunden. Man beruhigte sich zunächst bei dem Gedanken, er sei wieder einmal auf einem seiner Extremläufe in Buenos Aires oder Luxemburg. Monate später entschloß man sich dann doch und schritt zur Öffnung. Zugänglich war nur noch sein Schreibtisch, auf dem er auch schlief. Die Kammer war zugewachsen von Manuskripten. In der Ecke ein Stapel seiner Veröffentlichungen. Enorm, doch die Erscheinungsdaten endeten irgendwo Ende der neunziger Jahre. Danach hatte er das Veröffentlichen einfach vergessen.

Nach Monaten - die Forschungsstelle Günter Herburger an der Münchner Universität hatte ihre Arbeit bereits aufgenommen - traf der Bericht einer albanischen Polarexpedition ein. Eine alte Weissagung seines Freundes Volker Vogeler hatte sich erfüllt. Hoch hinter Spitzbergen in einer Bucht hatte eine sehr alte, schöne Eskimo-Frau, zurücklassend eine chinesische Armbanduhr und eine Monatskarte der Münchner Verkehrsbetriebe, einen Kajak bestiegen und war, auf die tief über dem Horizont stehende Mitternachtssonne zuhaltend, langsam im Packeis verschwunden.

Einstweilen aber gilt: »Entschlossen setzte sich Bella in Trab, laut ausrufend: In allen Geigen steht es drin: Ye hudi, desto menuhin!«

Gerd Fuchs ist Schriftsteller und lebt in Hamburg. Bei Hoffmann und Campe ist gerade sein Roman Katharinas Nacht *erschienen*

Konkret 04/92, S. 54

Gerhard Henschel

Schamkultur und Angstneurose

Tagträumereien mit Horst Eberhard Richter. Ein Höllentrip

Wie Grzimeks Tierleben so spielt, alpträumte mir neulich, als ich betrunken in der U-Bahn saß und nicht mehr wußte, wo ich wohnte, daß ich Horst Eberhard Richter sei und irgendwie durch Gießen torkelte und von Visionen geplagt würde. Es war ziemlich furchtbar. *Ich ging ganz ungelenk - und schämte mich.* * Die Leute auf der Straße gaben sich sonderbaren Beschäftigungen hin. *Alle redeten vom Frieden,* und manch ein Passant versuchte, mit einer winzigen Kehrichtschaufel *die in langer Tradition verfestigte Spaltung von Sensibilität und Moral einerseits sowie politischer Verantwortung andererseits aufzuheben* oder auch *ein Stück weit Befreiung aus der unfruchtbaren Schmalspurigkeit seines verordneten Tätigkeitsfeldes* zu ernten.

Ich habe mich zutiefst geschämt - und doch alles mitgemacht. Anstöße wurden aufgenommen, Ängste wurden verschoben, freigesetzt und überkompensiert, *Entmenschlichung* hatte statt, und *im Gesamt des kreatürlichen Lebens* rotteten sich *die Frauen mit ihren fortschrittshemmenden Instinkten und ihrer Antipathie gegen Raketen-Potenz* couragiert zusammen, um *die gesellschaftlich vermittelten Ängste und Heilungsphantasien* auszudiskutieren und *in Sanftheit, Friedlichkeit, Mitmenschlichkeit und Mitkreatürlichkeit* ein wenig Tannenreisig und Hobelspäne für den Kanonenofen des Frauenfriedenshauses Gießen zusammenzutragen. *Wo gehobelt wird, fallen Späne,* riefen die Frauen und jauchzten. *Diese Späne sind die menschlichen Schrumpfungsprozesse und Deformierungen, die kreisförmig wiederum negativierend auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Betriebs zurückwirken.* Das verstand ich sofort. Diese Frauen waren schon in Ordnung. *Sie erleben ihre Gefühlskraft als eigenes Potential,* überlegte ich mir, *als eigene Stärke, nicht mehr als Labsal für den idealisierten Partner. Sie weigern sich, das Gefühlsvakuum verdrängender Männer auszufüllen, und schützen sich vor einseitigen Service-Funktionen, um nicht die Einbuße an Selbstsicherheit und sozialer Selbständigkeit zu erleiden, die ihre Mütter letztlich in eine bedrückende Unfreiheit hineintrieb.*

Das machte mir Mut, und Mut ist gut. *In jener Phase aufgebrochener Sensibilisierung* drangen dann aber verschiedene Konfirmanden aus den Straßengullis, um *ein neues deutsches Selbst* zu fordern und für die *Erforschung der lokalen und regionalen Geschichte, Pflege historischer Denkmäler, Wiederbelebung alter Bräuche usw.* zu plädieren. *Es ist gut,* rief ich den jungen Leuten zu, *daß die Jugend danach strebt, zu ihrem Deutschsein zu stehen. Aber was das ist, Deutschsein, das ist erst neu zu lernen.* Davon wollten sie aber nichts hören. *Das Urphänomen Sympathie als Disposition für Solidarität und Gerechtigkeit* war ihnen ebenso unbekannt wie *das Sich- und Miteinander-in-Frage-Stellen* oder von mir aus auch *ein Sich-miteinander-Entwickeln in einer Partnerschaft* und *das gesellschaftliche Ritual des ewigen Rivalisierens und des Sich-wechselseitig-Unterdrückens,* diese Schiene.

Dann tauchte irgendwie Helmut Schmidt auf und fuchtelte mit einer Stuhllehne und menschheitsbedrohenden Vernichtungswaffen herum. Ich analysierte das. *Die jungen Christen schämten sich nicht im mindesten ihrer Angst, die sie durch die menschheitsbedrohenden neuesten Vernichtungswaffen vollauf gerechtfertigt empfanden.* Helmut Schmidt verzog das Gesicht. *Er wollte von mir Näheres über die Motive der neuen Jugendproteste und insbesondere der Friedensbewegung hören. Ich kam nur gerade dazu, ihm zu versichern, daß ich die Beunruhigung dieser Teile der Jugend im wesentlichen als eine spontane Reaktion auf gespürte Bedrohungen einschätze. Da fuhr er mir ins Wort, knallte mit beiden Handflächen auf seine Stuhllehne: 'Spontan? Da ist nichts spontan. Wenn ich das Wort spontan schon höre!'* Er war einfach nicht bereit, sich von mir *zu jener fundamentalen Umbesinnung drängen zu lassen,* von der ich mir im Traum eine *echte Aussöhnung und eine solidarische Kooperation der Mächtigen um der gemeinsamen Fürsorge für die bedrohte Menschheit willen* versprach.

Dann füllte sich Gießen auf einmal mit schläfrigen Völkern, und ich verlor den vormaligen Bundeskanzler aus den Augen. *Gruppen von Jugendlichen führten ihrer Umgebung modellhaft neue, einfachere Lebensformen und Versuche mit einer 'sanften Technik' vor. Aber vergeblich blieb ihr Versuch, die Völker mitzureißen.* Darüber ärgerten sie sich. Obwohl sie gerade eben noch *für eine ganz schlichte, standfeste Sanftheit und für menschliche Verläßlichkeit* eingetreten waren, taten sie jetzt unschöne Dinge. *Die grell beleuchtete Verderbnis und Unverläßlichkeit der Zentralen politischer und wirtschaftlicher Macht* zerschmetterte jede *Vision einer psychosozialen Gesundheit.* Viele der Jugendlichen, *die mit ihrer unterdrückten Verzweiflung und Wut kaum noch anders fertig wurden als durch Flucht in narkotisierende Traum-Shows oder, noch besser, in fiktive Abenteuer- und Horrorgeschichten,* schlugen Reklametafeln entzwei und meine *Mahnung, umzukehren und davon abzulassen, andere zu bedrücken und Unrecht zu tun,* in den Wind.

Dabei fällt mir eine Geschichte ein, *die gerade eine Mitarbeiterin unseres Zentrums von ihrer Tochter erzählt hat: nächtliche Treffen mit primitivsten Videofilmen, Langeweile, Alkohol - Wochenenden der Selbstbetäubung.* Verdrossen lief ich zum nächsten Kinderspielplatz, um wenigstens die ganz Kleinen mit meinen Märchengeschichten vom *Abbau*

paternalischer Verhältnisse, Offenheit füreinander, Abkehr vom Konsumzwang und einem beharrlichen Abbau von selbstzerstörerischen Oben-Unten-Verhältnissen zu elenden. *Die Tragik solcher Entwicklungen liegt darin, daß die Angst die Liebe kaputt macht.* Aber auf dem Spielplatz kauerten die Kids total entmenschlicht in der *Entmündigungs-Schaukel,* in der *Abschreckungs-Schaukel* und sogar in der gefährlichen *Rollenverteilungs-Schaukel,* ohne daran zu denken, über *aufgelockerte Eigenaggressivität,* den *Zeitgeist der Ellbogenmentalität* und *ehrliche Schuldangst* zu meditieren. *Und es ergab sich die groteske Situation, daß die Parteien durch die Achsverschiebung ihrer Wippschaukel gar nicht mehr bis zu der Position der aufgescheuchten Gruppierungen hinpendelten, die plötzlich wieder von Frieden und Versöhnung stammelten. Da saßen nun die drei großen westdeutschen Parteien, selbst die relativ am weitesten linke, schon fast außer Hörweite der neuen Sanften.*

Es wurde immer schlimmer. *Anwachsende Geborgenheitsunsicherheit im Verhältnis zu Gott erzwang einen Ausgleich durch narzißtische Selbstsicherung.* Ich wollte Hilfe holen, aber die Frauen waren alle weg, und das gefiel mir nicht, weil ich der Meinung war, *daß die Frauenbewegung mit ihrer doch anderen Art des Denkens und Fühlens unheimlich wichtig* sei *für diesen Prozeß einer neuen Orientierung* auf eine *echte Friedensfähigkeit* und ein gerüttelt Maß *Ermutigung zur Lebensfreude* hin. *Denn eine Reintegration zu ganzheitlicher Menschlichkeit ist nur denkbar,* stöhnte ich, *indem Frauen die zusammen mit ihnen diskriminierten Werte als Maßstäbe für die Gestaltung unserer gesellschaftlichen Zukunft durchsetzen können.*

Ich eilte in meine Praxis. Im Wartezimmer saßen *Selbstfindung und Mitmenschlichkeit, Stark und Schwach, Funktionstüchtig und Kaputt,* Gesund und Krank, *die industriell ausgebeutete Sexualhektik,* ein alter Maurer und zwei dicke Männer, die beide Martin hießen. In meinem Traum war ich mittlerweile *in einer historischen Phase* angelangt, *in der die Martins - das heißt die Träger des sozial Verdrängten - zunehmend gegen ihre Unterdrückung aufbegehren* wollten. *Daß ich es als Genugtuung empfand, diese und ähnliche Schikanen ausgehalten zu haben, dessen schäme ich mich nicht. Wohl aber dessen, daß ich mich seinerzeit in dem Maurer nicht wiedererkennen konnte.*

Ich glaube, ich hatte sehr viel *Schamkultur* in diesem Traum, denn *daß ich an einer allgemeinen Wehrlosigkeit mitverantwortlich teilgenommen und als Marionette die Maschinerie der Zerstörung mit in Gang gehalten hatte, kränkte und beschämte mich,* und ich regte behutsam an, *daß sich Stark und Schwach, Funktionstüchtig und Kaputt auf einer Ebene treffen und beschließen, daß sie zu gleichen Teilen gemeinsam tragen wollen, was bislang unter ihnen durch ein Oben-unten-Verhältnis aufgespalten war* usw., lauter Quatsch, aber lustig! Dann klopfte ich Funktionstüchtig, dem Maurer und der Sexualhektik auf die Schultern und sagte: *Wir haben heute abend selbst auf aktive Weise ein Stückchen Solidarität zustandegebracht.* Selbstfindung, Stark und Gesund raunte ich zu: *Das Urphänomen der Sympathie ist erst voll verwirklicht in der mitfühlenden Gleichsetzung von Mensch zu Mensch.*

Ich war in Top-Form. *Ein heilvoller Umgang mit der legitimen und höchst realistischen Weltangst unserer Tage erfordert einen anstrengenden Lernprozeß,* erzählte ich den beiden Martins. Schwach, Kaputt und Krank ermahnte ich dazu, *das herkömmliche selbstsüchtige Rivalisieren* zu unterlassen, die *Kultur der Unbarmherzigkeit* zu verneinen und gemeinsam mit *christlichen Ärzten, die in der DDR Friedensarbeit machen,* eine Streitschrift zum Thema *Der Arzt und das Umdenken zum Frieden* zu ertrauerarbeiten, wobei sie sich *wechselseitig kreisförmig unterstützen* sollten. *Der Mensch kann in sich nur die Ganzheit abbilden, die er in seinen äußeren Bezügen verwirklicht,* rief ich; dann nahm ich Mitmenschlichkeit in den Schwitzkasten und zerrte sie animalisch aufs Beilager. Sie zierte und sträubte sich und verwies auf ihre *Schamangst* sowie auf die Tatsache, daß sie nicht wisse, wie sie *den ermöglichten Vereinigungsprozeß handhaben* solle. *Zur Ganzheitlichkeit gehört das Fühlen,* brüllte ich sie an. Ich hätte keine *Lustangst,* zu warten, bis Mitmenschlichkeit *hinreichend selbstkritisch das Entsetzen verarbeitet* hätte. *Das Bewußtsein, von einem barmherzigen Schöpfergott gehalten zu werden, überwand die Stimmung der Verlorenheit,* und Mitmenschlichkeit gab sich mir hin. So konnte sich *Vertrautheit in Vertrauen verwandeln,* konnte *Verstehen zum Ursprung von Sich-gut-Verstehen, von Einvernehmen werden.* Sexualhektik lachte.

Als ich fertig war, zog ich mit Krank und Kaputt in die City, randalieren. *Inmitten einer von Propaganda, Heuchelei und Taktik bestimmten Welt gebührt unbestechlicher Glaubwürdigkeit wahrhaft ein Spitzenrang unter den hehren Tugenden,* kritzelte Krank an die Frauenfriedenshauswand. *Kein anderes Argument erreicht jedenfalls für unsere Zwecke auch nur annähernd ähnliche Bedeutung wie der Beleg unserer unbedingten Glaubwürdigkeit,* schmierte Kaputt daneben. Ich selber pinkelte folgende Worte hinzu: *So zu denken heißt bereits ein Stück von der Solidarität zu üben, für die wir die Jugend sensibilisieren sollten.* Wir schrien vor Vergnügen, bis die Friedensfrauen uns erwischten. Sie ängstigten uns mit *Fesselungsangst, Fremdenangst, Gewissensangst, Kriegsangst, Zukunftsangst, Strafangst, Globalangst* und *Versagensangst,* und wir fühlten uns *schon recht einsam und vor allem von der Jugend entfremdet.* Wir verloren sogar um ein Haar das *Urvertrauen in die Erdgöttin,* die unsere *Vermeidungsstrategien zur Bändigung erhöhter Angstbereitschaft* genau durchschaute und uns irgendwo *auch eine neue - ich würde mal sagen: gefühlsmäßige - Einstellung oder Einschätzung der Stellung des Menschen in dieser Welt* zu vermitteln versuchte, *ein neues Fühlen, eine neue Sensibilität.*

Krank und Kaputt wurden immer kränker und kaputter. *In einer entseelten Rivalitätskultur* hätten sie überleben können; wenn aber der *ansteigende deutsche Konkurrenzegoismus* wieder sinkt, *wenn der Mut zum Trauern, zum liebenden Mitleiden unterstützt wird,* wenn ein ganz dufter *Trend, der auf mehr Weichheit, Gefühlsbetonung, Bejahung von tieferen Kontaktwünschen und emotionaler Offenheit hinzielt,* zum Tragen kommt, ist es aus mit Krank und Kaputt. *Die Fähigkeit zur Versöhnung, das heißt für Friedlichkeit und Toleranz, ist allemal gebunden an das Bekennen der eigenen Sünden,* murmelte die Erdgöttin. *Nicht Sachzwang, sondern Lebenszwang muß uns leiten.* Krank und Kaputt starben dahin.

Ich mußte mich unserer Vergangenheit schämen. Wenn ich aber die mir nahestehenden Toten in diese Scham einbezog, kam mir das wie ein Verrat an ihnen vor. Mir wurde übel. *Es ist die Chance der Männer,* sagte die Erdgöttin nachdenklich, *sich rechtzeitig einer unausweichlichen Neustrukturierung des Geschlechterverhältnisses anzuschließen und den Prozeß aus eigener Initiative aktiv mitzuvollziehen.* Das war zuviel; ich erbrach mich sattsam und fischgrätig auf das Unterschenkelchakra der Erdgöttin. *Obwohl Fürsprecher der gemeinsamen Geschlechteremanzipation,* keuchte ich, *kann ich von mir allenfalls sagen, daß ich auf dem Wege bin, mir eine Identität jenseits des anerzogenen Männlichkeitsbildes zu erarbeiten.*

Die Erdgöttin nickte betroffen. *Wenn ich da so etwas wie gesellschaftliche Selbstheilungskräfte verspüre,* flötete sie, *versuche ich das zur Ermutigung zurückzuspiegeln.* Dann spiegelte sie die verspürten Kräfte zurück, und es ging mir schon wieder besser. *Trotzdem,* fuhr ich fort, *können ähnlich wie bei einem Umzugserlebnis die Fülle neuartiger Eindrücke und der gleichzeitige Entzug der mütterlichen Heimat-Umwelt eine anfängliche Spannung bewirken, die auf einer Isolations-Panik beruht. Solche angedeuteten Entwurzelungsgefühle treiben manche Touristen nahezu zwangsläufig in irgendwelche Urlaubs-Partnerschaften hinein, die im Grunde nur eine Beschwichtigungsfunktion haben. Die Betreffenden sind aufgewühlt und verwirrt...*

Nun küßte mich die Erdgöttin ganz, ganz zärtlich auf die Aureole. *Untersucht man, wie Menschen heutzutage ihre Sexualität gestalten, wie sie die 'Freiheit' ihrer Ferien nutzen oder irgendeinen Hobby-Sport machen,* mag das von mir erträumte Verhalten der Erdgöttin vielleicht seltsam anmuten, *aber es beweist im Grunde nur, daß umgekehrt die Männer einen eigenen hochgradigen Rückstand abzubauen haben.* Dann wurde ein Text eingeblendet: *Hoffentlich wird Religion entsprechend der alten russischen Geschichte auch wieder ein tragendes Element, das geistig in die Politik hineinwirkt -* und dann riß mich ein BVG-Mann aus dem Schlaf.

*

Daß ich Grund habe, mich eher den leichter Störbaren zuzurechnen, wird nach dem Gesagten keinen mehr verwundern. Ich werde es später unter anderem an zwei eigenen Krankheiten belegen. Wie aber ist mein Traum zu deuten? Ganz einfach: *Unter der Oberfläche technokratischer Computergesellschaften lebt wie eh und je der Traum vom verfolgenden Drachen, der die Erde austrocknen, Sonne und Mond verschlingen und die Schöpfung zerstören will. Er bedroht die Muttergöttin oder die Mutter des Kämpfers, der den Drachen töten muß. Diese in vielen Varianten bekannten männlichen Schöpfungsmythen weisen auf den Ödipuskomplex hin.*

Und das Über-Ich, die Gewissensinstanz, wurde selbstverständlich von unserem obersten Schamkulturträger Horst Edelmut Richter persönlich symbolisiert; fertig ist die Traumdeutung: *Das Über-Ich, die Gewissensinstanz, ist erstens eine Art Erkenntnisorgan für Gutes und Schlechtes. Zweitens funktioniert es als Richter, gibt Befehle und droht mit Strafen. Aber es droht nicht nur, sondern verhängt - drittens - auch solche, wie es Chamisso beschreibt: Doch einen Richter gibt's, der Rache schafft, / Gewissen heißet, der die scharfen Krallen / ins Herz mir eingerissen voller Kraft...*

Die Träumerei habe ich mir inzwischen abgewöhnt.

Literaturhinweis

Die Zitate stammen aus folgenden Büchern Horst Eberhard Richters: Flüchten oder Standhalten. Reinbek, Rowohlt 1976; Engagierte Analysen. Über den Umgang des Menschen mit dem Menschen. Reinbek, Rowohlt 1978; Der Gotteskomplex. Die Geburt und die Krise des Glaubens an die Allmacht des Menschen. Reinbek, Rowohlt 1979; Alle redeten vom Frieden. Reinbek, Rowohlt 1981; Sich der Krise stellen. Reden, Aufsätze, Interviews. Reinbek, Rowohlt 1981; Die Chance des Gewissens. Erinnerungen und Assoziationen. Hamburg, Hoffmann und Campe 1986; Leben statt Machen. Einwände gegen das Verzagen. Hamburg, Hoffmann und Campe 1987; Die hohe Kunst der Korruption. Erkenntnisse eines Politik-Beraters. Hamburg, Hoffmann und Campe 1989; Russen und Deutsche. Alte Feindbilder weichen neuen Hoffnungen. Hamburg, Hoffmann und Campe 1990; Umgang mit Angst. Hamburg, Hoffmann und Campe 1992

* Alle kursiven Passagen sind Zitate aus Werken von Horst Eberhard Richter

Gerhard Henschel schrieb in KONKRET 3/92 über den Futurologen Robert Jungk

Konkret 04/92, S. 57

Otto Köhler

Die neue Ehrlichkeit

Eine Gruppe junger deutscher Historiker ist es leid, den Nationalsozialismus immer nur auf der Anklagebank zu sehen. Also hat sie sich auf die Suche nach seinem modernen, ja revolutionären Potential gemacht und unter anderem die SA als Vorbild für die Bundeswehr entdeckt

Die neue deutsche Ehrlichkeit ist überwältigend. Am 22. Februar zog sie in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« die Bilanz der neuesten deutschen Ostpolitik: »Zeigt sich nicht, daß sogar Hitlers Vorstellung vom `Lebensraum( keine bloße Phantasie war, da doch ganz Osteuropa heute der Tätigkeit der deutschen Wirtschaft offenzustehen scheint? Residiert nicht im ehemaligen Luftfahrtministerium Görings eine `Treuhandstelle(, deren Name an die `Treuhandstelle Ost(von einst erinnert?«

Drei Wochen später, am 13. März, meldete sie sich im »Parlament« herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung zu Wort, um uns ein für allemal »den dynamischen Aufschwung mit einem jährlichen Anstieg des realen Volkseinkommens um 8,2 Prozent, die zügige Abschaffung der Arbeitslosigkeit und die bis auf 98,8 Prozent bei Volksentscheiden abgegebenen Stimmen zugunsten der Politik Hitlers zu erklären«. Die nahezu totalen Abstimmungssiege Hitlers können nämlich erst die neuesten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen über das neue große Deutschland zwischen 1933 und 1936 verständlich machen, unter Hinweis etwa auf: »die emanzipatorische Entwicklung in fast allen Bevölkerungsschichten, den rasanten Modernisierungsprozeß auf allen gesellschaftlichen Ebenen, die Anteilnahme der `Volksgemeinschaft(am politischen Leben, die Integration des Individuums in die vielfältigen Aufgaben, usw. Hitler erscheint eher als Kristallisationspunkt der nationalen Begeisterung. Seine politische Rolle in den drei Jahren nach der Machtübernahme ist nicht so groß, wie häufig angenommen wird. Nur seine Fähigkeit, Menschen zu motivieren, zum Beispiel die Techniker im Bereich des Straßenbaus, ist unbestritten.«

Das beifällige »FAZ«-Wort über die schließlich doch noch erfolgte Realisierung der Hitlerschen Großraumphantasien stammt von er kann sowas am besten Ernst Nolte. Und die »Parlaments«-Weisheit über des Führers unverfälschten 98,8-Prozent-Erfolg verfaßte ein Mitglied von Noltes junger Garde, der Zitelmann-Historiker Franz W. Seidler, dem für seine Volksgemeinschaftslehre ein passender Lehrstuhl für Neuere Geschichte an der Bundeswehr-Universität in München zur Verfügung steht.*

Ernst Nolte hat kein Zweifel mitgesiegt und läßt es seine Gegner wissen: »Kaum je hat eine Gruppe von Intellektuellen eine so eklatante Niederlage erlitten wie diejenigen, die den `Verfassungspatriotismus(an die Stelle des Nationalgefühls setzen wollten und vor lauter Anti-Antikommunismus nicht erkannten, daß das Grundgesetz nicht weniger antikommunistisch als antifaschistisch ist und mit Recht die (lebendige Totalitarismustheorie(genannt wurde.« Es ist wahr, wir müssen Nolte, der schon 1985 völlig zu Recht mit dem Hanns-Martin-Schleyer-Preis des größten bundesdeutschen Rüstungskonzerns ausgezeichnet wurde, zu Hitlers Endsieg herzlich gratulieren. Und sollten so wir uns diesbezüglich je etwas haben zuschulden kommen lassen Buße tun für den Irrglauben, aus Deutschland könne je ein zivilisiertes Staatswesen entstehen.

Niemand räumt mit diesem Glauben gründlicher auf als jene Zitelmanngruppe junger, zu allem entschlossener Historiker, die nach Überwindung der »Schatten der Vergangenheit« so der erste Sammelband im erfolgreich arisierten Ullstein-Verlag (s. KONKRET 5/91) jetzt in der von dem NS- und NPD-Ideologen Ernst Anrich begründeten »Wissenschaftlichen Buchgesellschaft« ihr Projekt »Nationalsozialismus und Modernisierung« (Darmstadt 1991, 338 Seiten, 64 Mark) zur geflissentlichen Nachahmung vorgelegt hat.

Ernst Noltes junge Garde, diese Kampfgemeinschaft und Rezensionsgesellschaft auf Gegenseitigkeit, wird von dem Historiker Rainer Zitelmann, Jahrgang 1957, angeführt, der im Februar 1987 mit Hilfe eines Druckkostenzuschusses der »Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften« seine Dissertation veröffentlichte: »Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs«. Die Arbeit ist inzwischen im Klett-Cotta Verlag, der bislang über Ernst Jünger nicht hinauswollte, in zweiter Auflage erschienen. Überarbeitet und ergänzt um ein glühendes Bekenntnis zu dem »international anerkannten Wissenschaftler« Ernst Nolte.

Hitler, Selbstverständnis eines Revolutionärs das wurde das Programm einer Gruppe junger Wissenschaftler, die es leid ist, Deutschlands einstigen Führer immer nur auf der Anklagebank zu sehen. Nicht, was er angerichtet hat, wollen sie ergründen, sondern was er für das deutsche Volk tatsächlich wollte. Ihr Projekt »Nationalsozialismus und Modernisierung« erhält, so versichert die »Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft«, durch die »politischen Entwicklungen der letzten Jahre« eine »erhebliche Brisanz«.

Das ist richtig. Götz Aly und Susanne Heim haben in ihrer Untersuchung über die »Vordenker der Vernichtung« (Hamburg 1991) die zu Auschwitz führende »Dynamik der Modernisierung« im NS-Staat beschrieben, die zugleich eine bis dahin unbekannte »Systematik der Zerstörung und Ausrottung« freisetzte. Genau diese »Dynamik der Modernisierung« im NS-Staat läßt die Gruppe um Zitelmann nun in einem milden, zukunftsfrohen und gesunden Hellbraun erstrahlen.

Wobei es zu differenzieren gilt: Nur eine Mehrheit der an den Zitelmann-Sammelbänden Beteiligten manche sind da ganz unschuldig hineingeraten gehört zur Gruppe Zitelmann. Mancher, den man dazurechnen muß, wird sicherlich nicht alles unterschreiben wollen, was die Führungsmannschaft vordenkt: neben Zitelmann Michael Prinz, Franz W. Seidler sowie Uwe Backes und Eckhard Jesse, die ausweislich ihres von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Bandes über den »Politischen Extremismus in der Bundesrepublik« über gute Beziehungen zu jenen Diensten verfügen, die sich ginge es mit rechten Dingen zu der Zitelmanngruppe annehmen müßten. Denn wenn es sich bei ihr auch nicht eigentlich um eine Vereinigung von Nazis handelt, so doch um eine Elite skrupelloser Jungwissenschaftler, wie sie Aly und Heim in ihren »Vordenkern der Vernichtung« porträtiert haben.

Michael Prinz zum Beispiel, Mitherausgeber des »Modernisierungs«-Bandes, ist Hochschulassistent an jener Fakultät für Geschichtswissenschaft der Universität Bielefeld, die Angestellte des Chemiekonzerns Bayer für die Erstellung von IG-Farben-Verteidigungsschriften als Wissenschaftler mit Lehrbefähigung habilitiert (s. KONKRET 6/91). Er schrieb für den neuen Sammelband über »Die soziale Funktion moderner Elemente in der Gesellschaftspolitik des Nationalsozialismus« und beklagt bitter, daß nicht nur »im Umkreis der DDR-marxistischen Faschismus-Forschung«, sondern sowohl in den »sonst so scharf entgegengesetzten strukturalistischen« er nennt Hans Mommsen als auch in den »intentionalistischen `Schulen(« er nennt Klaus Hildebrandt »die Neigung« bestehe, »der nationalsozialistischen Politik jede reformerische Potenz abzusprechen«.

Von allen Seiten werde, so rügt Prinz, unterstellt, »die Hauptrichtung nationalsozialistischer Politik« weise »eindeutig rückwärts«. Dabei habe man jedoch »die Frage nach der Weiterentwicklung des Sozialstaates und der modernen Wissenschaft« übersehen. Gewiß, daß es »kritische Kommentare« gegen das »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« von 1934 gab, sei verständlich, konzediert Prinz großzügig. Kein Zweifel konnte bestehen am »reaktionären Charakter« dieses Gesetzes »aus Arbeiterperspektive« jedenfalls nicht. Hochmodernen Unternehmensstrukturen sei damals eine »archaisch wirkende Führer-Gefolgschafts-Ideologie übergestülpt« worden. »Daraus indes«, so Prinz weiter, »auf feudale Traditionen als Muster nationalsozialistischer Arbeits- und Arbeiterpolitik zu schließen«, sei »voreilig«. Denn und das ist eine typisch Bielefelder Beweisführung US-Forscher hätten »auf die bemerkenswerten Parallelen in der sozialen Betriebspolitik deutscher und amerikanischer Unternehmen in den dreißiger Jahren hingewiesen«. Über diese Parallelität könne man streiten, aber sie verbiete »die Rückführung der Sache selbst auf feudale Traditionen«. Das Nazi-Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit müsse vielmehr als Effekt »moderner Entwicklungen und Tendenzen« begriffen werden wie sie sich »in deutschen Betrieben nach 1933 abspielte]n«. Im übrigen habe das ganze mit der »Sensibilisierung der Arbeiter für Stil- und Gerechtigkeitsfragen« zusammengehangen wie sie für Prinz wohl beim Sturm der SA auf die Gewerkschaftshäuser zum Ausbruch gekommen ist.

»Der Nationalsozialismus hat sich«, weiß Prinz darüber hinaus, »in verblüffend moderner Weise mit ökologischen Problemen beschäftigt.« Was den Bielefelder Historiker ein wenig irritiert: »Die letzten Errungenschaften der Jetztzeit in Verbindung mit dem Barbarismus des NS-Regimes gebracht zu sehen, mag manchem denn doch als ein Zuviel an Historisierung erscheinen.« Und so warnt er vor Schnellschlüssen. Doch die »in die Landschaft harmonisch eingefügte Trassenführung der Autobahnen« und die »Fußgängertunnel« als »frappierend modern wirkende Vermittlungsvorschläge zum Verhältnis von Technik und Natur« gelten ihm auch weiterhin als ausreichende Beweise für den ökologischen Charakter des deutschen Faschismus.

Sogar die »Gleichschaltung«, wie man den Prozeß der Eliminierung des politisch-gesellschaftlichen Pluralismus gemäß der NS-Volksgemeinschaftsideologie euphemistisch bezeichnet, sogar diese »Gleichschaltung« erstrahlt im Zitelmann-Imperium neudeutsch-historischer Begrifflichkeiten in neuem Glanz. Gleichschaltung, das war, das ist für Prinz nämlich nicht etwa »Stillstand und Unterdrückung autonomer Regungen«, sondern ein Projekt, das im Gegenteil »mobilisierend« wirkte und »Erwartungen und Energien für eine moderne, effizienter und egalitärer gedachte gesellschaftliche Ordnung (weckte)«.

Konzentrationslager wie Dachau und Oranienburg müssen wohl künftig als ein Erfolg verstanden werden, wie Prinz ihn sieht: »Da der von der Partei lediglich vage angedeutete Ordnungsentwurf steckenblieb, fühlten sich Individuen und Gruppen aufgerufen, ihn als eigenes Projekt weiterzuverfolgen.«

Tatsächlich war Dachau zunächst ein Privat-Projekt von SA-Gruppen, bis das KZ von Himmler und der SS übernommen wurde. Was für die IG Farben ebenso galt wie für die SA. Prinz: »Durch den Wirtschaftsaufschwung und die leichtere, in gewisser Weise sogar unkontrolliertere Verfügbarkeit politischer Macht fanden diese Gruppen im gesellschaftlichen Raum neuartige Ressourcen für Veränderungen vor. Oft genug standen sie dem zur Verfügung, der energisch genug danach griff.« Allerdings, das gesteht auch Prinz zu: »Die neue Freiheit war nicht grenzenlos.« Man mußte sich damals innerhalb der

Markierungen »antidemokratisch«, »antisozialistisch« und »rassistisch« bewegen. Aber modern war das Ganze dennoch, richtig up-to-date, die »nicht gerade wenigen Nutznießer dieser Konstellation« konnten darum diese »Verhältnisse im Deutschland der dreißiger Jahre als neuartig, offen und befreiend« empfinden.

Das ist Ausdruck moralischer Idiotie genau deren Verbreitung aber beabsichtigt die Gruppe Zitelmann mit ihrem Kampf gegen die angebliche »Volkspädagogik« in der Geschichtswissenschaft. Dieser moralische Kretinismus wird auch dadurch keineswegs gemildert, daß gelegentlich mal das Wort »barbarisch« oder irgendeine andere Losung des hilflosen Antifaschismus in die Apologie der NS-Moderne eingestreut wird.

Jetzt, nach dem Anschluß, sind wir, das ist richtig, wieder viel besser in der Lage, den Nationalsozialismus als Teil der Kontinuität deutscher Geschichte zu erkennen. Albrecht Ritschl, Wirtschaftshistoriker an der Universität München, hilft uns dabei, indem er im Titel seines Beitrags die Frage stellt: »Die NS-Wirtschaftsideologie Modernisierungsprogramm oder reaktionäre Utopie?« Reaktionär sicherlich nicht, eher, wie Nolte so zutreffend bemerkte, in die neue deutsche Zukunft weisend. Ritschl: »Der Nationalsozialismus wollte für seine rassisch verstandene Volksgemeinschaft alles zu gleich: mehr Raum, mehr Wohlstand, mehr Macht. Ziel seiner Politik war die Errichtung eines kontinentaleuropäischen Imperiums mit Zentraleuropa als industriellem Machtzentrum und Osteuropa als einem Kolonialraum, dessen Völker bestenfalls ein Helotendasein fristen sollten. Mit Romantik und rückwärtsgewandter Agrarideologie hat dies nur wenig zu tun.«

Der eher zu den gemäßigten Mitgliedern der Zitelmanngruppe gehörende Ritschl meint zwar, eine solche Strategie könne »nur von einem Zyniker als zulässiges Modernisierungsprogramm akzeptiert werden«. Aber was Recht ist, muß auch bei ihm Recht bleiben, und so macht er sich die »treffende Formel« einer Keynes-Schülerin zu eigen: »Hitler habe bereits ein Rezept gegen die Arbeitslosigkeit gehabt, als Keynes mit der Erklärung ihrer Ursachen noch nicht fertig war.«

Der wichtigste Faktor im damaligen Modernisierungs-Projekt war das Militär und könnte es auch heute wieder werden, indem es die deutsche Dominanz in Europa schützt und weiter in die Welt hinaus vorantreibt, wann immer sich das als möglich oder notwendig erweisen sollte. Bernhard R. Kroener vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, ein von der Konrad-Adenauer-Stiftung geförderter Repgen-Schüler, hat da fleißig geforscht und Eindeutiges gefunden. Sein Fazit: Die »fruchtbare« hier ist kein Buchstabe vertauscht worden »Weiterentwicklung der während des Zweiten Weltkrieges eingeleiteten, auf eine partielle Modernisierung des militärischen Instruments abzielenden Maßnahmen ermöglichte eine vergleichsweise rasche und organische Einbindung der Bundeswehr in die moderne Industriegesellschaft.« Kroener hat eine »Öffnung der militärischen Elitenrekrutierung« durch die Naziwehrmacht als »Beispiel für die Übernahme demokratischer Vorstellungen zur Chancengleichheit« ausgemacht, die er umstandslos auch zu den »positiven Merkmalen einer personellen Kontinuität zwischen Wehrmacht und Bundeswehr« rechnet.

Das muß man aus dem Tarnjargon, wie er in Bundeswehreinrichtungen üblich sein mag, in eine verständliche Sprache übersetzen. Was Kroener sagen will, ist: Die Naziwehrmacht hatte demokratische Vorstellungen von Chancengleichheit und diese demokratischen Vorstellungen waren es, die die Bundeswehr übernommen hat. Wenn das allerdings wahr ist, dann ist der Satz richtig, daß in unserem Staat nur Kriegsdienstverweigerer keine potentiellen Mörder sind. Kroener hat tatsächlich keine Bedenken, die Mordbanden der sogenannten »Freikorps«, die nach dem Ersten Weltkrieg im Baltikum, aber auch in Bayern, Sachsen und im Ruhrgebiet hausten, als vorbildlich zu präsentieren, da sie der »charismatischen Gestalt des Frontoffiziers, dessen kämpferisches Vorbild eine freiwillige Gefolgschaft begründete«, unterstanden Schlächternaturen, wie wir sie in ihrer modernsten Form in den Todesschwadronen Lateinamerikas wiederfinden. Diese Freikorpskämpfer fanden nur selten Aufnahme in die traditionalistisch geprägte Reichswehr, sie gingen in die nationalistischen Wehrverbände und zur NSDAP, und über diesen Umweg bauten sie nach der Machtübergabe an Hitler die Wehrmacht auf.

Kroener begreift diesen Vorgang positiv als »soziale Öffnung des Offizierkorps« und als »radikale Abkehr von den ständisch geprägten Selektionsmechanismen der Reichswehrelite«. Und so würdigt er die »Ziele eines egalitär kämpferisch-revolutionären Soldatentums, wie sie sich etwa in den Überlegungen Ernst Röhms zur `Wehrordnung des neuen Deutschland(manifestier-ten« des obersten SA-Chefs also, den Hitler 1934 seinem Bündnis mit den alten Eliten opfern mußte.

Die SA als Vorbild für die Bundeswehr das haben ihr bisher ihre schärfsten Kritiker noch nicht unterstellt. Aber schließlich galt es, alte Fehler aus dem Kaiserreich zu überwinden. Nicht etwa nur die »soziale Abschottung des Offizierskorps«, auch das »Versagen der Militärjustiz« richtig, hätte man die Deserteure Ende 1918 alle an die Wand gestellt, wäre manches zu vermeiden gewesen. Kroener jedenfalls ist ganz begeistert: »Es ist faszinierend zu beobachten, wie sich besonders während des Zweiten Weltkrieges die Wehrmachtführung wie unter Zwang bemühte, alles zu vermeiden, was den Anschein erwecken konnte, die Streitkräfte des neuen Deutschland atmeten noch immer den Geist des Wilhelminischen Reiches. Die Führungsgruppen in Wehrmacht, Verwaltung, Justiz und Partei... fanden aus der gemeinsamen Erfahrung von Krieg, Niederlage und Revolution zu innovativem Handeln zusammen.« Filbinger und Eichmann können es bezeugen.

Die Mordmaschine der Wehrmacht wird als vorbildlich rehabilitiert: Kroener bedauert die »jüngeren Frontoffiziere des Zweiten Weltkrieges«, die seiner Meinung nach bei der Bundeswehr »erhebliche Schwierigkeiten gehabt zu haben« scheinen, sich mit der Routine eines Friedensheeres »abzufinden«. Denn: »Die prägenden Erfahrungen des Fronterlebnisses, in dem persönlicher Wagemut und Tapferkeit weit eher honoriert worden waren als gesellschaftliche Formen, Vorschriftenkenntnisse und die Einhaltung des Dienstweges, brachten viele von ihnen in Konflikt mit ihren Vorgesetzten. Manche auf Kriegsauszeichnungen gegründete Karrierehoffnung mußte Anfang der sechziger Jahre begraben werden.«

Heute nun können die Karrierehoffnungen wieder ausgegraben werden.

*Seidler ist jedenfalls nach bayerischen Maßstäben wissenschaftlich ausgewiesen. Er trat im einschlägigen Verlag »wehr & wissen« mit einer üppig illustrierten Studie »Blitzmädchen« hervor, in der er sich die »Aufgabe« stellte, »das Leben der Frauen im Dienst der Wehrmacht in Wort und Bild nachzuzeichnen«. Zur Gruppe Zitelmann stieß er mit einem Beitrag zum Sammelband »Schatten der Vergangenheit«. Dort verteidigte er den »Lebensborn e.V. der SS« gegen Illustriertenserien, Unterhaltungsfilme sowie gegen sowjetische Flugblattpropaganda und verwahrte sich gegen damit verbundene Versuche, »Zwietracht zwischen Wehrmacht und SS zu säen«.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 3/92 über die Rolle der Universitäten im Nationalsozialismus

Konkret 04/92, S. 60

Maxim Biller

Ich habe gelesen

Die Bücher, an denen wir jahrelang geschrieben hatten, waren in unse-rem Gepäck, als wir letzten Herbstdem Ruf der Kultur-SS folgten. Es war das Goethe-Institut gewesen, das uns, fünf jüdische Schriftsteller deutscher Zunge, nach New York abkommandiert hatte, ach was, so ein Unsinn, in Wahrheit hatte man bloß ganz leise und höflich bei uns angefragt, ob wir Lust hätten, an einem Symposium teilzunehmen, bei dem einmal mehr Fragen der deutsch-jüdischen Metaphysik durchgenommen werden sollten, und natürlich hatten wir alle sofort zugesagt. Wir wußten sehr wohl, daß diese Reise das genaue Gegenteil einer Deportation werden würde, wir ahnten, daß die Leute vom Goethe-Institut mit uns ähnlich sorgsam umgehen würden, wie man es sonst mit ägyptischen Mumien, babylonischen Stelen und allen anderen Zeugnissen vergangener Tage tut, und genauso kam es dann auch: Sie hatten für uns eines der besten Hotels am Central Park reserviert, sie lächelten ständig, wenn sie mit uns sprachen, sie steckten uns, den Nachkommen von Jud Süß und Baron Rothschild, die Couverts mit unseren ehrlich verdienten Dollar-Honoraren so verstohlen und rücksichtsvoll zu, als handele es sich dabei um Kondome, und außerdem aber hatten sie für uns bei ihrem gojischen Gott den herrlichsten Indianersommer aller Zeiten bestellt.

Retour bekamen sie, was sie verdienten: ein bißchen Entwurzelten-Traurigkeit und eine Menge Post-Holocaust-Kitsch. Vor einem Publikum, das neben ein paar schicken New York-Deutschen zum größten Teil aus alten Emigranten bestand und zu einem etwas kleineren aus noch älteren Nazis, verrichteten wir ehrlich und professionell unseren Job, wir führten einen weiteren Akt aus der jahrhundertealten jeckischen Schmierenkomödie auf, und so gab einer von uns also den jungen zornigen Juden, eine zweite machte auf mild und gebildet und religiös, ein dritter war assimiliert und zynisch bis auf die Knochen, eine vierte redete so preußisch und kalt daher wie ein Goj, und dann hatten wir noch einen Dichter aus Wien dabei, der hatte eine große Nase, auf dieser wuchsen Haare, und darunter lag ein großer weicher Mund, aus dem große weiche Wörter kamen. Es war alles so wunderbar wehmütig, so charmant und versöhnlerisch und nur ein ganz klein wenig wienerisch böse, was der mit der Nase zu den Möglichkeiten und Unmöglichkeiten deutsch-jüdischer Koexistenz zu sagen hatte, und genau deshalb auch machte er dann beim Symposium das Rennen und wurde zum Lieblingsjud der sentimentalen aramäisch-teutonischen Bande von der New Yorker Park Avenue.

Als alles vorbei war, als wir am nächsten Tag im »Excelsior« beim Frühstück saßen, hat mir der Dichter aus Wien dann von seinem ersten Roman erzählt. Vier Jahre lang hatte er sich daran abgeschuftet, vier Jahre lang hatte Robert Schindel gedacht, geschrieben und gekämpft und so oft an seinen Sätzen und Ideen herumgefuhrwerkt und gefeilt, bis der Text endgültig er selbst war und er aber, der Autor, ein ganz anderer. Ob Juden und Deutsche, sagte Robert Schindel zu mir, ob Opferkinder und Täterkinder also miteinander glücklich werden könnten, darum ginge es vor allem in seinem Buch, worauf ich, viel zu schnell, erwiderte, dies sei doch im Grunde eine verflucht idiotische Frage. Nein, sagte er, das sähe er anders, und da fuhr ich ihm erneut dazwischen, ich begann ungefragt von mir, von meinem unberührten dreißigjährigen Leben, in dem der Holocaust in der Regel genauso schattenhaft und simuliert vorkomme wie jeder kluge, ergreifende Hollywood-Film. Doch das beeindruckte ihn nicht, er sagte *1944*, er sagte, dies sei das Jahr, in dem er zur Welt gekommen sei und kurz darauf seien seine Eltern, Juden und Kommunisten und Widerstandskämpfer, von den Nazis aufgespürt und nach Auschwitz deportiert worden, während er, das Baby, von Christen versteckt worden sei. Und genau deshalb, fuhr er fort - aber ich unterbrach ihn, ich sagte, er müsse gar nicht mehr weiterreden, ich hätte kapiert, und da lächelte er und sagte, das treffe sich gut, denn er habe nun ohnehin nicht mehr viel Zeit, er müsse hoch, in sein Zimmer, um mit seiner Freundin in Deutschland zu telefonieren, und während er dann das Geld auf den Tisch legte, dachte ich ganz despektierlich: Ich freß' einen Besen, wenn Schindels Geliebte eine Jüdin ist, einer wie er ist doch förmlich dazu verdammt, es mit einer schönen, warmherzigen Gojte zu treiben.

Ich habe bis heute keine Ahnung, wem der Dichter aus Wien in Wahrheit sein Herz geschenkt hat, und es geht mich auch gar nichts an. Herausgefunden habe ich aber in der Zwischenzeit, daß Robert Schindel mit seinem Erstling ein wirklich großes Buch geschrieben hat, das nun, ein halbes Jahr nach New York, endlich erschienen ist. Es heißt »Gebürtig« und ist das, was früher - lange bevor Handke'sche 102-Seiten-Windeier über das Nichts in uns sowie handlungstote Litanei-Kreisel nach Bernhard-Art Mode und Kanon wurden - noch als Roman galt: das heterogen-homogene Bild einer Gruppe nämlich, ein 180-Grad-Panorama einer Generation, ihrer Hoffnungen, Ängste und der daraus erwachsenden Ideen, ein spannendes Weltbild, ein weiser Schnappschuß, ein Blick zurück und nach vorn. Zudem aber ist »Gebürtig« die erzählerische Explosion eines Dichters, der beweist, daß Prosa, einfach und unverspannt, noch viel dichter und poetischer sein kann als das artifiziellste, durchkomponierteste Gedicht.

Opferkinder und Täterkinder? Ja, ganz recht. Robert Schindel läßt sie alle, eines nach dem andern, in seinem Buch aufmarschieren, einzeln und in Pärchen, manche kennen sich bereits, manche begegnen einander erst ganz zum Schluß, sie

sitzen gemeinsam im »Zeppelin«, ihrem Wiener Beisel, sie streiten und flirten und lachen, sie werfen sich mal Antisemitismus, mal Stalinismus, mal Judeozentrismus vor, sie reden über wichtige Dinge und auch über die ganz belanglosen, sie sind blöd, klug, sentimental, und was sie alle - Juden und Nichtjuden - im Verlauf des Romans immer unausweichlicher aufeinanderzutreiben läßt, ist ihre so unterschiedliche Vergangenheits-Konditionierung, die wie ein Monolith in ihre absolut gemeinsame, scheinbar sorglose 90er-Jahre-Gegenwart ragt.

Das ist, natürlich, zum einen höchst symbolisch zu verstehen. Und zum andern aber - als erzählte Handlung - für den Leser sehr, sehr spannend. Nehmen wir etwa die Geschichte der nichtjüdischen Journalistin Susanne Ressel, deren Vater, ein ehemaliger Spanien- und Widerstandskämpfer, bei einer Bergtour den seit Jahrzehnten gesuchten SS-Verbrecher Anton Egger wiedererkennt, der ihm im KZ Ebensee, hätte ein blöder Zufall es so gewollt, genauso den Schädel eingeschlagen hätte wie Hunderten anderer Häftlinge. Egger wird verhaftet, Karl Ressel - geschockt und verwirrt von der Begegnung - stirbt kurz darauf, und so findet sich Susanne nun, von einem Tag auf den anderen, in einer Rolle, die ihr zunächst ganz fremd erscheint: Sie selbst macht sich auf, um für den bevorstehenden Prozeß gegen Anton Egger Zeugen zu finden, die den miesen Verwirrungstricks seiner Nazi-Anwälte gewachsen wären. Dabei stößt sie auf den in New York lebenden weltberühmten jüdischen Theaterautor Herrmann Gebirtig, der ebenfalls im KZ Ebensee einsaß und sich geschworen hat, nie mehr in seine verhaßte Heimatstadt Wien zurückzukehren. So wird Susannes Geschichte nun auch zu Gebirtigs Geschichte, sie überredet ihn, zum Prozeß zu kommen, und kaum ist er ein paar Tage in Wien, beschließt er schon, dazubleiben, er will nie mehr fort, er verliebt sich in Susanne, er schläft mit ihr, er beauftragt einen Makler, für ihn eine Wohnung zu suchen, er läßt sich vom Bürgermeister einen Orden verleihen und als großer Sohn der Stadt feiern, er macht seine Aussage im Prozeß, er ist glücklich und ausgeglichen, er hat das Gefühl, nun erst sei er dem KZ entronnen, und als dann aber Egger freigesprochen wird, nimmt Gebirtig am selben Tag noch das Flugzeug und flieht, nun wohl für immer, nach New York. Das Ende einer Liebesgeschichte, und Hitler ist schuld.

Hitler ist auch schuld, daß Emanuel Katz, der Banker und Schriftsteller, in der Jugend von seinen auschwitzerprobten Eltern halb zu Tode gequält wurde mit dem Argument, er dürfe dieses und jenes nicht, denn sie hätten die Hölle überlebt, und so liegt es wohl ebenfalls an Hitler, daß Katz immer wieder in seinem masochistischen Deutschenwahn großen blonden teutonischen Fickmaschinen verfällt, die ihn zum Schluß dann doch wieder jedesmal als dreckigen Juden beschimpfen. Hitler ist des weiteren schuld, daß der Theaterregisseur Peter Adel, Sohn zurückgekehrter Emigranten, seine jüdische Herkunft verbirgt und alles dafür tut, um als Superdeutscher zu erscheinen, was insofern grotesk ist, als ohnehin jeder weiß, daß er beschnitten ist. Hitler ist schuld, daß Konrad Sachs, der Sohn des Generalgouverneurs von Polen und berühmter Kulturjournalist - dem »Stern«-Reporter Niklas Frank nachempfunden - beim Gedanken an seine Herkunft fast verrückt wird, eine Herkunft, die er seiner Umwelt, auch seiner eigenen Frau, so lange verschweigt, bis ihn dieses Versteckspiel endgültig zu einem schizophrenen Wrack macht. Hitler ist schuld, daß die schöne, magersüchtige Mascha Singer, deren Vater als Kommunist und Jude den Nazis widerstand, an ihrer Nachgeborenen-Neurose beinah krepiert, Hitler ist schuld, daß Nazijäger Lebensart so eine Nervensäge ist, Hitler ist wohl auch daran schuld, daß Hirschfeld, der Poet, so schlechte Gedichte schreibt, und nur in der Liebesgeschichte zwischen Danny Demant, dem jüdischen Lektor und Bohemien, und Christiane Kalteisen, seiner gojischen Geliebten, geht es niemals um Holocaust und Verfolgung, um Erblast, Leben und Tod: Die beiden sind ein naives, beinah utopisches Liebespaar, das sich nicht um die historischen Projektionen in der Biographie des anderen kümmert, und es ist kein Zufall, daß Konrad Sachs, der Prinz von Polen, der sich in seiner Nazi-Sohn-Verzweiflung an Demant wendet, gerade von Christiane den Rat bekommt, sich einfach nur zu seiner Geschichte, zu seinem Vater zu bekennen, um sich derart von den Schatten und Gespenstern der Vergangenheit zu befreien.

Aber kann man das überhaupt? Von den Schatten und Gespenstern schon, flüstert Robert Schindel, der allwissende Erzähler, aber bestimmt nicht von dem Gedenken an jenes Allerschlimmste, das jemals geschah, und so ist es die Erinnerung, die allen Figuren seines Romans gemeinsam ist, die Erinnerung an die große Verbrennung, die sie, anders als die meisten *realen* Menschen, nicht verdrängen, sondern im Gegenteil immerzu bewußt mit sich herumschleppen oder sogar, ganz aktiv, als festen Bestandteil ihres gegenwärtigen Lebens, ja, als seine eigentliche Grundlegung ansehen. Wir haben alle, lautet das Leitmotiv von Robert Schindels Roman, mit dem Holocaust und all dem andern Nazischeiß zu tun, und wenn wir, weil zu jung, damals nicht selbst vor Stalingrad lagen oder in Treblinka unsere Leute in den Ofen schoben, dann haben all dies unsere Eltern erlebt und getan, und genau deshalb werden wir uns davon ebensowenig lösen können wie sie, egal ob als Deutsche oder Juden.

Eine fast zu eindeutige Botschaft, nicht wahr, allzusehr angefüllt mit Weisheit, Anspruch, Moral. Was aber Schindels Roman gerade dennoch zu einem großen Buch macht, ist, daß er diese Botschaft niemals explizit formuliert, daß er - ganz unprogrammatisch, ganz unprätentiös - in »Gebürtig« einfach nur ein paar Schicksale erzählt, sie mal zusammenführt, mal auseinanderhaut und uns am Ende das Gefühl gibt, wir, die Leser, seien nicht einfach nur eins mit seinen Figuren, sondern ebenso wie sie Gestalten dieses Romans, Krüppel und Lust-Profiteure des Holocaust, Angehörige der - noch immer! - nazigestörten zweiten, dritten Nachkriegsgeneration.

Ich selbst, übrigens, wurde während einer Reise zur Robert Schindel-Figur, im Zug von München nach Frankfurt. Kaum hatte ich mich im Abteil verschanzt und das Buch aufgeschlagen, verfiel ich schon in eine »Gebürtig«-Trance, ich las und las und rutschte zwischen die Seiten, ich wurde der Freund von Danny Demant und Christiane Kalteisen, ich stritt mich mit Mascha Singer herum und ließ mich von Hirschfeld als eingebildeter Jude beschimpfen, ich soff mit Lebensart im »Zeppelin«, mein Kopf wurde vom Wein immer schwerer, er sank auf den Tisch, ich hob ihn hoch, ich sah Herrmann Gebirtig mit Susanne Ressel, ich sah ihre Umarmung, ich sah Konrad Frank als Kind über Leichenberge marschieren, ich sah ihn an seinem Schreibtisch, ich sah, wie er den großen Enthüllungsartikel über seinen Vater schrieb, ich sah Emanuel Katz am Sterbebett seiner Mutter, froh, durch ihren Tod wieder ein Stück Auschwitz los zu sein, ich sah diese ganze fröhliche, diese ganze verzweifelte gojisch-jüdische Bande und mich selbst als Teil davon, und dann aber - als das Buch fast schon zu Ende war, als mir nur noch fünfzig Seiten blieben - sah ich endlich auch den mit der Nase wieder, ich sah ihn noch einmal für den Bruchteil einer Sekunde im Goethe-Institut in New York, ich sah Robert Schindel himself seine wehmütige, sentimentale Judenshow abziehen, und da erst begriff ich, wie er es gemeint hatte, als er beim Frühstück im »Excelsior« zu mir sagte, es ginge ihm immer nur um die Frage, ob Juden und Nichtjuden miteinander glücklich sein könnten. Er hatte es, natürlich, verdammt defätistisch gemeint...

Von München nach Frankfurt fuhr ich, um bei der Eröffnung des wiedergegründeten Jüdischen Verlags dabeizusein, dessen Chef derselbe Mann ist, der Schindels »Gebürtig« verlegt hat: Siegfried Unseld. Die Veranstaltung, megaloman und feierlich, fand im Gemeindezentrum in der Savignystraße statt, alles war so ein bißchen wie in New York, an der Park Avenue, um mich herum saßen Hunderte beflissene Bildungsgojim und auch ein paar dialogfreudige Juden, Siegfried Unseld hielt, wie erwartet, eine aalglatte, antiseptische Philosemitenrede, er sprach ganz ergriffen von Scholem und dessen »Shabattai-Zwi«-Buch, von Rosenzweig und Buber und auch von der Berliner »Lebenswelten«-Ausstellung, er sprach also von jüdischer Vergangenheit und von jüdischem Tod, und nur von sich selbst sprach er nicht, er sprach nicht von seiner eigenen Jugend in Ulm, von seinen drei Jahren als Hitlers Marinesoldat, er sagte einfach kein Wort über das allmächtige Reich der Nationalsozialisten, in dem er - gewiß nicht weniger als jeder andere - mit Schuld beladen, mit Schuld beladen, mit Schuld beladen, groß geworden war, und so bin ich dann wütend aufgesprungen, als er zu Ende geheuchelt hatte, er, der stolze Hauptschriftleiter des wiedergegründeten Jüdischen Verlags, ich bin aufgesprungen und demonstrativ-laut herausgelaufen aus dem Gemeindezentrum an der Savignystraße, und auf dem Weg ins Hotel dann sagte ich immer wieder zu mir: Es warten noch fünfzig Seiten Schindel auf dich, ruhig Blut also, fünfzig Seiten Wahrheit und Güte und sehr viel Erinnerung.

Robert Schindel: Gebürtig. Roman. Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1992, 359 Seiten, 38 Mark

Maxim Biller ist Schriftsteller und Journalist

Konkret 04/92, S. 63

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Unlängst in der Gaststätte Wendelstein zu München-Laim. Ein Anfall nach der dreizehnten Halben hell. Kanns nimmer mit anhörn, ob der Andy Möller zu Prosciutto Parma oder zu Pussy Bunzlau oder zu Caroline Monaco wechseln muß. Und steh wie von fremder Hand gelenkt auf und - gegen all das, was einen so fertich macht, dieses ununterbrochne Berg-Karabach, die Todeskapsel der Meysel, Gomolkavorpommern, die Enzykliken zum gottgenehmen Fressen, Saufen, Scheißen, Pimpern, die dröhnenden Wettermädels vom Frühstücksfernsehen, das Saustück Keine Sorge Volksfürsorge, boxe ich chinesisch Schatten, und schon nach paar Augen des Tigers, drei vier Sicheln des Mondes und einem Schnabel des Raben gehts mir wieder. Wieland Schleymbichler-Starnail, Posaunist des legendären Wildenrother »Dreigesangs vom Toteisloch« zeichnete mich aus dem Gedächtnis, in kurzen Hosen sowie so gut wie's ging.

Lieber Günter Amendt. Was mir in der von Dir, Du Zuverlässiger, und dem bärenstarken Lübecker Richter Neskovic aufs satisfactionistischste gestalteten Canabisstunde im Westberliner Fernsehen außerdem gefallen hat? Wie in des ehemaligen Heroinisten und jetzigen Synanonbeamten Karlheinz Sowieso's Schädel nicht beide Haltungen Unterkunft zu finden vermögen:

a) das lachende Ja zur Entkriminalisierung des Rauchzeugs und

b) die Unterbittlichkeit beim Heroinentzug.

Man möchte über die Unmöglichkeit dessen rasend werden, isn't it?

Wie der Wallraff auf seine firngrauhaarigen Tage sich brav noch einkauft ins antikommunistische Hu is Hu, mit seiner Spende zugunsten Bautzen, so wollen wir sie, unsere Weltvonuntenkaschperl.

Dieses gedankenlos-dämliche Selbstmorden in der DDR a.D. hört mir (weitersagen!) auf, und zwar ein bißchen plötzlich!

Ich kann doch, wenn mir die Mieterhöhung oder die Klage auf Eigenbedarf seitens eines westdeutschen Drecksacks auf den existentiellen Wecker geht, mich nicht reihenfolgeverkehrt aufführen, also erst mich aufhängen und dann einen Abschiedsbrief an das Riesenbaby Kohl und sein Wohnungsbaumädl Schwätzer hinterlassen, sondern: Ich schreibe zuerst an das Riesenbaby und das Wohnungsbaumädl und von mir aus auch noch an die Herbe Schönheit von der Treuhand, und zwar dergestaltermaßen: »Hörtma, ich häng mich demnächst auf, wenn Ihr nix macht gegen die Mieterhöhung und den Eigenbedarf Hochachtungsvoll« und dann leg ich eine Kopie vom Strick bei, und das ganze laß ich auch nicht über die unzuverlässige Post gehn, sondern ich gebe die Botschaft meinem Wahlkreisabgeordneten mit, daß da auch ja nix wrong läuft. So. Dann wart ich, fünf, sechs, sieben, acht Tage. Nix tut sich. Und ich reklamier auf vorgeebnetem Wege. Selbstverständlich tut sich wieder nix, denn da könnt ja dem Riesenbaby und seinem Wohnungsbaumädl und der Herben Schönheit von der Treuhand ein jeder kommen mit »Ich häng mich auf, wenn nicht« und so. Nun will ich aber, daß die Mieterhöhung und der drecksäckische westdeutsche Eigenbedarf mit dem mächtigen Mittel des Verweisens in die von den Besitztiteln so doll gefürchteten Schranken verwiesen werden. Und wie ich nun merke, daß Riesenbaby, Wohnungsbaumädl und Herbe Schönheit nix tun für die Bezahlbarkeit meines Wohnens zur Miete, da greif ich zum Strick. Das heißt: Ich befestige das Seil, dessen Kopie Riesenbaby & Co. scho'ma als Instrument meiner Antipathie gegen den Furor deutschen Hausbesitzes gezeicht wurde, an der Brüstung des Balkons, am Geländer der Treppe, am Kreuz des Fensters oder an einer andern mir lieben Fallhöhe, steck die von der Lieblosigkeit Riesenbabies und Co.'s summendebrummende Omme in die Schlinge und - nein: Laß mich nicht gleich fallen, sondern kuck erst nochma, ob der auf dem Stativ mir visavis aufgebaute Camcorder mich gscheit in der Optik hat, dann sprech ich mitten in die Kamera rein *»Sehr g'ehrter Kanzler, liebes Wohnungsbaumädl, hallo Herbe Schönheit! In Erledigung der ihrerseitigen Nichtbeachtung meiner Aufschreie über die gallbittern Mieterhöhungen sowie den rabenschwarzen Eigenbedarfsterror des westdeutschen Immobilienantichristen setze ich hiermit meinem Mieterleben ein Ende.«* De Superstitibus nil nisi bene. Ich aber sage sehr wohl: *»Ich verfluche Dich, Kanzler, Dich Wohnungsbaumädl und Dich, Du Herbe Schönheit von der Treuhand.«*

So. Und dann sag ich noch: *»Strick zieh dich zu!«* und laß mich Sack klassenkampflos fallen. Meiner Frau hab ich natürlich nicht übern Weg getraut, der Guten, die könnt die Cassette mit meinem starken Abgang auf ersten Blick glatt verbrennen. Drum hab ich vorgesorgt und mit einem zuverlässigen Loddl von Burda, Springer oder einer andern Größe vom Hardcorekietz eine glatte halbe Mio für das Suicidtape ausgehandelt, Geld welches meiner Frau und meinen Kindern ein

angstfreies Zurmietewohnen garantiern soll. So ende ich mein Leben und nicht anderst. Ich bin doch nicht blöd.

Rühmann (zur Zeit 90), fährt, wie wir aus Rühmannbiografien erfahren, mit dem Nazi-Interregio von Babelsberg nach Wolfsschanze und drückt mit Göring und Hitler die von Goebbels als wehrwillenschwächend weil lachen machend inkriminierte Feuerzangenbole durch. Also wie der Rühmann mit den Feuerzangenbolerollen im Nazi-Interregio zur Wolfsschanze unterwegs ist, um das Kunstwerk Feuerzangenbole möglichst vor dem 8. Mai einer breitern Spezies zugänglich zu machen, also diesen Film säh ich gern gedreht, mit mir, als Schaffner.

Konkret 04/92, S. 64

Oliver Tolmein

Leben als Ding

»...und andere Ergüsse«, »Der Pannwitz-Blick« - zwei Filme der Medienwerkstatt Freiburg über Leben und Tod, über den Ehrgeiz der Genetiker und Sterbehelfer, über die Kontinuität eugenischen Denkens und Handelns

Der Nobelpreisträger Watson hinter Glas - ein alter Mann, der den alten Traum vom biologisch optimierten Menschen nicht nur träumt. Miriam Quinte und Juliane Gissler von der Medienwerkstatt Freiburg haben sich mit ihrer Kamera während des Interviews ins Freie begeben: Sie verharren nicht in der ehrfürchtigen Perspektive, aus der uns die Tagesschau den Experten als allwissenden Helden präsentiert. Das Bild, das sie uns von dem Genetiker machen, auf dessen Schreibtisch wie ein Siegespokal die Doppel-Helix steht, wirkt verschwommen, in der Fensterscheibe bricht sich das Licht, Reflexe und unscharfe Schatten verundeutlichen den Anblick. Wie vor einem Aquarium mit seltenen Fischen staunt man - so sehen die also aus, so bewegen sie sich. Langsam, langweilig. Guck mal!

Ein Mittvierziger im Grünen, kurzes Hemd und Krawatte, auf einer Gartenbank, an den äußersten Rand gerückt, mit großen Gesten und wortreich wie ein Vertreter: Der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben, Hans-Henning Atrott, wirbt für »Euthanasie«, Sterbehilfe, wie er es nennt. Der Interviewer ist auf Distanz gegangen, von ihm hört man kein Wort. Vor die aus dem Studio gerissene Talkshow-Routine des »Euthanasie«-Propagandisten ist eine kurze Sequenz aus einem Video der DGHS geschnitten worden - die letzten Worte einer Frau, die sterben will, und die von Atrott genötigt wird, lobende Worte auf ihre Sterbehelfer auszubringen. Es bedarf keiner Polemik, keines Kommentars - Didi Danquart, auch er von der Medienwerkstatt, ist es gelungen, daß sich die Akteure mit ihren eigenen Texten und Bildern einer, wenngleich unfreiwilligen, Selbst-Kritik unterziehen.

Mit »...und andere Ergüsse« und »Der Pannwitz-Blick« (zusammen mit dem Spielfilm »Daedalus« von Pepe Danquart, siehe KONKRET 7/91, bilden sie eine Trilogie) hat die Medienwerkstatt Freiburg zwei eindrucksvolle Filme um Leben und Tod, über den Ehrgeiz der Menschheitsbeglücker und die Kontinuität des eugenischen Denkens (und Handelns) produziert. In beiden Filmen gehen die Macherinnen und Macher sparsam mit Fakten um, Miriam Quinter und Juliane Gissler enthalten sich jeden Kommentars, in Didi Danquarts Film sind assoziierend lyrische Texte von Christian Geissler verwendet worden.

Die Filmemacherinnen und Filmemacher wollen keinen Volkshochschulkurs, keine Lektüre und keinen Vortrag ersetzen, nichts enthüllen, an Skandalen sind sie nicht interessiert, und wer sich mit der Materie beschäftigt hat, wird vieles, was die Interview-Partner der Freiburger sagen, bereits wissen - in aller Regel allerdings, ohne bereits ein realistisches Bild davon gewonnen zu haben, wie Leben von den Reproduktionstechnologen und »Euthanasie«-Profis zum Ding gemacht wird.

Der italienische Forscher, der einen herausgeschnittenen Uterus in eine Wärmebox legt, sich zufrieden den Schweiß von der Stirn wischt und von der Möglichkeit schwärmt, daß künftig vielleicht alle abgetriebenen Feten außerhalb des Mutterleibs am Leben erhalten werden könnten, und der Molekularbiologe, der stolz mit einer trist aussehenden Pflanze in der Hand verkündet, wie schön es sei, daß Züchter dank der Gentechnik künftig selber die Ergebnisse ihrer Arbeit bewundern könnten, führen als Ritter von der traurigen Gestalt vor, wie Lächerlichkeit und Schrecken, wissenschaftliches Talent und ein vollständiger Mangel an sozialer Phantasie eine unheilvolle Verbindung eingehen können.

Zwischen ihre Innenansichten aus den Labors und Büros der internationalen Genetikerelite, den Samenbanken und biologischen Versuchsanstalten, zwischen ihre Bilder von vögelnden Fröschen, vergeblich geilen Hengsten, denen Wissenschaftler trickreich ihren Samen rauben, und abgemagerten Schweinen mit menschlichen Wachstumsgenen haben die Freiburger Medienfrauen Tricksequenzen geschnitten, die mit Platon- und Paracelsus-Texten unterlegt sind: Sie eröffnen eine ironische Perspektive zurück in die Zukunft. Die Männerphantasien haben eine lange, bislang glücklicherweise aber auch ergebnisarme Tradition. Das ist, all den beängstigenden Praktiken und Versuchen, Überlegungen und Visionen zum Trotz, mit denen Zuschauerinnen und Zuschauer in »...und andere Ergüsse« konfrontiert werden, ein tröstliches Zwischenergebnis: Die Biologen scheitern letzten Endes auch an ihrem Biologismus, der selbst Unsicherheit und Kommunikationsstörungen zu einem Gen-Defekt macht, der mit Hilfe einer Gentherapie geheilt werden soll, aber eben nicht kann.

Dem »Pannwitz-Blick« fehlt diese ironische Zuversicht. Der Titel, ein Verweis auf Primo Levis Erinnerungen an seine Zeit im Konzentrationslager Auschwitz, zeigt schon an, daß, was heute propagiert wird, wieder wirklich werden kann, weil es bereits einmal wirklich geworden ist: die Selektion. Während »...und andere Ergüsse« die Visionäre bei der Arbeit zeigt, handeln in »Der Pannwitz-Blick« die, die ausgesondert, verhindert, eliminiert werden sollen. Theresia Degener, Nati Radtke, Udo Sierck und Wolfgang Röcker, alle aus der Behindertenbewegung, schreiben und erzählen gegen den tödlichen Zeitgeist - und die Kamera bringt uns nahe, was die anderen Gesprächspartner der Medienwerkstatt, Peter Singer und Hans-Henning Atrott, uns als schrecklich darzustellen versuchen: Füße, die schreiben, schlurfende Schritte, einen schiefen

Mund, zappelnde Beine - eigenartige Bewegungen, Haltungen, die anders sind als die von Nichtbehinderten. Mehr nicht. Die Bilder sind nicht belehrend, sie dienen nicht zur Illustration, sie wirken selbstverständlich. Erst in den dazwischengeschnittenen Materialien - einem »wissenschaftlichen« Film von 1965, der zeigt, wie einem Mädchen ohne Arme Prothesen verpaßt werden, vor allem aber in den Lehr- und Propagandafilmen der Nazis - wirken die behinderten Menschen wie Fremdkörper. Dort wird nicht von ihnen erzählt, mit ihnen geredet, sondern sie werden begutachtet - und für unwert befunden.

Didi Danquart hat einen erheblichen Teil dieses Materials von einem in die Landschaft gehaltenen Monitor abgefilmt - die Perspektive, die die Kameraleute und Regisseure üblicherweise einnehmen, wird von ihm vorgeführt, nicht die von ihnen zu Objekten gemachten Menschen; er hat keinen »Behinderten-Film« gedreht, sondern einen über den »Pannwitz-Blick«. Die einmontierten Sequenzen aus NS-Propaganda-Filmen über »Euthanasie« führen vor Augen, daß das nationalsozialistische Mordprogramm auf einer ähnlichen Mischung aus Mitleid und Aggression aufbaute wie die aktuelle »Euthanasie« - die ja leider längst nicht mehr nur eine Debatte ist. Am eindrucksvollsten aber ist ein wissenschaftliches Filmdokument aus der Charité, über dessen Entstehungszeitpunkt man bis zum Abspann im Unklaren gelassen wird (man befürchtet, es könnte in den 50ern gedreht worden sein und ist ein bißchen erleichtert, wenn man erfährt, daß es 1939 war): Ein Arzt führt mit sachlicher Gnadenlosigkeit eine sich verzweifelt wehrende, völlig nackte »viereinhalbjährige Mikrocephalin« vor, hält sie, im Dienst der Wissenschaft, kopfüber vor die Kamera, überdehnt ihre Glieder, zwingt sie, abwechselnd Salziges und Saures zu essen. Ein Filmdokument aus dem Wissenschaftsbetrieb der 60er Jahre, ähnlich rücksichtslos konzipiert, aber nicht ganz so brutal realisiert, die Anpassung eines Mädchens ohne Arme an ihre Prothesen zeigend, dokumentiert, daß der Pannwitz-Blick den Nationalsozialismus überdauert hat. Danquart will mit solchen Sequenzen zeigen, wie die Selektion Alltag werden und ihn verformen kann - und das gelingt ihm über weite Strecken. Nur sein Interview mit dem australischen Moralphilosophen Peter Singer enttäuscht: Die Distanz, die die Kamera bei Atrott hält, gibt sie hier auf, ohne eine neue Perspektive zu eröffnen, die Fragen ermöglichen dem »Euthanasie«-Propagandisten konventionelle Antworten. An dieser Stelle wird die Normalität in den Film integriert, ohne daß ihr terroristischer Gehalt sichtbar gemacht würde.

Auch die Beharrlichkeit, mit der Naturmotive ins Bild gerückt werden, Getreidefelder, Wiesen, blauer Himmel mit ziehenden Wolken, befremdet, weil sie idyllisch wirkt, verklärend. Die darin wahrscheinlich beabsichtigte ästhetische Kritik der nazistischen Natur-Mythologisierung (die ja auch in weiten Kreisen der Ökologiebewegung, die einiges an Aggressionspotential gegen Behinderte versammelt hat, fortlebt) mißlingt. Aber auch eine Entgegensetzung ‘freie Natur’ versus ‘tödliche Kultur’ (Udo Sierck, Nati Radtke auf freiem Feld, Hans-Henning Atrott im gepflegten Garten) zu assoziieren, wäre fatal - die Zivilisation, die den Selektionsgedanken zuläßt und befördert, hat gleichzeitig die Techniken entwickelt, die das Überleben vieler Behinderter ermöglichen. In den Debatten über Intensivmedizin und Organtransplantation erschwert diese Dialektik der Aufklärung, die in der filmischen und politischen Kritik an Reproduktionstechnologien und »Euthanasie« vernachlässigt wird (und vernachlässigt werden kann, weil sie nicht dialektisch wirken), die Urteilsfindung erheblich und führt zu scharfen Kontroversen auch auf Seiten der Kritikerinnen und Kritiker.

»...und andere Ergüsse«, »Daedalus« und »Der Pannwitz-Blick« können bei der Medienwerkstatt Freiburg, Konradstraße 20, 78 Freiburg, Tel.: 0761/709757 ausgeliehen werden.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 3/92 über »Terroristen und Richter«

Konkret 04/92, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Ich habe mich furchtbar geirrt, denn ganz und gar fürn Arsch waren Perestroika und Glasnost nun doch nicht. Zwar werden die Russen, Polen, Kasachen undsoweiter wie versprochen vom Leben damit bestraft, daß es sie ohne Abendessen ins Bett schickt, aber ihr Michail Gorbatschow ist doch nicht zu spät nach Gütersloh gekommen, um bei Bertelsmann sechs Millionen Mark für seine Memoiren abzugreifen. Auch einem zweiten berühmten Zeitgenossen haben die Umgestaltung und die Offenheit was erfüllt:

Mein Traum war, wie ich gern zugebe, ziemlich egoistisch. Einen meiner drei Zukunftswünsche vor 1989 hatte ich für ein italienisches Restaurant mit Ausblick auf einen märkischen See vergeben. Dieser Traum wurde im Frühjahr 1991 wahr. Und zwar ohne Abstriche. Immerhin ein seltener Fall im Leben,

in dem einem sonst, kaum ist mal ein Traum wahr geworden, meist ein Abstrich gemacht werden muß. Nicht diesmal, denn

der Traum heißt »Ristorante Villa Kellermann« und liegt am Heiligen See in Potsdam. Von der Terrasse oder vom Erker fällt der Blick über den See hin auf Gontards Marmorpalais. Im ruhigen Wasser spiegelt sich ein harmonischer Ausschnitt jener havelländischen Kulturlandschaft, die Wolf Jobst Siedler gar mit dem europäischen Rang des Loire-Ufers und seiner Schlösser verglich.

Ziemlich egoistisch? Aber nicht doch. Wer hindert denn die Völker, die keine Signale mehr hören wollten, ersatzweise die Menukarte des »Ristorante Villa Kellermann« zu lesen oder aber, wenn ihnen weder Bertelsmann, wie jenem Träumer, noch Bertelsmanns Tochter, wie diesem, die Spesen bezahlt, ins ruhige Wasser des Heiligen Sees zu gehen, mit einem letzten Blick auf Gontards Marmorpalais? Wie aber heißt dieser Abstricher der Weltkonterrevolution, dieser den foinen Loiten von Börlün hinterherpopelnde Frascati-Gurnemanz? Nicht an seinem genetischen Code sollt ihr ihn erkennen, wohl aber an seinem grammatischen Kot, der einen harmonischen Ausschnitt mit einem europäischen Rang vergleicht - es ist, unter neuer Adresse (Gruner & Jahr) der alte Schwachkopf: Klaus Hartung.

In der »Tageszeitung« schreibt ein Feuilletonist:

Der Waffennarr Burroughs erschoß 1951 seine Frau und konnte darauf wieder schreiben.

Der Feuilletonist nennt den Mord auch ein »Damenopfer«, hat aber nicht mit den alternativen FrauenrechtlerInnen gerechnet, die noch vorm Jahr (und bevor ihre ChefInnen zum Gruner gingen) aufgestanden sind wie eine MännIn, wenn irgendwo das große I weggelassen war. Auch diesmal hauen sie gnadenlos dazwischen:

(Diesen Satz finden wir irgendwie frauenfeindlich, d. SäzzerInnen)

Ob die Protestwut d. SäzzerInnen durch die Erinnerung an einen Ehemaligen gehemmt war, dessen Leitartikel zu aufdringlich davon kündeten, daß er seine Frau nicht erschossen hatte?

Da brüste ich mich gleich zweimal mit der Erkenntnis, daß der Mann (wieder ein anderer) nicht schreiben kann, und muß in einer Meldung der dpa lesen:

Der ostdeutsche Schriftsteller Lutz Rathenow hat vorerst seine Akteneinsicht bei der Gauck-Behörde beendet, um sein neuestes Buch vorzustellen, das Texte vereint, die er in der früheren DDR in Kirchen und Privaträumen gelesen hat. Die Stasi-Berichte über jene Lesungen fand Rathenow in den Akten wieder. »Mitunter wird penibel jedes Lachen registriert«, sagte Rathenow. Auch werde die »verdeckte Literaturkritik« des Ministeriums für Staatssicherheit deutlich. In einer »Bucheinschätzung« der Stasi von 1984 heißt es unter anderem, die Texte wiesen Rathenow»nicht als Künstler aus, der den Anspruch erheben könnte oder die Mittel besäße, für die DDR-Bevölkerung zu sprechen oder zu schreiben«.

Was ich immer gesagt habe, aber leider erst fünfeinhalb Jahre nach dem Brief, den Kurt Hager im Oktober 1986 an Erich Mielke geschrieben hat:

Es gebe nur zwei Möglichkeiten: entweder dem Treiben Rathenows keine Beachtung zu schenken oder ihn auszubürgern. »Aber letzteres würde ihm eine weltweite Aufmerksamkeit einbringen, die er auf keinen Fall verdient hat. Ich bin dafür, ihn nicht weiter zu beachten...«

Genosse Hager, Sie haben mich beschämt.

Vom Ministerium für Staatssicherheit lernen, heißt Literaturkritik lernen, und deshalb soll ein Dichter, der auf 21 Zeitungszeilen einen Bildersalat anrichtet, wie er im Buch des greisen Hitlerjungen Hans Christoph steht:

Der Riß war nicht mehr zu kitten, und die Streithähne taten alles, um ihn noch zu vertiefen. Kroatische wie serbische Intellektuelle zogen sich in die Wagenburgen ihrer nationalen Identität zurück und schlugen mit Verbalinjurien aufeinander ein... Die Veranstalter gossen Öl ins Feuer, indem sie auf dem Podium einen mediengerechten Schaukampf inszenierten...

nicht weiter beachtet werden.

Zweiseitige Anzeige der Computerfirma Apple. Auf der ersten Seite die Frage:

In ganz Europa also geht der Trend zum PowerBook. Was denken sich nur all die Leute?

Auf der zweiten Seite fünfzehn Antworten, darunter diese:

PowerBook? Entweder ich lasse mich damit von Apple bestechen, oder ich kaufe mir das Teil selber.

Wolf Biermann, Literat

Ein Schlaumeier! Tut gerade so, als sei er korrupt - und hat doch in Wahrheit das Teil längst gekriegt.

Was macht, wenn in der Hafenstraße nichts los ist und sämtliche neuen sozialen Bewegungen für Frieden, gegen Atomkraft undsoweiter erlahmen, ein Kultur-schaffender, dessen Ansehen bei Freund und Feind, im Feuilleton wie im Rathaus sich jenen regelmäßigen Manifestationen sozialdemokratischen Männermuts verdankt, die einen zwar nicht geraden Wegs in den Bau, aber doch hart an den Rand einer Senatsmedaille für Kunst und Gewerbe befördern? Der Intendant Jürgen Flimm hatte den Einfall, sich damit in Erinnerung zu bringen, daß er dem Präsidenten der Akademie der Künste (West) schriftlich seinen Austritt erklärte, zum Zeichen des Protests gegen die Aufnahme der Ost-Akademiker. Dem Protestintendanten antwortete der Präsidialsekretär der West-Akademie:

Sie sind der erste Künstler, der in diesen bewegten Zeiten aus der Akademie der Künste austritt, ohne ihr überhaupt anzugehören.

Das sei, schrieb der Sekretär, »eine Premiere«: Die Akademie, die Flimm im Juli 1990 zu ihrem Mitglied gewählt habe, sei die Ost-Akademie gewesen, seine Wähler also die Leute, gegen deren Aufnahme in die West-Akademie er jetzt mit dem Austritt aus einer Akademie protestiere, die ihn nie aufgenommen habe. Flimm habe damals nicht nur die Wahl in die Ost-Akademie angenommen, sondern sich im Dezember 1991 in einer »Erneuerungswahl« seine Mitgliedschaft bestätigen lassen, um allerdings vier Tage später »wegen Hermann Kant« wieder auszutreten. Vier Wochen danach war der Austrittsgrund ausgetreten, weshalb Flimm seinen Platz unter seinen Wählern, den er ja deshalb verlassen hatte, weil er unter ihnen anderthalb Jahre nach der Wahl einen ihm bis dahin ganz unbekannten Herrn Kant erkannt hatte, wieder hätte einnehmen können, und vielleicht hätte er das auch erwogen, wenn er seine akademischen Ehren nicht so durcheinandergekriegt hätte, daß er die Akademie der Künste (West), weil ihr der Walter Jens vorsitzt, für eine Wählerinitiative zugunsten von Björn Engholm hielt und sich selber demzufolge wie selbstverständlich für deren Mitglied, weshalb die überfällige Manifestation sozialdemokratischen Männermuts statt in einem Wiedereintritt als Mitglied in einem Wiederaustritt als Nichtmitglied enden mußte, tja, so geht’s.